



Sind wir bereit?

Steht Deutschland bald so still wie Italien?

Wie viel Panik ist gesund?

Wie lebt es sich im Ausnahmezustand?

Hilft Corona gegen Trump?

Wen kann der Staat vor der Pleite retten? Und wen nicht?

Sprengt das Virus den Euro?

Wann wird Covid-19 heilbar sein?

**49 FRAGEN UND ANTWORTEN
EIN CORONA-SPEZIAL**

Tschechien Kč 195,-
Printed in Germany

Spanien € 6,80
Ungarn Ft 2670,-

Slowakei € 6,80
Spanien/Kanaren € 7,00

Schwiz sfr 7,80
Slowenien € 6,50

Polen (ISSN0387452) ZL 33,-
Portugal (cont) € 6,80

Norwegen NOK 86,-
Österreich € 6,00

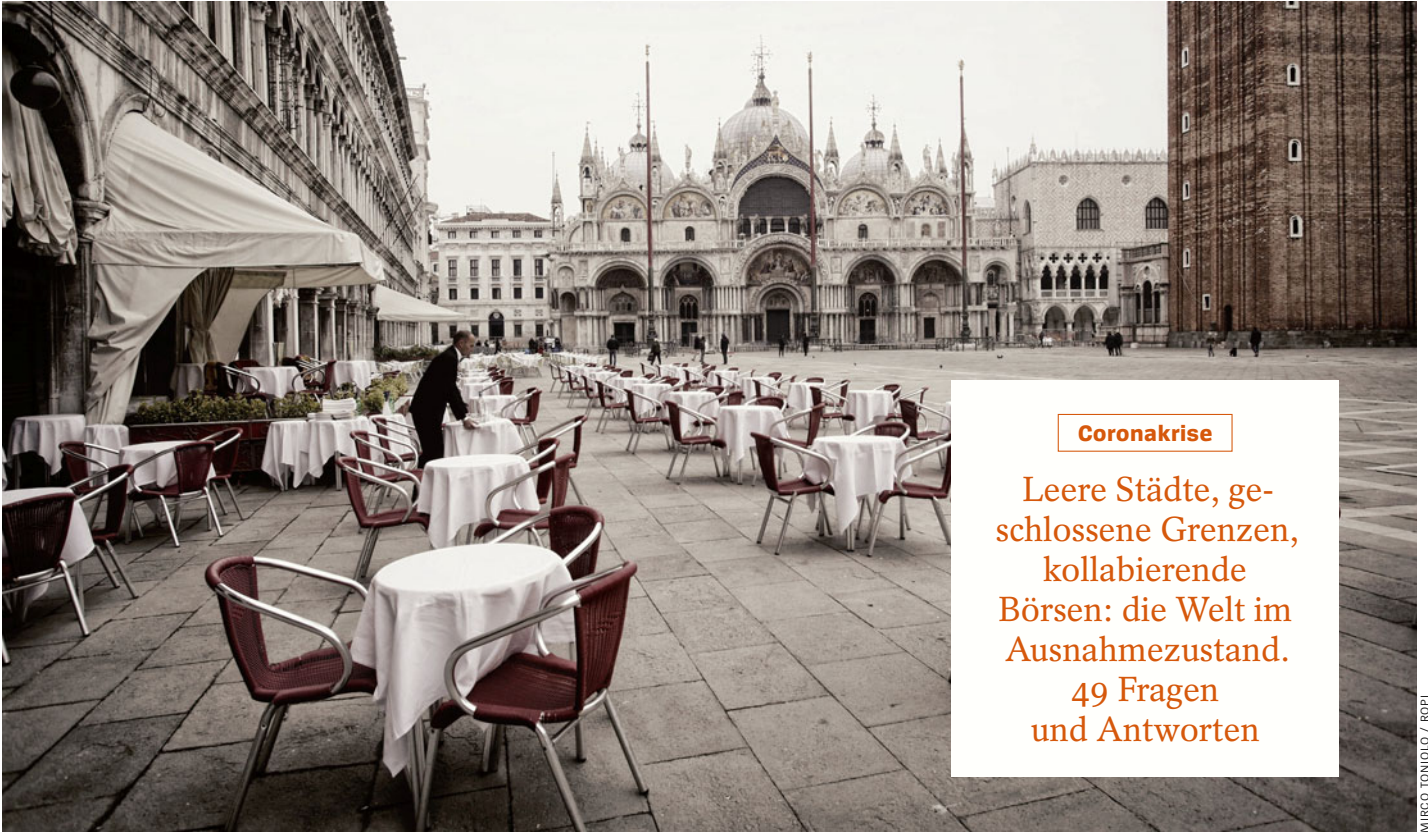
Griechenland € 7,30
Italien € 6,80

Finnland € 8,30
Frankreich € 6,80

BeNeLux € 6,40
Dänemark dkr 57,95

Inhalt

74. Jahrgang | Heft 12 | 14. März 2020



Coronakrise

Leere Städte, geschlossene Grenzen, kollabierende Börsen: die Welt im Ausnahmezustand.
49 Fragen und Antworten

MIRCO TONIOLO / ROPI

1. Wie viel Panik ist gesund? **Seite 6**

2. Warum ist Solidarität so schwierig? **Seite 8**

3. Wie lebt es sich im Ausnahmezustand?
Seite 12

4. Halten die Ärzte durch? **Seite 17**

5. Sprengt das Virus den Euro? **Seite 20**

6. Wie tief werden die Kurse noch fallen, Mr Shiller? **Seite 24**

7. Kehrt sich die Globalisierung um?
Seite 26

8. Ist das Virus gut fürs Klima?
Seite 27

9. Steht Deutschland bald so still wie Italien?
Seite 28

10. Wohin mit den Kindern? **Seite 34**

11. Braucht Deutschland mehr China?
Seite 38

12. Ist die Bundeswehr noch einsatzfähig?
Seite 40

13. Muss der Bundestag bald schließen?
Seite 41

14. Sind wir bereit?
Seite 42

15. Reichen die Notfallbetten?
Seite 45

16. Wann wird Covid-19 heilbar sein?
Seite 46

17. Woran erkenne ich, ob ich Corona habe? **Seite 47**

34. Was hat uns die Spanische Grippe gelehrt? **Seite 54**

35. Wen kann der Staat vor der Pleite retten und wen nicht, Herr Altmaier?
Seite 56

36. Was tut eigentlich die EU so? **Seite 60**

37. Wird die Lufthansa verstaatlicht? **Seite 61**

38. Wen kostet Corona den Job?

Seite 61

39. Fällt der Urlaub aus?

Seite 62

40. Warum ist das Silicon Valley so panisch?

Seite 64

41. Muss sich das »Hotel Corona« umbenennen?

Seite 65

42. Hat China sich wirklich erholt?

Seite 66

43. Hilft totale Überwachung gegen das Virus?

Seite 68

44. Ist Chinas Aufstieg zu Ende, bevor er richtig begonnen hat, Herr Mahbubani? Seite 70

45. Hilft Corona gegen Trump? Seite 74

46. Gefährdet das Virus die Fußball-EM? Seite 76

47. Ist die Corona-Epidemie die Katastrophe, nach der wir uns gesehnt haben? Seite 78

48. Fällt im Kino jetzt endgültig der Vorhang? Seite 80

49. Was sagt Jesus zu Corona? Seite 82

18. – 33. **Leben mit Corona** Wovor haben die Menschen Angst? / Fällt jetzt das Abitur aus? / Darf man an Corona verdienen? / Wie lebt es sich in Quarantäne? / Wer hilft den Ärzten? / Wer geht noch ins Bordell in Zeiten von Corona? / Hilft es, wenn man glaubt? / Macht Corona kriminell? / Sollten wir noch ausgehen? / Fällt das Schützenfest aus? / Fürchten sich die Alten? / Wie verwaltet man Stillstand? / Ist das Rassismus? / Zerstört Corona meine Existenz? / Helfen Abstriche gegen die Angst? / Wird jetzt geplündert? Seite 48



PHILIPP SCHMIDT / DER SPIEGEL



JULIA ROTTER / DER SPIEGEL



DOMINIK BUTZMANN / DER SPIEGEL

Deutschland

Von der Leyen leimt EU-Parlament / Israel-Verein brüskiert Auswärtiges Amt / Linker Umstürzler beurlaubt 83

Europa Der griechische Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis veröffentlicht Mitschnitte zur Griechenlandrettung 86

Extremismus Verfassungs-schutzpräsident Thomas Haldenwang ist zur Hassfigur der AfD geworden 90

Krisen Marc Wallert, vor 20 Jahren auf die philippinische Insel Jolo verschleppt, erzählt im SPIEGEL-Gespräch, was in schwierigen Situationen hilft 92

Wirtschaft

E.go-Gründer will StreetScooter-Werk kaufen / Lohnende Griechenland-Hilfen 99

Netzwelt »Nur noch zwei Zimmer frei« – mit fragwürdigen Tricks drängen Onlinehändler Kunden zum Kauf 100

Geldanlage Entertainer Harald Schmidt über seine Strategien beim Aktienkauf 102

Datenschutz Die bizarre SAP-Affäre um eine gelöschte Betriebsratsmail 104

Ausland

Wladimir Putin arbeitet auf die ewige Präsidentschaft hin / Brasilianische Indigene kämpfen für ihr Trinkwasser 105

Griechenland Fremdenfeindlichkeit und katastrophale Zustände – auf Lesbos eskaliert die Lage 106

Sport

Milliardengeschäft mit Fußballwetten wird legalisiert / Gut zu wissen: Macht E-Sport Jugendliche träge und dick? 109

Handball SPIEGEL-Gespräch mit dem neuen Bundestrainer Alfred Gislason über seinen krankhaften Ehrgeiz und einen schweren Schicksalsschlag 110

Wissen

Roboter als Haushaltshilfe / Millionen Jahre alter Eidechsenfuß entdeckt 113

Archäologie Wie eine junge Chemikerin das Rätsel lösen will, wo die legendäre Varusschlacht wirklich stattfand 114

Beziehungsforschung Die Psychologin Christine Finn kann vorhersagen, welche Paare sich trennen werden 117

Kultur

Clint Eastwoods neuer Film »Der Fall Richard Jewell« / Der Historiker Thomas Weber über jüngste Erkenntnisse der Hitler-Forschung 118

Literatur Ein Besuch bei Hilary Mantel, Chronistin der Intrigen am Hof des englischen Königs Heinrich VIII. 120

SPIEGEL-TV-Programm 95
Bestseller 123
Impressum, Leserservice ... 124
Nachrufe 125
Personalien 126
Briefe 128
Hohlspiegel/ Rückspiegel ... 130

Die Logik des Virus

Leitartikel Wie wir die Pandemie besiegen? Indem wir sie ernst nehmen.

Diese SPIEGEL-Ausgabe besteht zum größten Teil aus journalistischen Texten, die alle nur ein Thema haben. Dreimal geschah das bisher in der Geschichte dieses Magazins, das 1947 zum ersten Mal erschien: in den Tagen nach dem 11. September 2001, zum Mauerfall im November 1989 und nach der Verhaftung von Rudolf Augstein 1962. Nun also das Coronavirus.

Wahrscheinlich wird es Leser geben, die uns am liebsten das Fieber messen würden. Es gibt den Vorwurf an die Medien allgemein, dass ihre Berichterstattung über das Coronavirus Panikmache sei. Tatsächlich folgt die Berichterstattung in Zeiten einer neuen digitalen Öffentlichkeit viel zu oft dem Glauben, dass nur hohe Erregung die erhoffte Aufmerksamkeit beim Leser erzielt. Auch wir waren und sind nicht immer ganz frei davon, die Welt mit zu aufgeregten Vokabeln zu beschreiben.

In diesem Fall aber trifft der Vorwurf nicht zu. »Corona kam wie ein Tsunami über uns.« Das sagte vor ein paar Tagen der Arzt eines Krankenhauses in Norditalien zu einer SPIEGEL-Kollegin. Wie ein Tsunami ist diese Epidemie ein Naturereignis, keine Fiktion, keine Panikstory, kein Hype, der aus einem Schnupfen eine Seuche macht, keine Verschwörungstheorie. Nur wer das erkennt, wird in der Lage sein, auf diesen Angriff der Natur zu reagieren – mit den Mitteln der Vernunft, basierend auf wissenschaftlichen Fakten. Es ist Zeit für Realismus. Zeit für radikale Akzeptanz von Wirklichkeit.

Noch wissen wir nicht genug über dieses Virus. Noch gibt es keine Medikamente, die den Verlauf der Krankheit stoppen oder entscheidend lindern. Noch ist kein Impfstoff gefunden. Noch weiß niemand, wie lange es dauern wird. Wir müssen lernen, mit der Epidemie zu leben.

Wir wissen allerdings, dass das Virus sich exponentiell verbreitet und ein Fünftel der Infizierten ernster oder sogar schwer erkranken wird. Wir wissen nicht genau, wie hoch die Letalitätssrate bei einem funktionsfähigen Gesundheitssystem ist, aber Mediziner gehen von ungefähr einem Prozent aus. Betroffen werden vor allem Ältere sein. Was wir auch wissen: Das Virus darf sich nicht ungehindert ausbrei-

ten, weil eine exponentiell ansteigende Infektionsrate die Krankenhäuser überfordern und der Anteil der Todesfälle steigen würde.

Das ist keine Panikmache, sondern Logik und Mathematik. Wer will, dass sich die Zahl der Erkrankungen auf einen langen Zeitraum streckt, hat Möglichkeiten, dies zu tun. An Ländern wie China, Südkorea und Italien, die ein paar Wochen oder auch nur ein paar Tage voraus sind, lässt sich ablesen, was kommen wird: Es beginnt mit dem

Verbot von Großveranstaltungen, mit der Schließung von Schulen und Universitäten. Es geht weiter mit dem Abriegeln ganzer Städte, Regionen und Länder, drakonischen Quarantänebestimmungen für Millionen Menschen. Grenzen werden dichtgemacht, das öffentliche Leben versiegt, wenn Restaurants und Geschäfte nicht mehr öffnen. Irgendwann könnte die Produktion zum Erliegen kommen, wenn niemand mehr konsumiert. Die Logik des Virus könnte dazu führen, dass nicht nur einzelne Länder stillstehen, sondern bald die ganze Welt. Es wäre einzigartig in der Geschichte der Menschheit, die so nahe zusammengedrückt ist wie nie zuvor und deswegen so verletzlich ist.

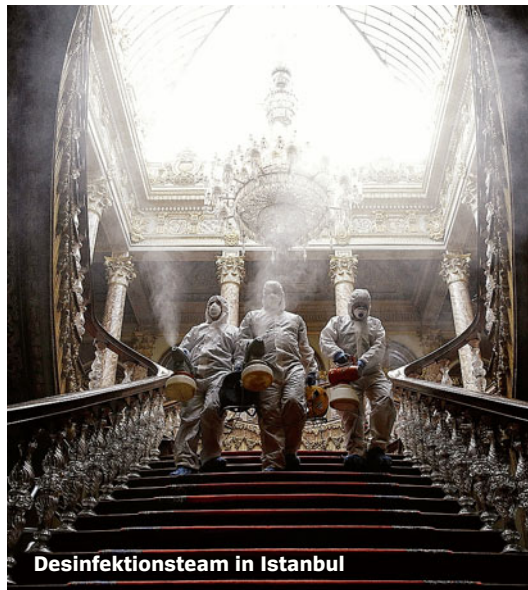
In Deutschland sind wir noch früh dran, was die Zahl der Infizierten und die Radikalität der Maßnahmen betrifft. Der Bundeskanzlerin und der Regierung wirft man vor, zu wenig zu tun. Die Zurückhaltung hat damit zu tun, dass man die wirtschaftlichen Fol-

gen begrenzen möchte. Aber die Logik des Virus steht dagegen. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass auch Deutschland bald zum Stillstand kommt. Panik? It's the logic, stupid.

Die Frage ist, wie lange die Welt stillstehen wird. Je länger, umso größer die Disruption für die globale Wirtschaft. Die Börsen sind längst im freien Fall.

Wir werden uns zurückziehen müssen in unsere privaten Höhlen, die Regierungen werden alles tun, um ihre Bevölkerung zu schützen. Aber das Coronavirus selbst und dessen Folgen für die Weltwirtschaft sind nur global zu besiegen.

Die gute Nachricht: Überall auf der Welt erforschen Mediziner derzeit, ausgestattet mit großen finanziellen Mitteln, gemeinsam das Coronavirus. Auch das dürfte welthistorisch einzigartig sein. Das ist die Hoffnung. Lothar Gorris



Desinfektionsteam in Istanbul

DIMIT BEKTAS / REUTERS

► Frage

Wie viel Panik ist gesund?

Der Stoff, aus dem wir Menschen sind

Pandemie Wenn die Toten gezählt sind, wird sich das System einige unangenehme Fragen stellen müssen. Wie konnten Regierungen und Staaten die aufziehende Gefahr verkennen? Und warum waren sie bis zuletzt unfähig zu entschlossener Aktion? *Von Ullrich Fichtner*

Das »Dekameron« von Giovanni Boccaccio, zu Zeiten der Pest im Mittelalter geschrieben, ist ein Werk der Quarantäne. Das berühmte Buch, fast 700 Jahre alt, viele Hundert Seiten dick, präsentiert einen Reigen unerhörter Geschichten, die sich zehn junge Edelleute, die vor dem Schwarzen Tod in Florenz aufs Land geflohen sind, gegenseitig erzählen.

Es geht um Liebe und Verrat, Niedertracht und Gier, Lust und Enttäuschung, um Sünden, um Sühne, um Grundsätzliches, um den Stoff, aus dem der Mensch gemacht ist. Er wird in Krisen besonders gut sichtbar, auch diesmal.

Covid-19, das Coronavirus, ist nicht die Pest, so viel immerhin haben wir in den vergangenen Monaten gelernt. In den kommenden Wochen wird sich unser aller Leben aber trotzdem stark verändern, vielleicht sogar auf dramatische Weise. Auch reiche Länder in Europa werden Engpässe in ihrem Gesundheitssystem erleben, schlimme Szenen in Krankenhäusern, Arztpraxen, Notaufnahmen sind zu erwarten. Gut möglich, dass Ärzte entscheiden

müssen, wie auf den Schlachtfeldern früherer Landkriege, wer zu behandeln und wer aufzugeben sei, wer noch Sauerstoff bekommt und wer nicht mehr.

Hunderttausende werden in den kommenden Monaten erkranken, und die Analyse der Zahlen führt zu dem Schluss, dass Zehntausende schwer erkranken und Tausende sterben werden. Davon, ob das alles sehr schnell oder eher langsam vonstatten geht, wird abhängen, ob uns eine Krise oder eine Katastrophe ins Haus steht.

Um die Verbreitung des Virus zu bremsen, wird die Welt jetzt sehr schnell sehr still werden.

China ist längst weithin abgeriegelt, Italien geschlossen, ganze Regionen sind isoliert, der Flugverkehr zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika so gut wie unterbrochen. In Europa gerät der Alltag ins Stolpern. Lang geplante Feste, Konferenzen, Konzerte werden abgesagt, die Krankheit wischt alles menschliche Pläne einfach weg.

Am Donnerstagabend ordnete Frankreichs Präsident Emmanuel Macron für Montag die Schließung aller Universitäten, Schulen, Kindergärten an, allein davon

werden Millionen Familien direkt betroffen sein. Und doch bleibt für die kommenden Wochen und Monate das Katastrophenszenario leider das wahrscheinliche, weil der Mensch am Ende lieber hofft als handelt und weil er sich deshalb selbst zum Feind wird.

Seit Silvester, seit aus Wuhan erste kleine Nachrichten zu uns gelangten, geht es im Grunde genommen immerfort um Mathematik. Und es geht darum, dass Menschen dazu neigen, ihre unerbittlichen Gesetze nach Belieben ernst zu nehmen oder zu ignorieren, nach Gefühl.

Dem Einzelnen ist das gewiss nachzusehen, aber Regierungen und Staaten können mit Nachsicht dieser Tage nicht mehr rechnen. Ihre Versäumnisse angesichts der Corona-Bedrohung sind bereits heute unverzeihlich.

Wer, wenn nicht sie, hätte die Gefahr erkennen müssen, die in den spröden Meldungen aus China von Beginn an lag? Wer, wenn nicht die zuständigen Behörden und Apparate in Deutschland und Frankreich, in Spanien, in Italien, in Iran, in den USA und anderswo, hätte alles Menschenmögliche unternehmen müssen, um die Wucht



dieser Pandemie möglichst gering zu halten? Sie haben ihre Pflicht nicht erfüllt.

Die Debatten darüber, ob Fußballspiele abgesagt werden, ob Volksfeste, Messen und Konferenzen abgesagt werden sollten – diese Debatten werden in der Rückschau recht lächerlich wirken. Es wird stattdessen berechnete Vorwürfe der fahrlässigen Zeitverschwendung geben.

Nebenbei wird sich dabei die Erkenntnis einstellen, dass der Unterschied zwischen Donald Trump und Angela Merkel diesmal kleiner war als sonst, weil beide die Gefahr zu wenig ernst genommen haben, und zwar auch noch zu einem Zeitpunkt, als entschlossenes Handeln längst angezeigt gewesen wäre.

Aber entschlossenes Handeln, daran fehlt es in der verwalteten Welt, zumal in der, die wir Deutschen bewohnen. Was die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten im Großen aufführen, wird im deutschen Föderalismus als Bauerntheater noch einmal nachgespielt.

Aber diesmal, wenn die Toten gezählt sein werden, steht eine Systemdebatte zumindest darüber an, ob sich ein Bundesgesundheitsminister im Krisenfall wirklich erst mit seinen 16 Kollegen aus den Ländern ins Benehmen setzen muss, wenn er wichtige Entscheidungen zu treffen hat.

Es wird darüber zu reden sein, ob es Karnevalsvereinen überlassen bleiben soll, über die Absage von Großveranstaltungen zu entscheiden. Es wird zu analysieren sein, warum die Verantwortlichen der Deutschen Eishockeyliga weitblickend und die Verantwortlichen der Fußballbundesliga kleinkariert zu Werke gingen. Es wird darum gehen, ob es nicht bessere, zentralstaatliche Wege gibt, um in Deutschland angemessener auf Krisen zu reagieren.

Wenn es stimmt, dass Krisen den Stoff zutage fördern, aus dem der Mensch gemacht ist, dann unterstreicht die aktuelle, wie unbegabt er zur Solidarität mit anderen ist, und zwar auf allen Ebenen.

Meldungen darüber, dass Schutzmasken und Desinfektionsmittel aus Kranken-

häusern gestohlen wurden, sind ernüchternd. Die Bilder der leeren Nudelregale, die Nachrichten über Engpässe beim Klopapier sind nicht viel besser. Die mitleidlose und hochmütige Diskussion hierzulande über angebliche Fehler der Chinesen im Kampf gegen die Krankheit war beschämend.

Und nun, da das Virus längst von Wuhan nach Remscheid gereist ist, da es im Norden Frankreichs, im Süden Italiens, im Westen Österreichs unterwegs ist, nun, da es zur konkreten Lebensgefahr für nicht wenige, häufig betagte Mitmenschen geworden ist, gehen noch immer hustende Menschen fröhlich unter die Leute. Fiebernde setzen

► Frage

Warum ist Solidarität so schwierig?

sich in Wartezimmer, als wäre nichts, als wären sie allein auf dieser Welt und als hätten sie, bei allen Rechten, auch das auf ahnungslose Rücksichtslosigkeit.

Leider sind die Kollektive nicht viel besser. Europas Nationalstaaten verpassen gerade eine weitere Chance, ihre Union mit Leben und Sinn zu füllen. Statt zu begreifen, dass gemeinsames Handeln von Nutzen sein könnte und dass dieses Virus nun wirklich keine Staatsbürgerschaft kennt, igeln sie sich in ihren engen Grenzen ein.

Hier und da werden sogar populistische Stimmen laut, die nach Schuldigen suchen und dabei Krankheit und Ausländerdumtum perfide vermischen, statt nach globalen Lösungen für ein globales Problem zu suchen. Es gilt wieder: jeder für sich. Keiner für alle.

So geht die Suche nach Halt und Orientierung auf beunruhigende Weise ins Leere. Zwar hat jedes Land gerade einen

Professor wie den Berliner Virologen Christian Drosten, der in ruhigen Worten das Unvermeidliche referiert. Aber die Hilflosigkeit der Mächtigen ist mit Händen zu greifen. Wie die EU zeigen sich auch die Vereinten Nationen zu straffer Selbstorganisation außerstande, obwohl das doch ihre Stunde sein müsste. Sie fallen indes als ewiger Hoffnungsträger neuerlich aus.

Der Einzelne ist schlecht darin, Risiken korrekt abzuwägen, das gilt für Viren, wie es in ganz ähnlicher Weise für den Klimawandel gilt. Die Gebote für richtiges, vernünftiges Verhalten sind bekannt, aber sie werden viel zu wenig befolgt. Oder sie werden, im Gegenteil, absolut gesetzt und ideologisch überzogen. Es fällt offenkundig schwer, im Angesicht einer diffusen, schwer zu berechnenden Bedrohung das rechte Maß zu finden. Und so wie Menschen ihre Chance auf einen Lotteriegewinn maßlos überschätzen, so unterschätzen viele noch immer das zerstörerische Potenzial des Coronavirus. Das wird sich rächen. Und es wird sich ändern.


Viele werden die Erfahrung machen, in einer Region zu leben, in der das öffentliche Leben er stirbt.

Viele werden sich völlig anders organisieren müssen, weil Kinderhorte schließen, Büros zumachen oder Innenstädte zu Sperrzonen erklärt werden. Die Bilder aus den Städten Italiens mögen wie Ausschnitte aus düsteren Zukunftsfilmern wirken, aber das ist unser Leben jetzt, fürs Erste.

Und es ist seit Monaten schon das Leben in Wuhan, über das wir doch nur die ganze Zeit dachten: Wuhan ist weit weg. Das war der erste entscheidende Fehler. Wir sollten aus ihm lernen und aus allen anderen, für die Zukunft.

Wie die Geschichte ausgeht, wann sie endet, weiß niemand zu sagen. Das »Dekameron« von Boccaccio schließt mit der Rückkehr der zehn jungen Leute in die Stadt, nach Florenz. Zehn Tage lang haben sie sich Geschichten erzählt. Dafür wird jetzt vielerorts viel mehr Zeit sein. ■

Es wird sich die Erkenntnis einstellen, dass der Unterschied zwischen Donald Trump und Angela Merkel diesmal kleiner war als sonst, weil beide die Gefahr zu wenig ernst genommen haben, und zwar auch noch zu einem Zeitpunkt, als entschlossenes Handeln längst angezeigt gewesen wäre.



Italien Eine Reise nach Mailand in Zeiten des Coronavirus ist eine Reise in die Stille – und eine Zeitreise. Hier ist zu besichtigen, was dem Rest Europas blühen kann. Wie schaffen es die Menschen, nicht verrückt zu werden? *Von Juan Moreno*

Ein Land als



Sperrzone



Irgendwann in dieser Woche, inmitten des ganzen Wahnsinns, poppte die immer gleiche Frage auf. Eine Frage, die jeder Italiener stellen sollte, sobald er erfuhr, dass man eigens aus Deutschland nach Mailand angereist sei, um als Journalist ein paar Dinge zu verstehen.

Es war die Frage nach der »Zeitreise«, sie geht ungefähr so: Ist man vielleicht nur deshalb ins heutige Italien gereist, um beschreiben zu können, wie das morgige Deutschland aussehen könnte?

Die ehrliche Antwort auf die Frage lautet: ja. Genau das ist der Grund für die Reise. Italien ist ein Blick in eine mögliche Zukunft, die den Rest Europas ängstigt. Es muss nicht so kommen wie hier, es wäre aber dumm, es auszuschließen.

Darum möchte man verstehen, wie es diesem stolzen, wunderschönen, komplizierten Italien geht. Wie man es schafft, derzeit in Italien nicht verrückt zu werden. Wie man sich fühlt, wenn einem die eigene Regierung das Spaziergehen verbietet. Oder das Feierabendbier.

Die meisten Italiener geben in diesen Tagen gern Auskunft über das Leben in der Schutzzone, die jetzt das ganze Land umfasst. Sie versuchen ein Leben zu beschreiben, das sie selbst noch nicht richtig kennen. Wie fühlt man sich, wenn man den eigenen Kindern sagen muss, dass man jetzt Omi nicht besuchen darf, weil Omi sonst krank werden könnte? Auch nicht den Spielplatz, obwohl es überhaupt nicht regnet und man schon gestern und vorgestern die Wohnung nicht verlassen hat?

Kurzum, was passiert, wenn man Italiener fragt, was dieses Virus übrig gelassen hat von dem, was sie Alltag nannten?

Aber es stimmt eben auch: Italien ist nur in diesen Tagen eine Besonderheit, eine verfrühte Anomalie, die lediglich einen winzigen Vorsprung vor den anderen hat. Zwei, drei Wochen vielleicht, nicht mehr, und aus dem aktuellen italienischen Albtraum wird ein französischer, spanischer, amerikanischer oder deutscher. Es gibt derzeit nicht viele italienische Gewissheiten, aber diese Einschätzung zählt vermutlich dazu.

Was also ist Italien gerade für ein Land? Zuallererst fällt in Mailand auf, was jetzt anders ist, was Italien nicht mehr ist, nämlich: nicht mehr laut. Ein Land nach einem Hörsturz, ohne Hupen, ohne Horden, ohne Gelächter.

»Tutto«, sagt Pater Enrico, Pfarrer der Gemeinde Santa Marcellina e San Giuseppe alla Certosa im Norden Mailands. Alles sei anders. Er erkenne seine Tage nicht wieder. »Das muss bald enden«, sagt er.

Don Enrico ist ein milde lächelnder Mann. Kurze ergraute Haare, eine sanfte Stimme, wie gemacht für die Sonntagspredigt. Er empfängt in einem kleinen Vorzelt seiner Pfarrei. Die Stühle stellt er gut zwei Meter auseinander. Pater Enrico hat viel Zeit gerade, und das gefällt ihm nicht.

Seit etwas mehr als einer Woche hat er die Pfarrei nicht verlassen. Messen, Beerdigungen, Hochzeiten, Kommunionunterricht, das alles hat die Regierung ohnehin verboten. Auch Krankenbesuche, die der Pater regelmäßig gemacht hat. Außerdem ist die Besitzerin einer kleinen Bar, die gleich gegenüber seiner Kirche liegt, »positiv« getestet worden. »Ich will mir überhaupt nicht ausmalen, wie viele sich da angesteckt haben«, sagt Pater Enrico.

Es falle ihm wirklich schwer, die älteren Damen nicht besuchen zu dürfen, die regelmäßig zum Sonntagsgottesdienst kommen, nicht zuletzt, weil sie außer Gott niemanden zu haben scheinen. »Ich würde mich am liebsten über die Anweisung hinwegsetzen, ich werde gebraucht. Aber das

geht nicht. Jeder muss verantwortlich handeln.« Sogar die Kirche ist machtlos. »Es fällt uns nicht leicht daheimzubleiben. Eingesperret wie Löwen in einem Käfig, fühle ich mich, es ist nicht mein Naturell.«

Läuft man abends durch das Zentrum von Mailand, was man mittlerweile nur noch darf, wenn man einem Carabinieri im Zweifel einen wirklich guten Grund nennen oder ein vom Arbeitgeber ausgefülltes Formular vorweisen kann, hört man vor allem zwei Geräusche: das Plätschern eines Brunnens, falls einer in der Nähe ist, und die schrillen Sirenen von Krankenwagen. Sirenen, die sich die Fahrer sparen könnten, denn es gibt niemanden, der ihnen die Durchfahrt erschweren würde.

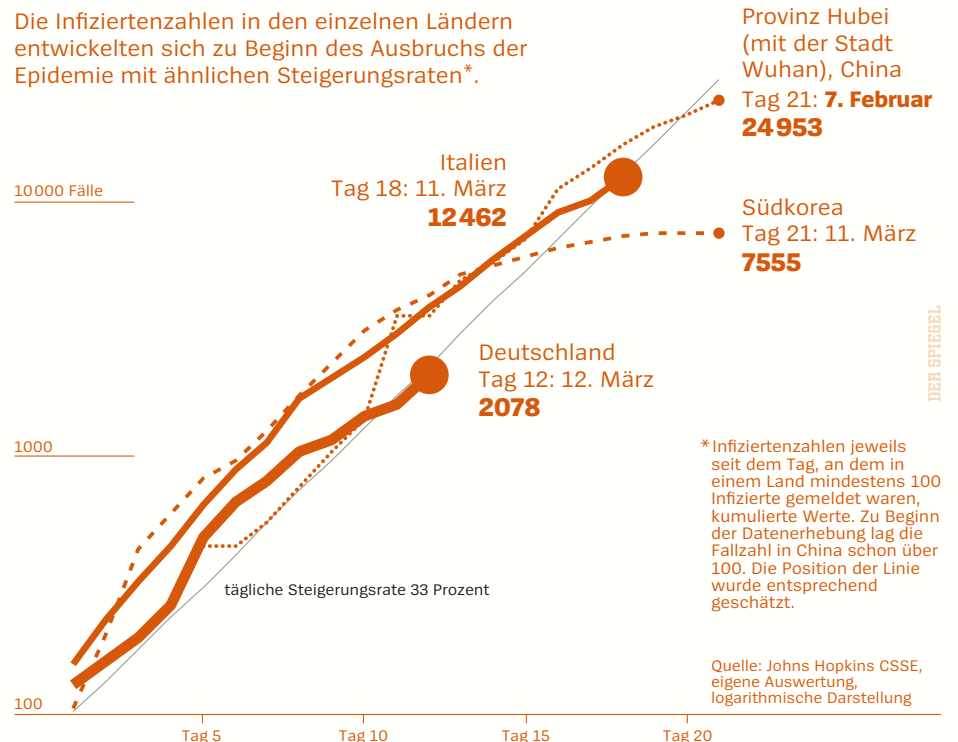
Kaum jemand fährt Auto. Oder Metro. Oder Bahn. Oder irgendwas. Mailand, der Motor Italiens, ist zum Stehen gekommen. Viele Menschen arbeiten von zu Hause aus, wenn sie das Glück haben, dass es ihr Arbeitgeber möglich macht. Wieder andere, vor allem viele Kleinunternehmer, Handwerker und sonstige Selbstständige, arbeiten überhaupt nicht. Sie verbringen die vielen Stunden, die sie jetzt daheim sitzen mit der Familie und der Zukunftsangst, auf die so viele Gespräche hinauslaufen.

Die Regierung in Rom hat Hilfen versprochen. 25 Milliarden Euro. Der erste Gedanke bei den meisten: Das reicht nicht. Nicht im Ansatz.

Ein junger Mann, der im Hilton in der Via Luigi Galvani arbeitet, erzählt, dass er derzeit nur einen einzigen Gast habe.

Infektionsraten bei Covid-19

Die Infiziertenzahlen in den einzelnen Ländern entwickelten sich zu Beginn des Ausbruchs der Epidemie mit ähnlichen Steigerungsraten*.



Einen Mann in der siebten Etage. Dieser Mann bin ich. »Viele Hotels in der Stadt haben geschlossen. Das Hilton macht das nicht«, sagt der Mann. Er klingt stolz. Er sagt, dass die Stadt nicht wiederzuerkennen sei. »Da draußen ist es so unglaublich still. Ich habe Mailand noch nie so erlebt«, sagt er. Niemand hat Mailand je so erlebt. Nicht mal im August, in einer Zeit, in der Mailänder ihre Stadt verlassen wie Ertrinkende ein havariertes Boot.

Ganz Italien zur Sperrzone zu erklären, so wie das am Mittwochabend Ministerpräsident Giuseppe Conte getan hat, ist eine Maximalzumahmung. Die Bewegungsfreiheit ist massiv eingeschränkt. Reisen darf nur, wer das auf eine der beiden Arten begründen kann: Arbeit oder Notfall. Restaurants, Bars, Universitäten, Kindergärten, Kinos, Theater, Fitnessstudios, Frisuren, Einkaufszentren bleiben geschlossen. Menschen dürfen sich nicht versammeln. Nicht im Privaten, nicht im Freien. Natürlich ist der Spielbetrieb der Serie A suspendiert. Gut möglich, dass es in diesem Jahr keinen Fußballmeister geben wird.

Vorher soll die Regelung bis zum 3. April gelten. Die Regierung hat nicht ausgeschlossen, dass sie noch drastischere Maßnahmen verhängen könnte.

Langsam geht einem die Fantasie aus, was man noch verbieten könnte. Zwei Wochen sollen die Italiener größtenteils in den eigenen vier Wänden ausharren. Dabei sind die eigenen vier Wände für die meisten Italiener genau das: nur Wände. Das wirkliche Leben, es brodelte woanders. Auf der Straße, bei der Arbeit, beim Kartenspielen in der Kneipe, beim Tratsch auf dem Markt. Wer braucht eine fantastische Wohnung, wenn er in den Straßen von Florenz, Bari oder Bergamo flanieren kann? Die Verklärung der eigenen Couch ist ein deutsches, eher kein italienisches Gefühl.

Die Regierung hat die Maßnahmen, einige vermuten bewusst, nur nach und nach eingeführt. So als wolle man das Volk langsam an die richtige Dosis heranführen. Erst waren es ein paar Gemeinden südöstlich von Mailand, die zur »roten Zone« erklärt wurden. Eine Ausgangssperre, die 50 000 Menschen betraf. Die Welt schaute auf die Lombardei und war schockiert. Freiheitsrechte wurden in einer europäischen Demokratie per Federstrich ausgesetzt.

Anfangs reagierten Italiener empört, teils mit der Überzeugung, dass die Regierung in Rom mal wieder das getan hatte, was sie am besten beherrscht: es komplett zu vermasseln.

Ein paar Nester im Mailänder Speckgürtel abzuriegeln war schon schlimm genug, als aber kurz darauf verfügt wurde, dass landesweit Cafés und Klubs zumindest teilweise schließen müssten, waren viele Italiener verärgert. Sie ignorierten die Warnungen.



Städtischer Mitarbeiter bei Basilika-Desinfektion in Neapel: Sogar die Kirche ist machtlos

Matteo Salvini, Vorsitzender der rechten Lega und bester Empörungseismograf des Landes, flutete die sozialen Netzwerke und kritisierte die Schließungen. Nicht wenige, gerade im Norden des Landes, stimmten zu. Es war Karneval in Venedig, Fashion Week in Mailand, eine gute Zeit für Geschäfte. Touristenstornierungen waren das Letzte, was Italien brauchen konnte. Die Bars durften bald darauf wieder nach sechs Uhr öffnen.

Die Politik hyperventilierte, schien hin- und hergerissen. Der Norden schimpfte auf den Süden, der Süden auf den Norden, die Lega auf alles. Zum Beispiel auf Chinesen, die andere Vorstellungen von Hygiene hätten als die Italiener. Das erklärte die vielen Toten in Wuhan, ferndiagnostizierte der Präsident des Veneto, Luca Zaia.

Inzwischen sind es die Chinesen, die Italien mit Ärzten und Ausrüstung versorgen.

Das Virus verbreitete sich gemäß den Naturgesetzen weiter, die Fallzahlen explodierten. Erst waren es hundert Infizierte mehr, dann zweihundert, dreihundert, achthundert, tausend. Täglich. Die Toten wurden mehr. Mehr als 12 000 bestätigte Infektionen waren es am Donnerstag, mehr als tausend Tote; jeden Tag nehmen die Zahlen exponentiell zu. Antonio Pesenti, 68, Leiter der lombardischen Kriseneinheit für Intensivtherapien, erklärte mit

➤ Frage

Wie lebt es sich im Ausnahmezustand?

ruhiger Stimme, was er von dem Virus erwartete. »Wenn die Bevölkerung nicht befreit, dass man zu Hause bleiben muss, um Ansteckungen zu vermeiden, wird die Lage katastrophal werden.« Er rechne bis zum 26. März mit rund 18 000 Infizierten allein in der Lombardei.

Die Berichte aus den überforderten Krankenhäusern in Italiens Norden sind erschütternd. Die Intensivstationen sind überlastet, die Ärzte müssen Entscheidungen über Leben und Tod treffen, fast wie in Kriegszeiten (siehe Protokolle Seite 17).

Die Stimmung kippte. Schnell. Die meisten Italiener verstanden nun, warum die Chinesen so nervös innerhalb weniger Tage zwei ganze Krankenhäuser hochgezogen hatten. Nun ging es schnell. Erst wurde die Bewegungsfreiheit teilweise eingeschränkt, dann immer mehr. Am Donnerstag trat die letzte Verschärfung in Kraft. Außer Lebensmittelgeschäften, Apotheken und Kiosken ist fast alles geschlossen.

Italien steht still.

Vor den Supermärkten bilden sich Schlangen. Ein apokalyptisches Bild. Dutzende Menschen mit Schutzmasken und Plastikhandschuhen vor leeren Einkaufswagen, die geduldig auf Einlass warten. Viele Supermärkte beschränken den Zutritt, damit nicht zu viele Leute gleichzeitig in den Regalreihen stehen. Ein Meter Mindestabstand besagt die Regel. Näher kommen sich die Italiener gerade nicht. Panik ist in den Gesichtern nicht zu sehen. Es hat sich herumgesprochen, dass keiner verhungern wird.

»Es gibt genug, das ist nicht das Problem«, sagt Lucca Felice, ein Mann mittle-

ren Alters, der als Physiotherapeut arbeitet. Er sagt, er stehe hier jeden Tag. »Ich bin froh, dass ich so jeden Tag das Haus verlassen kann. Ich stehe hier lieber an, als zu Hause zu bleiben.«

Eigentlich, jetzt wo er darüber nachdenke, brauche er nicht wirklich etwas. Wer zum Einkaufen geht, darf das Haus verlassen. Er muss sich allerdings, auch das ist geregelt, während des Einkaufens beeilen.

Es ist nicht Panik, die sich breitmacht, es ist eine Art Ermattung.

Von den Nachrichten, den Sorgen, den immer gleichen Fragen, auf die keiner Antworten hat. Zum Beispiel, was in einem halben Jahr sein wird. Wenn man wieder zur Arbeit gehen darf, aber es die Arbeit nicht mehr gibt. Viele versuchen, nicht daran zu denken. Nicht wenige Italiener verdrängen jetzt, scheinen sich schnell an die neue Situation zu gewöhnen. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier, heißt es, und es ist erstaunlich zu sehen, wie schnell Menschen mit dem Ausnahmezustand leben lernen.

Wenn die Menschen sich fragen, wie lange sie das noch ertragen müssen, schauen sie nach China – so wie Europa nach Italien schaut, um zu sehen, was kommt. Im Internet werden die Erfolgsmeldungen der Chinesen geteilt. Im Staatsfernsehen ist die Korrespondentin in Peking im Dauereinsatz. Sie soll Hoffnung machen, wünschen sich offensichtlich die Moderatoren, sie beschwichtigt aber, relativiert, viele kommt-drauf-an-Antworten.

Als Hoffnungsträgerin ist die Journalistin nutzlos. Gute sechs bis acht Wochen, sagt sie schließlich, so lange habe es gedauert, bis sich die Situation in China halbwegs stabilisiert hätte. Aber nicht überall. Die Lage sei unübersichtlich. Hoffnung klingt anders. Sechs bis acht Wochen klingt furchtbar. Viele in Italien hoffen, dass es schneller gehen könnte, auch wenn es dafür keinen rationalen Grund gibt.

Wie in allen Krisen bringen diese Zeiten das Beste und das Schlechteste im Menschen hervor. Das war immer so. Ist diesmal nicht anders. Es gibt Nachbarn, die sich seit Jahren im Treppenhaus nur kurz zunicken und nun dem älteren Ehepaar im Haus anbieten, seinen Einkauf zu erledigen. Großeltern aus dem Süden rufen mehrmals täglich im Norden an, um sich die Körpertemperatur der Kinder durchgeben zu lassen. Obwohl jeder weiß, dass Kinder kaum gefährdet sind.

Meist beruhigen diejenigen in den stärker betroffenen Gebieten die aus den weniger betroffenen. Das Leben wird zusehends virtuell. Mütter stellen Videos ins Netz und erklären, wie sie sich jeden Tag ein neues Spiel für die Kinder ausdenken, damit die Tage nicht so lang werden.

Menschen, darunter Politiker und Prominente, laden Selfievideos hoch und erklären, dass sie positiv getestet sind und dass man sich bitte Sorgen um die Alten, die Verletzlichen und Schwachen machen solle, nicht um sie. Und es klingt aufrichtig.

Wieder andere Menschen brechen in Supermärkte ein und klauen Desinfektionsmittel. Oder bunkern mehr Schutzmasken, als sie für drei Leben brauchen.

Auch die Politik ändert sich. Italiens Regierung wirkt plötzlich transparent, und man möchte fast sagen: solide. Zwei Eigenschaften, die den Regierenden in Rom eher selten zugeschrieben wurden. Ministerpräsident Giuseppe Conte, ein kluger Juraprofessor, der zur Belehrung neigt, scheint genau der Richtige für die

Krise zu sein. Er gilt als langweilig. Einige seiner früheren Reden werden anästhetisierende Wirkungen nachgesagt. Allerdings ist langweilig derzeit gut in Italien. Sehr gut sogar.

Auch wenn Anhänger der rechten Lega das vermutlich nicht offen einräumen würden, scheinen sogar einige von ihnen froh, dass in Rom im März 2020 ein kühler, uncharismatischer Verwalter das Sagen hat.

Die Vorstellung, dass der Lega-Chef Salvini jetzt das Land einen könnte, ist eher schwierig. Am Donnerstag, nach der letzten Verschärfung durch die Regierung, schimpfte er plötzlich, dass die Maßnahmen nicht weit genug gingen und dass sich viele gar nicht vorstellen könnten, welche Opfer der Norden gerade bringe. Aller-



REMO CASILLI / REUTERS



SIMONA GRANATI / CORBIS / GETTY IMAGES

Abgeordnete*, Kunden vor Supermarkt in Rom: Noch drastischere Maßnahmen?

* Maria Teresa Baldini von der rechtsextremen Partei Fratelli d'Italia am 11. März.

dings möchte man sich auch nicht vorstellen, was das Virus in Italien angerichtet hätte, wenn man Salvinis Rat vom 27. Februar gefolgt wäre: »Öffnet alles! Öffnet alles, was man öffnen kann. Fabriken, Geschäfte, Museen, Galerien, Fitnessstudios, Diskotheken, Bars, Restaurants, Einkaufszentren.«

Vielleicht ist das eine Erkenntnis aus der Krise. Als Land muss es einem gut genug gehen, um sich Populismus leisten zu können.

Es ist noch viel zu früh, um zu sagen, wie Italien aus der Krise kommen wird. Die Wirtschaft kracht gerade zusammen.

Alberto Tandoi, ein 50-jähriger Mailänder, der für eine Werbeagentur arbeitet, sagt: »Zu der Frage, was ich von der Zukunft erwarte, kann ich nur sagen, ich hoffe, dass es eine gibt.« Tandoi ist ein ungewöhnlicher Mann, einige seiner Freunde nennen ihn einen Hypochonder.

Einem Treffen hat er nach langem Nachdenken schließlich nicht zugestimmt, aber einem Telefongespräch. Er hat ja recht: Menschen nicht zu treffen, sich von ihnen fernzuhalten, ist jetzt genau das Richtige.

Schon seit Wochen hat er seinen Freundeskreis in den Wahnsinn getrieben und ziemlich genau vorhergesehen, was passieren würde. Die Ausgangssperre, die Gefährlichkeit des Virus, die Quarantäne, alles. Er hatte sich angeschaut, was in China passiert war. Derzeit schreibt er lange Facebook-Einträge und versucht jeden zu überzeugen, den Anweisungen der Regierungen zu folgen. Es gehe nur gemeinsam, findet Tandoi: »Du kannst dich als Land isolieren, du kannst eine Mauer bauen, aber keine Mauer wird ein Virus stoppen.«

Es ist auffällig, wie oft die Menschen nach einer Weile nicht mehr von ihren Sorgen sprechen, wenn sie über das Virus reden, sondern von den Sorgen der anderen. Den Sorgen der Familie, der Freunde, der Nachbarn, nicht zuletzt die Sorgen Europas und der Welt. Es werden gerade viele gute Gespräche in Italien geführt.

Alte Gewissheiten verschwinden: Die Monatskarte der Metro ist plötzlich wertlos, die Serie A unwichtig, der bedeutende Termin, den man vor zwei Wochen vereinbart hatte, ist erstens hinfällig und zweitens doch nicht so bedeutend, die Planungen für die Osterferien kann man vergessen. Die für den Sommer in Wahrheit auch.

Dafür treten neue Gewissheiten, neue Einsichten in den Vordergrund, womöglich nur vorübergehend, aber immerhin: Wir sind alle vernetzt, alle miteinander verbunden. Ein großes Dorf. Es geht nicht allein. Wir brauchen uns. Man kann sich näherkommen.

Sogar wenn man mindestens einen Meter Abstand halten muss.



MATTEO BIATTA / SINTESI / DPA / PA

Patienten, Klinikmitarbeiter im norditalienischen Brescia: »Wir dürfen keine Angst haben«

»Wir sind am Limit«

Krisenmedizin In italienischen Krankenhäusern kämpfen Ärzte, Pfleger und Notfallhelfer rund um die Uhr gegen die Corona-Epidemie. Augenzeugenberichte von der medizinischen Front.

In den vergangenen Wochen habe ich kaum geschlafen. Die anderen Ärzte, das Krankenhauspersonal, wir alle haben oft 18 Stunden durchgearbeitet. Wir haben innerhalb von 24 Stunden eine subintensive Station aufgebaut, um die Intensivstation zu entlasten. Dorthin verlegen wir die nicht ganz so schlimmen Fälle.

➤ Frage

Halten die Ärzte durch?

Corona kam wie ein Tsunami über uns. Die Situation in der Klinik ist nur schwer zu ertragen. Wir haben knapp 200 Patienten auf der Intensivstation. Noch reichen die Plätze aus, aber keiner weiß, ob der Höhepunkt der Epidemie noch vor uns liegt. Unser Krankenhaus liegt nur 30 Kilometer entfernt von Codogno, dem Epizentrum der Epidemie, wir befinden uns mitten in der roten Zone. Viele Menschen, die wir hier behandeln, brauchen Sauerstoff und Beatmungsgeräte, ich weiß nicht, wie lange wir noch mit allen wichtigen medizinischen Gütern beliefert werden.

Ich selbst habe keine Angst vor dem Virus, aber wir müssen zusehen, dass der Betrieb aufrechterhalten werden kann und sich unsere etwa 20 Ärzte und 60 Krankenpfleger nicht anstecken. Wir schützen uns mit Masken, so gut es geht.

Aber es gibt auch gute Nachrichten: Einige Patienten sind mittlerweile genesen. Zudem können schwerste Krankheitsverläufe geheilt werden, das sieht man am Beispiel des sogenannten Patienten Nummer eins. Auch er war hier bei uns in Pavia auf der Intensivstation. Es geht ihm besser, er muss nicht mehr beatmet werden und konnte die Intensivstation verlassen.«

Raffaele Bruno, Leitender Arzt für Infektionskrankheiten am Krankenhaus San Matteo in Pavia

Wir arbeiten den ganzen Tag ohne Pause, wir wissen nicht, wie lange das noch so weitergeht. Es geht zu wie an einer Kriegsfront. Wir dürfen keine Angst haben vor dem Virus. Nein, das können wir uns im Moment nicht leisten. Jedes Mal, wenn ein Patient an dem Virus stirbt, kommt ein Gefühl des Verloreneins in mir hoch. Viele, viele Men-

schen sind hier schon daran gestorben. Das schmerzt mich sehr. Aber wir dürfen uns mit den negativen Erlebnissen nicht aufhalten, sie rauben uns sonst die Kraft, um den anderen Patienten zu helfen. Um weiterzumachen.

Und immer wieder gibt es diese kleinen schönen Momente: Neulich kam ein Pizzabote auf unsere Station und hatte Pizza für alle dabei! Ich bin mir ganz sicher: Am Ende werden wir gegen das Virus gewinnen.«

Paolo Viganò, Leitender Arzt für Infektionskrankheiten im Krankenhaus Legnano in Mailand

Seit Anfang der Woche führen wir keine Routineoperationen mehr durch. Wenn man etwa einen Herzinfarkt hat, dann kann es sein, dass man länger warten muss. Die ganze Klinik konzentriert sich auf die anrollende Coronawelle. Alles läuft auf Hochtouren, wir wissen schließlich von den Kollegen in Norditalien, was auf uns zukommt. Die Zahl der Beatmungsgeräte wird aufgestockt, die Intensivstationen schaffen abgetrennte Bereiche für Corona-Patienten.

Die Stimmung in der Klinik ist extrem emotional, zum Teil sogar hysterisch. Auf meiner Station hatten wir eine Patientin, die schon länger bei uns liegt und deren Zustand sich verschlechterte. Ein Abstrich ergab, dass sie mit dem Coronavirus infiziert ist. Aber die Klinikleitung ließ die Ärzte und Pfleger, die mit ihr zu tun hatten, nicht testen. Es wurde auch niemand von uns isoliert. Wir sollen so lange weiterarbeiten, bis wir Krankheitssymptome entwickeln. Erst dann wird auf das Virus getestet.

Es gibt eine große Angst, dass sich die Belegschaft dezimiert, und niemand mehr übrig bleibt. Das hat zu großer Spannung unter Kollegen geführt, viele sind zu Hause geblieben. Im italienischen Gesundheitswesen gibt es ohnehin zu wenig Personal. Am Montag hatte ich nur noch einen Krankenpfleger bei mir.

Jeden Tag gibt es neue Richtlinien, wir haben Schulungen gemacht, wie man sich kleiden muss und wie man die Hände desinfiziert. Und dann das Problem mit den Spezialmasken. Man kann sie im Umgang mit Infizierten nur sechs Stunden lang tragen, danach gehören sie in den Sondermüll. Die Masken müssen ganz fest am Gesicht haften, damit es keinen Kontakt zur Außenluft gibt – sonst nützt es nichts. Was übrigens ziemlich anstrengend ist.

Auf unseren Intensivstationen haben wir mehr als 40 Plätze mit Beatmungsgeräten, hoffentlich reicht das, wenn die Infiziertenzahl in Rom weiter steigt. Von Kollegen in Mailand wissen wir, dass sie Corona-Patienten, die über 70 Jahre alt sind und



EMANUELE CAMERINI / DER SPIEGEL

Ärztin Almenräder in Rom

»Die Stimmung ist zum Teil hysterisch«

Vorerkrankungen haben, gar nicht mehr aufnehmen. Wer in diesem Alter herz- oder lungenkrank ist oder ein Tumorleiden in fortgeschrittenem Stadium hat und beatmet werden müsste, kommt nicht mehr an die entsprechenden Geräte. Wir müssen als Ärzte unter diesen Bedingungen plötzlich über Leben oder Tod entscheiden. Das ist furchtbar. Normalerweise müssen wir alles tun, um Menschen zu reanimieren. Aber jetzt werden die Kapazitäten knapp.

Ein anderes Krankenhaus wollte eine 89-jährige Patientin mit Corona-Infektion zu uns in die Uniklinik überweisen. Das ist nicht akzeptiert worden.

Was gerade in Norditalien passiert, wird sich hier in Rom wiederholen. Ich glaube, wir sehen nur die Spitze des Eisbergs.«

Nicole Almenräder, Anästhesistin in der herzchirurgischen Intensivstation am Policlinico Umberto I. in Rom

Wir sind am absoluten Limit angekommen. Wenn wir eine Patientin hereinrufen, um sie zu behandeln, stehen schon drei neue vor der Tür. Ich schaue in teilweise völlig verschreckte Gesichter. Das Problem ist, dass Covid-positive Menschen auf isolierte Stationen verlegt werden müssen. Das heißt: Nicht einmal Verwandte oder Psychologen können wir an die Betten dieser Patienten lassen. Sie sind mit ihrer Angst allein.

Wir kommen jetzt an einen Punkt, an dem wir nicht mehr wissen, woher wir die Ärzte noch bekommen sollen. Ich mache mir große Sorgen. Wir haben überlegt, pensionierte Mediziner zurück in den

Dienst zu holen. Ich bin spätestens um sieben Uhr morgens im Krankenhaus, um acht beginnt die erste Task-Force-Sitzung. Bis kurz vor Mitternacht bin ich dann im Klinikum. Meine Kinder bekommen mich kaum mehr zu Gesicht. Ich kann mir keine Gedanken machen, was in den nächsten Tagen auf uns kommt. Ich bin komplett im Hier und Jetzt gefordert.«

Elke Maria Erne, Leiterin der Infektiologie im Klinikum Bozen

Unsere Dienst koordiniert alle Einsätze rund um Covid-19 in Südtirol, daher stehen wir in ständigem Austausch mit den sieben Krankenhäusern der Region. Wir regeln die Krankentransporte, die Bettenplanung und verteilen die Patienten auf die Intensivstationen.

Wir arbeiten von sechs Uhr morgens bis Mitternacht. Vor den Krankenhäusern haben wir große Zelte aufgestellt. Dort empfängt Personal in Schutzanzügen die Patienten, sie werden dort auf das Virus getestet. Das öffentliche Leben in Südtirol liegt komplett lahm. Skigebiete haben dichtgemacht, die Hotels sind geschlossen. Die Anspannung ist groß. Ich bin hin- und hergerissen: Wird alles gut gehen? Oder schlittern wir in eine Katastrophe?

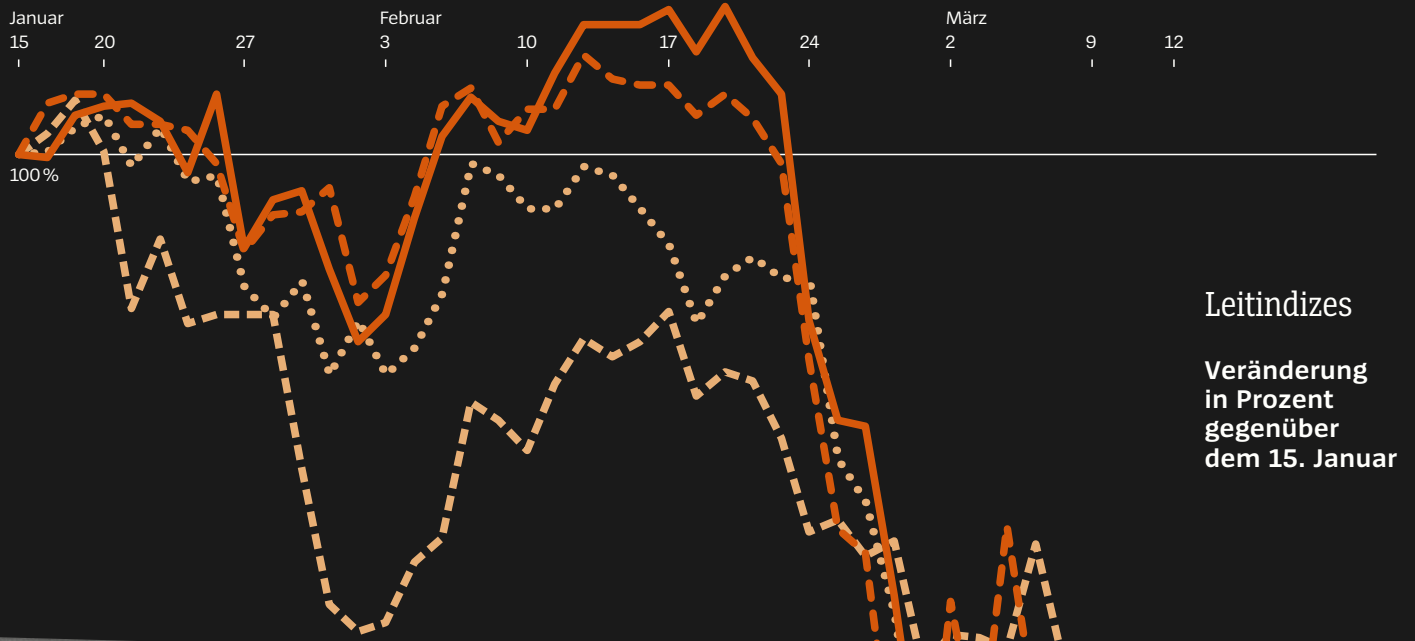
Im Moment haben wir ungefähr 70 bis 80 Infizierte in Südtirol, davon sechs Menschen, die in einen künstlichen Schlaf versetzt wurden und beatmet werden. Wir haben zwei Intensivstationen komplett für Corona-Patienten freigeräumt. Die Krankenhäuser nehmen – neben den Coronavirus-Infizierten – nur noch Notfälle an. Aus Kapazitätsgründen, aber auch, um das Personal nicht anzustecken.

Dazu kommt die angespannte Personalsituation: Ärzte und Pflege arbeiten jetzt in den neu eingerichteten Triagebereichen der Notaufnahmen, auf den Infektions- und Intensivstationen, alle werden gebraucht, überall herrscht Personalknappheit. Wir planen Urlaubssperren beim medizinischen Personal. Auch was die Medizingüter angeht, mache ich mir Sorgen. Schon jetzt gibt es kaum mehr Schutzkleidung, der Markt ist fast leer.

Die Nachrichten aus den Nachbarprovinzen sind beunruhigend: In der Lombardei herrscht der Ausnahmezustand. Dort kann die medizinische Versorgung kaum mehr aufrechterhalten werden. Viele Südtiroler haben persönliche Kontakte dort hin, Freunde, Familie, sie hören die schlechten Botschaften, das verunsichert, macht betroffen.«

Marc Kaufmann, Ärztlicher Koordinator für Notfallmedizin in Südtirol

Protokolle: Frank Hornig, Alessandro Puglia, Maria Stöhr



Quelle:
Refinitiv
Datastream

Globale Entzündung

Weltwirtschaft Italiens Unternehmen stehen vor dem Stillstand. Der US-Präsident agiert planlos. Deutschland rüstet sich für eine Rezession. Die Furcht wächst, dass das globale Finanz- und Währungssystem ins Wanken gerät – wie nach der Lehman-Pleite.

Das Caffè Florian in Venedig ist das wahrscheinlich älteste Kaffeehaus der Welt und seit 1720 an Katastrophen gewöhnt. Noch im November hatte das Hochwasser die historischen Räume am Markusplatz tagelang überflutet. Kaum war es abgelaufen, öffnete Geschäftsführer Marco Paolini schon wieder die Türen für seine Gäste. Diesmal ist es anders. Das Florian bleibt auf absehbare Zeit dicht.

»Das hat es in unserer Geschichte noch nie gegeben«, sagt Paolini, »in 300 Jahren waren wir immer geöffnet.« Schon durch das Hochwasser ist die Zahl der Gäste um 30 Prozent gesunken, damit kann er gerade noch umgehen. Aber was, wenn die Stadt länger geschlossen bleibt? Wenn Kreuzfahrtschiffe und Flugzeuge keine Touristen mehr bringen, für Wochen oder gar Monate? »Corona betrifft Milliarden Menschen«, sagt Paolini, »und unsere Kunden kommen aus aller Welt.« Etwa hundert Angestellte musste er nach Hause schicken. »Wir versuchen alles, um ihnen eine Zukunft zu geben.«

In Mailand hat sich Andrea Zorzetto zwar an den neuen Alltag gewöhnt. Sein kalifornischer Arbeitgeber Plug and Play bringt italienische Kunden wie Lavazza, Tetra Pak oder Unicredit mit Start-ups zusammen. »Normalerweise machen wir das auf Events«, sagt Zorzetto, »jetzt arbeiten wir halt zu Hause und führen Videokonferenzen durch.« Genervt hat ihn vor allem, dass er nun so oft selbst daheim kochen

musst. Aber inzwischen macht ihm die Zukunft große Sorgen: »Wenn es eine Rezession gibt, wird es schwer, neue Kunden zu finden«, sagt er; erst recht wenn sie im globalen Maßstab hereinbrechen.

Und in Rom? Einer der wenigen Orte, wo die Wirtschaft gerade richtig gut läuft, ist die Antica Farmacia Reale, ein paar Schritte von der Spanischen Treppe entfernt. Wochenlang gab es hier und in den anderen Apotheken der Stadt keine Schutzmasken mehr. Am Dienstag ist es Antonio Scigliano und seinen Kollegen gelungen, Nachschub zu organisieren. Kaum hing am Nachmittag ein entsprechender Hinweis am Schaufenster, bildete sich eine Mensentraube vor der Apotheke. »Es gab einen Ansturm auf unser Geschäft«, sagt Scigliano. Die Mitarbeiter mussten ihre Kunden streng darauf hinweisen, den Mindestabstand von einem Meter zu anderen Wartenden einzuhalten.

Tatsächlich hatte die Antica Farmacia Reale auch etwas ganz Besonderes im Angebot, keine Stoffnetze, sondern chirurgische Masken mit eingebautem Filter in Klinikqualität, wie sie Ärzte benutzen und gerade dringend benötigen. »Diese Masken garantieren einen Schutz von 85 bis 90 Prozent«, sagt Scigliano. Leider könne man sie nur acht bis zwölf Stunden tragen, dann müssten sie in den Müll. 20 bis 40 Euro pro Stück verlangt Scigliano, je nach Angebot und Nachfrage. Trotzdem war alles ausverkauft. »Ich habe die Preise nicht gemacht«, sagt der Apotheker entschuldigend, »die Hersteller geben das vor.«

Italiens Wirtschaft ist nicht wiederzuerkennen, sie befindet sich im freien Fall. Seit das ganze Land unter Quarantäne steht, sind wichtige Branchen quasi stillgelegt, allen voran der Tourismus. Und als man glaubte, es könnte nicht mehr schlimmer kommen, verkündete Ministerpräsident Giuseppe Conte den nächsten Schock: Seit Donnerstag sind alle Geschäfte im Land geschlossen, nur Supermärkte, Tankstellen und Apotheken bleiben geöffnet.

Es ist ein Kollaps mit dramatischen Folgen. Das ökonomische Virus verbreitet sich ebenso schnell wie Corona und infiziert Branche für Branche. Als Nächstes trifft es die ohnehin schon angeschlagenen Banken, dann den Staatshaushalt. Experten stellen längst die Frage, wann es auf den Euroraum überspringt und zum

Sprengsatz für die Gemeinschaftswährung wird.

Ein Szenario, das die Europäer kennen. Nach der Finanzkrise war es Griechenland, das seine Schulden nicht mehr bedienen konnte – und eine Krise auslöste, die die Währungsunion fast gesprengt hätte. Erst die berühmte »Whatever-it-takes«-Rede von Mario Draghi beruhigte die Lage: Der italienische Präsident der Europäischen Zentralbank versprach, alles zu tun, was nötig sei, um den Euro zu retten. Fortan flutete die EZB die Märkte mit billigem Geld und kaufte Staatsanleihen auf, um die Schuldenländer zu entlasten.

► Frage

Sprengt das Virus den Euro?

Seither konnten sich die Krisenländer Europas, Italien vorneweg, weiter verschulden, sie mussten, trotz ihrer wirtschaftlichen Probleme, kaum höhere Zinsen zahlen als Deutschland, dessen Staatsverschuldung, gemessen am Sozialprodukt, nicht einmal halb so hoch ist wie die italienische.

Nicht nur Italien, die gesamte Euro-Gruppe hat die Zeit, die ihr die EZB erkaufte, nicht genutzt, um die Währungsunion krisenresistenter zu machen – so wie auch die ganze Welt nach der Finanzkrise weitermachte wie bisher. Die grundlegenden Probleme sind deshalb nicht verschwunden, sie wurden mit den Milliarden der Zentralbanken nur zugedeckt.

Und so ist das Finanzsystem heute labiler denn je, mit historisch niedrigen Zinsen und historisch hohen Schulden: ein Kartenhaus, so sehen es die Kritiker der Politik des billigen Geldes, das nur eines Anstoßes bedarf, um es zum Einsturz zu bringen.

Dieser »Trigger«, sagt Wolfgang Reitzle, einer der prominentesten deutschen Manager und Chairman des Linde-Konzerns, könne irgendein exogener Schock sein, ein Krieg im Nahen Osten vielleicht. Oder ein Virus namens Sars-CoV-2.

Lange hat die Finanzwelt das Virus ignoriert, doch jetzt breitet sich an den Märkten

566

Tage dauerte es nach der Finanzkrise von 2008/09, bis der Dax wieder sein altes Niveau erreicht hatte. Damals betrug der Absturz 25,7 Prozent.

ten Panik aus. Am vergangenen Montag, den Händler inzwischen den »blutigen Montag« nennen, brachen die Aktienkurse in Frankfurt um acht und in New York um mehr als sieben Prozent ein. Es war der höchste Tagesverlust des Dax seit dem 11. September 2001. Bis Donnerstag, da brachen die Kurse um weitere 12,2 Prozent ein. Ein Ende des Crashes ist nicht abzusehen.

Eine Krise wie diese hat es noch nie gegeben: ausgelöst durch ein Virus, das sich exponentiell ausbreitet und ganze Volkswirtschaften lahmzulegen droht. Es trifft Dienstleister wie Produktionsbetriebe gleichermaßen, quer durch die Branchen, überall auf der Welt, wenn auch zeitlich versetzt und mit unterschiedlicher Wucht. Ihr Verlauf lässt sich deshalb kaum prognostizieren.

In Deutschland leiden vorerst vor allem Messebauer, Restaurants und Hotels – Gewerbe, die von Geschäfts- und Urlaubsreisenden abhängig sind. Und natürlich Reiseveranstalter, Fluggesellschaften: Die Lufthansa hat ihr Angebot drastisch eingeschränkt (siehe Seite 61). Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch Industriebetriebe die Produktion zurückfahren müssen, weil Zulieferungen fehlen oder Teile der Belegschaft zu Hause in Quarantäne bleiben müssen.

Dass Europa eine Rezession bevorsteht, ist jetzt schon sicher. Wie tief und wie lang anhaltend sie aber sein wird, hängt davon ab, wie sehr es gelingt, die Pandemie einzudämmen, wie stark die USA, noch immer die mächtigste Wirtschaft der Welt, heimgesucht werden und ob das gesamte Finanzsystem infiziert wird. Und mit ihm der Euro.

Mit Italien trifft Covid-19 ein Land, das im europäischen Vergleich besonders schlecht gerüstet ist. Die Wirtschaft stagniert seit 20 Jahren, statt längst überfälliger Reformen machten die jeweils amtierenden Regierungen lieber Schulden. Erschwerend kommt hinzu: Das norditalienische Epizentrum des Corona-Befalls – mit zurzeit fast 90 Prozent der Infizierten – ist zugleich das wirtschaftliche Powerhouse des Landes. Der größte Teil der italienischen Wirtschaftsleistung wird hier generiert. Und die Verflechtungen mit Deutschland sind intensiv: Allein der Handel mit der Lombardei ist größer als jener zwischen der Bundesrepublik und Japan. Normalerweise schlägt jedes Konjunkturproblem in Deutschland direkt auf Italien durch, diesmal ist es umgekehrt.

Schon die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise hatten den Unternehmen schwer zu schaffen gemacht. 65 Prozent meldeten bei einer Umfrage des Wirtschaftsverbands Confindustria unter 4000 seiner Mitgliedsfirmen negative Auswirkungen aufs Geschäft, in den besonders betroffenen Regionen Lombardei und Ve-

netien waren es deutlich mehr. Doch das war, bevor Italiens Volkswirtschaft eine totale Zwangspause verordnet wurde. Den nun drohenden Schaden könne man sich leicht vorstellen, sagt Antonio Matonti, einer der Direktoren des Verbands. »Man kann Unternehmen nicht einfach wie einen Kühlschrank an- und ausschalten.«

Für Deutschland seien die internationalen Lieferketten das größte Problem, sagt Francesco Daveri von der Mailänder Wirtschaftsuniversität Bocconi. »Bei uns ist es der Tourismus.« Die Branche trägt fast 15 Prozent zur italienischen Wirtschaftsleistung bei. »Viele kleine Unternehmen steckten schon vorher in Schwierigkeiten«, sagt der Wirtschaftsprofessor, »sie werden vielleicht nicht überleben.«

Ein Dominostein nach dem nächsten scheint zu fallen. Fluggesellschaften wie die ohnehin schon angeschlagene Alitalia streichen ihr Angebot zusammen, Reisebusse, Taxigewerbe, Gastronomie und Hotellerie machen kaum noch Umsatz. Und auch die großen italienischen Luxusmar-

ken sind betroffen, wenn ihre Boutiquen wochenlang geschlossen bleiben und die Herstellung stillsteht.

Längst hat die Kettenreaktion auch Italiens Banken erreicht. In ihren Bilanzen schlummern noch immer ausfallgefährdete Kredite in gewaltigem Ausmaß, vor allem bei den Sparkassen und Volksbanken: Aktuellen Zahlen zufolge sind es bei ihnen knapp 80 Milliarden Euro oder 7,4 Prozent aller Kredite. Mit jedem Tag der Coronakrise steigt die Gefahr, dass sie niemals zurückgezahlt werden, weil Unternehmen pleitegehen.

Die Gefahr eines Bankenkollapses lässt erste Experten bereits nach einer groß angelegten Rettungsaktion rufen. »Italien steht an der Schwelle einer Finanzkrise«, sagt Ashoka Mody, Wirtschaftsprofessor an der Princeton University und ehemals Vizedirektor beim Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Politik müsse eine finanzielle »Brandmauer« um Italien ziehen, um die Angst zu vertreiben, die an den Märkten herrsche. Diese Angst könnte dazu führen, »dass Italien seine Staatsanleihen am Markt nicht mehr loswird oder nur zu hohen Zinsen«, sagt die frühere Wirtschaftsweise Beatrice Weder di Mauro. Die Risikoaufschläge für italienische Bonds steigen jedenfalls schon wieder bedrohlich.

Auf Italien blicken derzeit alle Ökonomen, weil sich dort wie in einer Blaupause abzeichnet, was auf die anderen Volkswirtschaften des Westens zukommen könnte. Auf Deutschland, auf Frankreich, auf die USA.

Ginge die größte Wirtschaftsnation der Welt auch nur annähernd so vor dem Coronavirus in die Knie wie gerade Italien, würde der Lehman-Crash Historikern einmal wie das laue Vorspiel zur eigentlichen großen Krise erscheinen. Umso bedrohlicher erscheint es, wie die US-Regierung gerade agiert. Überfordert. Widersprüchlich. Unvernünftig.

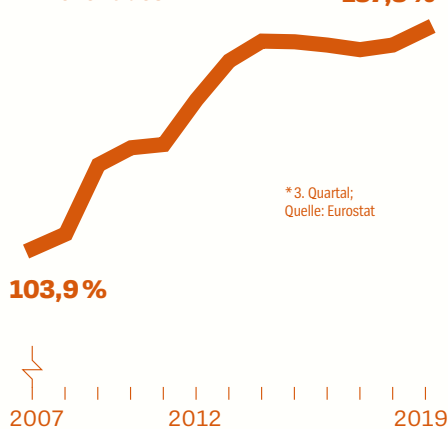
Es war am vergangenen Montag, die US-Statistik hatte gerade den 22. Coronatoten gezählt, als Donald Trump zum Handy griff und in seiner gewohnten Tonlage aus Wut und Wehleidigkeit twitterte: Die Fake-News-Medien würden mal wieder »die Corona-Situation anheizen«. Dabei sage doch sogar der oberste Gesundheitsbeamte des Landes, dass »die Risiken für den Durchschnittsamerikaner gering« seien.

Wie so oft in den vergangenen Wochen versuchte Trump seine sehr spezielle Sicht der Seuchenlage unter die Leute zu bringen: Die Corona-Pandemie sei nicht schlimmer als eine Grippe, die Folgen für die Wirtschaft blieben gering, die Regierung habe die Lage im Griff. Und wenn es ökonomisch trotzdem nicht so laufe wie gewünscht, treffe alle Schuld die »armseli-

Italien in der Krise

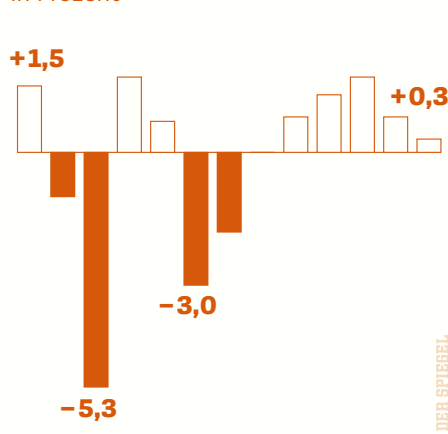
Staatsverschuldung

in Prozent des BIP



Wirtschaftswachstum

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent





Wartende vor einer Bank in Mailand: Blaupause für das, was auf andere Volkswirtschaften zukommen könnte

ge und langsame« US-Notenbank Fed, die nicht entschlossen genug die Zinsen senke.

Zur selben Stunde, zu der Trumps Twitter-Botschaft durch die sozialen Netzwerke rauschte, fiel die US-Börse ein gänzlich anderes Urteil über das Ausmaß der Krise. Um mehr als 2000 Punkte stürzten die Kurse ab, es war der größte Tagesverlust seit der Finanzkrise. Seit ihrem Höchststand im Februar hatte der wichtigste Aktienindex des Landes fast 20 Prozent seines Wertes eingebüßt, und es war offenkundig, dass der Ausverkauf mit der Ausbreitung des Coronavirus im Lande zu tun hatte. Während die Regierung die Pandemie noch kleinzureden versuchte, wurde an der Ostküste bereits eine erste »Eindämmungszone« festgelegt, Schulen wurden geschlossen, Veranstaltungen abgesagt.

Bundesstaaten wie New York und Kalifornien riefen den Ausnahmezustand aus. Zugleich machte sich die Sorge breit, dass die zuständigen US-Behörden das wahre Ausmaß der Epidemie möglicherweise chronisch unterschätzten. Weil bislang erst knapp 8000 Amerikaner getestet wurden, gibt es womöglich eine große Zahl unentdeckter Kranker, die das Virus unwissentlich weiterverbreiten.

Die Erkenntnis, dass sie womöglich nicht gesund, sondern nur unzureichend

getestet sind, traf die Amerikaner wie ein Schock. Viele sagten Reisen und Konferenzen ab, verzichteten auf Kino-, Messe- oder Konzertbesuche, mit den entsprechenden Folgen für die betroffenen Wirtschaftszweige. Der Internetkonzern Google rief alle Mitarbeiter in Nordamerika zu Heimarbeit auf. Die Modekette Abercrombie & Fitch warnte, es stehe eine sechsmonatige Phase erheblicher Beeinträchtigungen bevor.

Die Ratingagentur Moody's nahm ihre Konjunkturprognose für das laufende Jahr von 1,7 Prozent auf 1,5 Prozent zurück – und stellte zugleich klar, dass es sich dabei noch um eine optimistische Schätzung handle. In der US-Wirtschaft werde es nun überall zu weniger Einnahmen und zu Entlassungen kommen, hieß es in der Analyse. Am Ende stehe dann eine »sich selbst tragende Rezessionsdynamik«.

Das waren schlechte Nachrichten für Trump, der mit dem Rückenwind guter Beschäftigungs- und Börsendaten erneut ins Weiße Haus einzuziehen hoffte. Nun aber scheint das Virus diese Pläne zunichtezumachen. Zum einen droht die Epidemie große Teile des öffentlichen Lebens stillzulegen. Zum anderen trifft sie auf eine Wirtschaft, die in den vergangenen Monaten längst nicht mehr so widerstandsfähig wirkte wie in den Jahren zuvor.

Weil viele Unternehmen im trumpfischen Handelskrieg mit China die Produktion eingeschränkt hatten, waren schon Ende vergangenen Jahres Gewinne und Investitionen vielfach zurückgegangen. Zudem haben viele Firmen wegen der niedrigen Zinsen zusätzliche Kredite aufgenommen, entsprechend hoch sind sie nun verschuldet. Experten schätzen die Summe wackliger Unternehmensdarlehen auf etwa eine Billion Dollar. Das ist fast so viel Kreditschrott wie in der Subprime-Krise.

Das Virus trifft die US-Ökonomie an ihrer empfindlichsten Stelle, dem Konsum. 70 Prozent der amerikanischen Wirtschaftsleistung hängen von den Ausgaben der Verbraucher ab. Doch die bleiben aus Angst vor dem Virus nun häufig zu Hause, anstatt wie bisher Shoppingmalls oder Fitnessstudios zu bevölkern. Sollte der Konsum wegen der Epidemie nur um fünf Prozent einbrechen, so rechnen Ökonomen vor, fiel das Sozialprodukt unweigerlich um mehr als drei Prozent geringer aus. Eine Rezession wäre unvermeidlich.

Trump kündigte vergangene Woche ein umfangreiches Programm aus Steuersenkungen und Wirtschaftshilfen für bedrohte Branchen an. Zugleich suchte er, wie üblich, nach einem Sündenbock für die Misere – und fand ihn in: Europa. Reisende

Ökonomen US-Nobelpreisträger Robert Shiller über eine drohende Weltwirtschaftskrise und das Krisenmanagement der US-Regierung

»Eine weltweite Rezession«

Shiller, 73, lehrt an der Universität Yale. 2013 erhielt er den Wirtschaftsnobelpreis.

SPIEGEL: Mr Shiller, die US-Börse ist wegen der Coronakrise dramatisch abgestürzt. Wie tief werden die Kurse noch fallen?

Shiller: Das weiß niemand. 2018 waren die Kurse ähnlich stark zurückgegangen – und erholten sich dann wieder. Dass es diesmal ähnlich glimpflich abläuft, ist allerdings unwahrscheinlich. Das Coronavirus hat einen Schock ausgelöst, wie ihn bis vor Kurzem niemand für möglich gehalten hätte. Zudem ist allen bewusst, dass die Krise gerade erst begonnen hat. Das Schlimmste steht noch bevor.

SPIEGEL: Bei der Sars-Epidemie 2003 wurde ein schneller Abschwung von einer schnellen Erholung abgelöst. Wird es diesmal wieder so kommen?

Shiller: Nein, dieses Virus ist anders. Die Menschen sind infiziert, zeigen aber keine Symptome. Das macht es schwieriger, angemessene Quarantänemaßnahmen zu ergreifen. Deshalb sind die wirtschaftlichen Folgen viel gravierender als bei Sars. Überall müssen nun Veranstaltungen abgesagt oder Schulen geschlossen werden. Die Menschen bleiben zu Hause, fürchten sich und geben weniger Geld aus. Eine gewisse Panikstimmung macht sich breit, und das ist nie gut fürs Geschäft.

SPIEGEL: Die Angst nährt die Angst. Ist das der Mechanismus, der auch diese Krise befeuert?

Shiller: Panik hat immer einen Einfluss, das wissen Psychologen nur zu gut. Wenn sich Menschen vor etwas ängstigen, beeinflusst die Furcht schnell ihr gesamtes Verhalten. Sie versuchen dann, jedes Risiko zu vermeiden. Das gilt auch für den Aktienmarkt, und deshalb würde es mich nicht überraschen, wenn die Kurse weiter fielen.

SPIEGEL: Hat es eine ähnliche Krise schon mal gegeben?

Shiller: Die letzte vergleichbare Pandemie war die Spanische Grippe im Jahr 1919. Sie hat weltweit mindestens 25 Millionen Menschen getötet. Damals gab es eine Rezession, die allerdings nicht groß ausfiel, weil die Wirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg ohnehin darniederlag. Interessanterweise gab es 1919 auch keinen Börsencrash, wie wir ihn in dieser Woche erlebt haben. Das deutet darauf hin, dass die Menschen diesmal mit ernsteren wirtschaftlichen Konsequenzen rechnen als damals.

SPIEGEL: Manche Ökonomen sagen eine ähnlich tiefe Rezession wie nach dem Finanzcrash im Jahr 2008 voraus. Halten Sie das für denkbar?

Shiller: Die Krise wird jedenfalls noch immer unterschätzt. Die Corona-Epidemie hat sich mittlerweile über den gesamten Globus verbreitet. Die meisten Länder sind betroffen, und viele davon werden ähnliche Quarantänemaßnahmen verordnen müssen wie China oder Italien. Das bedeutet, dass wir mit Sicherheit eine weltweite Rezession bekommen werden.

SPIEGEL: Donald Trump hat lange geglaubt, dass die Folgen für die USA gering ausfallen würden. War das ein Fehler?

Shiller: Die Regierung hat viel zu langsam reagiert. Trump war mehr damit beschäftigt, die Leute in Sicherheit zu wiegen, als wirksame Maßnahmen gegen die Krankheit in Gang zu setzen. Nun werden plötzlich drastische Maßnahmen verhängt, und alle sind überrascht, wie sehr die Krise das öffentliche Leben beeinträchtigt.

SPIEGEL: Trump kritisiert, dass die Fed nicht entschlossen genug gehandelt und die Zinsen gesenkt habe. Hat er recht?

Shiller: Nein, die Fed hat die Zinsen erst in der vergangenen Woche um einen halben Prozentpunkt gesenkt. Das war ein ziemlich weitreichender Schritt. Außerdem lässt er Spielraum, mehr zu tun, wenn sich die Lage verschärfen sollte.

SPIEGEL: Trump hat auch angekündigt, die Sozialabgaben zu senken und finanzielle Hilfen für betroffene Unternehmen

► Frage

Wie tief werden die Kurse noch fallen, Mr Shiller?



RITA PALANIKUMAR / 13 PHOTO

aus der Airline- oder Kreuzfahrtbranche bereitzustellen. Reicht das?

Shiller: Das kann schon etwas bringen. Ob die Maßnahmen helfen, wenn die Menschen ihre Häuser nicht mehr verlassen, daran habe ich Zweifel. Zudem verschärft es die Lage, wenn eine Regierung in der Krise nicht die richtige Sprache findet.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Shiller: Den Leuten zu sagen, sie sollten sich nicht ängstigen, war jedenfalls kontraproduktiv. Es hat die Menschen davon abgehalten, drastische Maßnahmen gegen die Krankheit zu ergreifen. Dieses Virus aber verzeiht nichts, wie wir nun schmerzhaft erleben müssen. Wir nähern uns einer Situation, in der die Krankenhäuser überlastet sind, zu wenig Beatmungsgeräte bereitstehen und die Menschen nicht mehr die Behandlung bekommen, die sie benötigen. Das verstärkt die Angst und damit die Wirtschaftskrise.

SPIEGEL: Hat Trump die Situation falsch eingeschätzt?

Shiller: Offensichtlich. Mich erinnert Trump in diesen Tagen an Herbert Hoover, den US-Präsidenten zwischen 1929 und 1933, den Jahren der Weltwirtschaftskrise. Hoover hat damals in jeder Rede betont, dass die Vereinigten Staaten die Depression schnell überwinden werden. Leider ist es dann viele Jahre lang nicht besser, sondern schlechter geworden. Dadurch hat er seine Glaubwürdigkeit eingebüßt.

SPIEGEL: Trumps Glaubwürdigkeit, so schreiben Sie in Ihrem jüngsten Buch, hänge an seinem Narrativ, für eine starke Wirtschaft, niedrige Arbeitslosigkeit und steigende Aktienkurse gesorgt zu haben. Ist diese Erzählung nun in Gefahr?

Shiller: In der Tat. Die Coronakrise könnte zu Trumps Hoover-Moment werden. Er wird schon lange kritisiert, ein Showman zu sein, der sich der Realität verweigert. Diese Kritik wird durch sein Verhalten in der Krise neu aufleben.

SPIEGEL: Beeinflusst das den Wahlkampf?

Shiller: Es spricht einiges dafür, dass die Leute langsam die Lust an der Trump-Präsidentschaft verlieren. Bislang haben sie mit einigem Amusement seine täglichen Eskapaden verfolgt. Nun aber wird ernsthaft über die Schwächen des amerikanischen Gesundheitssystems diskutiert. Es gibt so viele Menschen in den USA, die nicht versichert sind, die keinen Arzt finden und nicht mal getestet werden. Das vergrößert zweifellos die Chancen der Demokraten. Die Stimmung beginnt sich zu drehen.

SPIEGEL: In welcher Hinsicht?

Shiller: Das Virus ist plötzlich das Hauptthema, und die Furcht vor der Epidemie beherrscht die Gespräche. Den Menschen – jedenfalls denen in meinem Alter – wird auf einmal bewusst: Du könntest sterben.

Interview: Michael Sauga



US-Präsident Trump: Europa als Sündenbock

aus Italien, Deutschland oder Frankreich hätten das Virus in die USA geschleppt, behauptete er, deshalb seien ab sofort alle Einreisen aus der EU verboten.

Selbst Trump durchaus freundlich gesinnte Medien wie das »Wall Street Journal« gingen auf Distanz. Das Weiße Haus habe von Beginn an »die falsche Strategie« gefahren, um Gesundheit und Wirtschaft der Vereinigten Staaten zu schützen, urteilte das Blatt. Stattdessen habe die Administration fälschlicherweise behauptet, das Virus sei »ziemlich eingedämmt«.

Genauso wenig Unterstützung fanden Trumps erneute Tiraden gegen Fed-Chef Jerome Powell. Keine Zinssenkung der Welt werde die Menschen bewegen, ins Restaurant zu gehen, kritisierte etwa der Ökonom Alan Blinder. Trump sollte lieber für mehr Corona-Tests sorgen, das würde die wachsende »Furcht zwar nicht vertreiben, aber abschwächen«.

Schlimmer hätte es für den Präsidenten kaum kommen können. Als Garant des Aufschwungs wollte er sich den Wählern präsentieren. Stattdessen droht die US-Wirtschaft nun in eine Rezession abzugleiten, für die ihn wahrscheinlich selbst die eigene Anhängerschaft mitverantwortlich machen würde.

Das werde Trumps Chancen auf die Wiederwahl beeinträchtigen, meint auch der US-amerikanische Nobelpreisträger Robert Shiller (siehe Interview Seite 24). Trump erinnere ihn in diesen Tagen an einen der republikanischen Vorgänger, Herbert Hoover, der die Amerikaner während der Weltwirtschaftskrise mit der Prognose zu beruhigen versucht hatte, die Misere werde bald vorüber sein. Als es anders kam, war seine Glaubwürdigkeit verspielt. »Die Coronakrise könnte zu Trumps Hoo-

ver-Moment werden«, sagt Shiller im SPIEGEL-Interview.

Und Deutschland? Nach zehn Jahren ununterbrochenen Aufschwungs steht die Wirtschaft vor einer Rezession. Kaum jemand zweifelt daran, nicht einmal in der Regierung. Sie senkt die Hürden für Kurzarbeitergeld und gewährt Unternehmen in Not Liquiditätshilfen. Beides wird die öffentlichen Kassen Milliarden kosten.

Die gute Nachricht: Der Staat kann es sich leisten. Die Bundesagentur für Arbeit sitzt auf einem Finanzpolster von rund 26 Milliarden Euro, aus dem das Kurzarbeitergeld bestritten werden kann. In der letzten Krise verschlangen Maßnahmen der Bundesagentur insgesamt rund 23 Milliarden Euro Reserven. Doch wie vergleichbar sind diese Krisen?

Noch weiß niemand, wie teuer die Finanzhilfen für Unternehmen ausfallen werden, die wegen der Corona-Seuche auf Einnahmen verzichten müssen. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) will etliche Milliarden bereitstellen, um Unternehmen zu stützen, die eine Durststrecke zu überbrücken haben: Gastronomiebetriebe oder Kinoketten, denen die Besucher ausbleiben, oder Automobilzulieferer, denen Vorprodukte aus China fehlen, bis hin zu Fluglinien. »Wir werden uns großzügig zeigen«, sagt ein Scholz-Mitarbeiter.

Bislang lässt das europäische Beihilferecht solche Hilfen jedoch nur bei Unternehmen bis 250 Mitarbeiter und höchstens 50 Millionen Euro Umsatz zu. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die Grenzen anzuheben. Die europäischen Verträge ließen solche Flexibilität zu. Dass fällige Steuervorauszahlungen gestundet werden können, wenn die Geschäfte stocken, entlastet viele Firmen ebenfalls.

Von der schwarzen Null, also dem ausgeglichenen Haushalt, haben die Regierungsexperten daher innerlich schon Abschied genommen.

»Niemand hat die Absicht, dem Abschwung hinterherzuspüren«, sagt ein Scholz-Zuarbeiter.

Neue Schulden aufzunehmen wäre für den Bund unproblematisch. Die Schuldenquote, also der Anteil der Altkredite gemessen am Bruttoinlandsprodukt, liegt bei rund 60 Prozent, deutlich niedriger als in anderen westlichen Staaten. »Die öffentlichen Kassen in Deutschland haben erheblichen Spielraum, neue Darlehen aufzunehmen«, heißt es im Finanzministerium.

Doch Deutschland wird diese Krise nicht im Alleingang bewältigen können. Die Aufgabe, die auf Wirtschaft und Politik zurollt, ist von historischer Größe. Vor allem, wenn verhindert werden soll, dass die Krise auch den Bankensektor erfasst, weil Firmen reihenweise pleitegehen und die Geldhäuser ihre Forderungen im großen Stil abschreiben müssen.

Nach der Finanzkrise 2008 waren es vor allem die Turbulenzen im Finanzsektor, die schließlich die Eurokrise auslösten. Viele Regierungen sahen sich gezwungen, ihre Institute zu stützen, hatten aber Schwierigkeiten, sich das notwendige Geld zu beschaffen. Ihre Kreditwürdigkeit geriet ins Wanken. Betroffen waren Spanien, Irland und Portugal.

Droht durch die Corona-Epidemie eine Wiederholung der Eurokrise? Italien ist das Land mit der größten Verschuldung der Eurozone. Die Regierungsexperten in Berlin stufen die Lage zwar noch nicht als unmittelbar bedrohlich ein, auch wenn Italien wegen der Krise zig Milliarden zusätzlich auftreiben muss.

Allerdings geht die Angst um, dass die italienische Regierung das Vertrauen der Anleger verlieren könnte. Dann könnten die übrigen Mitglieder der Eurozone angesichts der italienischen Verschuldung von mehr als zwei Billionen Euro nicht viel ausrichten.

Dem Euro stehe ein Mega-Stresstest bevor, glaubt Manager Reitzle. Er rechnet spätestens im Herbst mit Krisensitzungen zur Rettung Italiens.

Immerhin: Der europäische Rettungsschirm ESM als letztes Bollwerk, sollte Italien tatsächlich seinen Zugang zu den Finanzmärkten verlieren, steht. ESM-Chef Klaus Regling geht davon aus, dass sein Fonds Italien zwei Jahre lang mit Geld versorgen könnte.

Ob der Corona-Crash bis dahin überstanden ist, wird sich zeigen. Die Lehman-Pleite wirkt bis heute nach.

Tim Bartz, Frank Hornig, Armin Mahler, Christian Reiermann, Michael Sauga

Global erschöpft

Industrie Das Coronavirus dürfte einen Trend verstärken, der bereits seit der Finanzkrise im Gange ist: Unternehmen verkürzen ihre Lieferketten, holen die Produktion zurück in die Heimat.

Sie sind das Symbol der Coronakrise: Atemschutzmasken. Immer häufiger tauchen sie im Straßenbild auf als weithin sichtbare Zeichen der Angst. Doch Atemmasken sind auch ein Symbol für globalisierte Märkte. Sie werden vor allem in China produziert. Bislang galten sie als Billigprodukt, ihre Herstellung kostet wenige Cent. Genau dieses Kostendenken hat sich in der Krise als fatal herausgestellt, weil ihre Produktion größtenteils zum Erliegen gekommen ist.

Für Michael Koch stellen die Vliestücher deshalb ein enormes Problem dar. Der Produktmanager von Medika Medizintechnik, einem der größeren deutschen Händler für Medizinprodukte, soll sie in Massen aufreiben, und das möglichst schnell. »Ausgerechnet das aber scheitert an den wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Krise«, sagt Koch. Über spezielle Kontakte hat er gerade noch 100 000 Stück in Kambodscha kaufen können. »Nächste Woche sollen sie per Luftfracht aus Asien kommen«, berichtet der Manager. Universitätskliniken warten auf den Nachschub.

Koch kann sich über diesen kleinen Erfolg nicht freuen. »Wir müssen ganz drin-

gend wieder über eine Produktion in Deutschland nachdenken«, sagt er. Deshalb telefoniert er sich derzeit nicht nur durch Asien, sondern auch durch Oberfranken. »Die Region um Hof war eine ehemalige Hochburg der Textilproduktion«, sagt er, viele Maschinen seien dort noch vorhanden. »Die kann man auch für die Maskenproduktion verwenden.«

Damit kommt Koch der Forderung des obersten deutschen Seuchenschützers nach, Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), der sich immer lauter für »eine heimische Herstellung sicherheitsrelevanter Medizinprodukte« einsetzt. Koch hält das für ehrenwert, aber er stellt Bedingungen: »Jeder, der das heute fordert, muss sich darüber im Klaren sein, dass wir dann über völlig andere Preise reden.«

Die Atemmaske könnte damit zum Symbol werden für eine weniger globale Ordnung. »Was wir erleben werden, sind tektonische Veränderungen der Weltwirtschaft«, sagt Dalia Marin von der Ludwig-Maximilians-Universität München. Die Professorin für Internationale Wirtschaft untersucht seit Jahren das Phänomen der Globalisierung, deren Siegeszug – und auch die Gegenbewegung, die sich seit

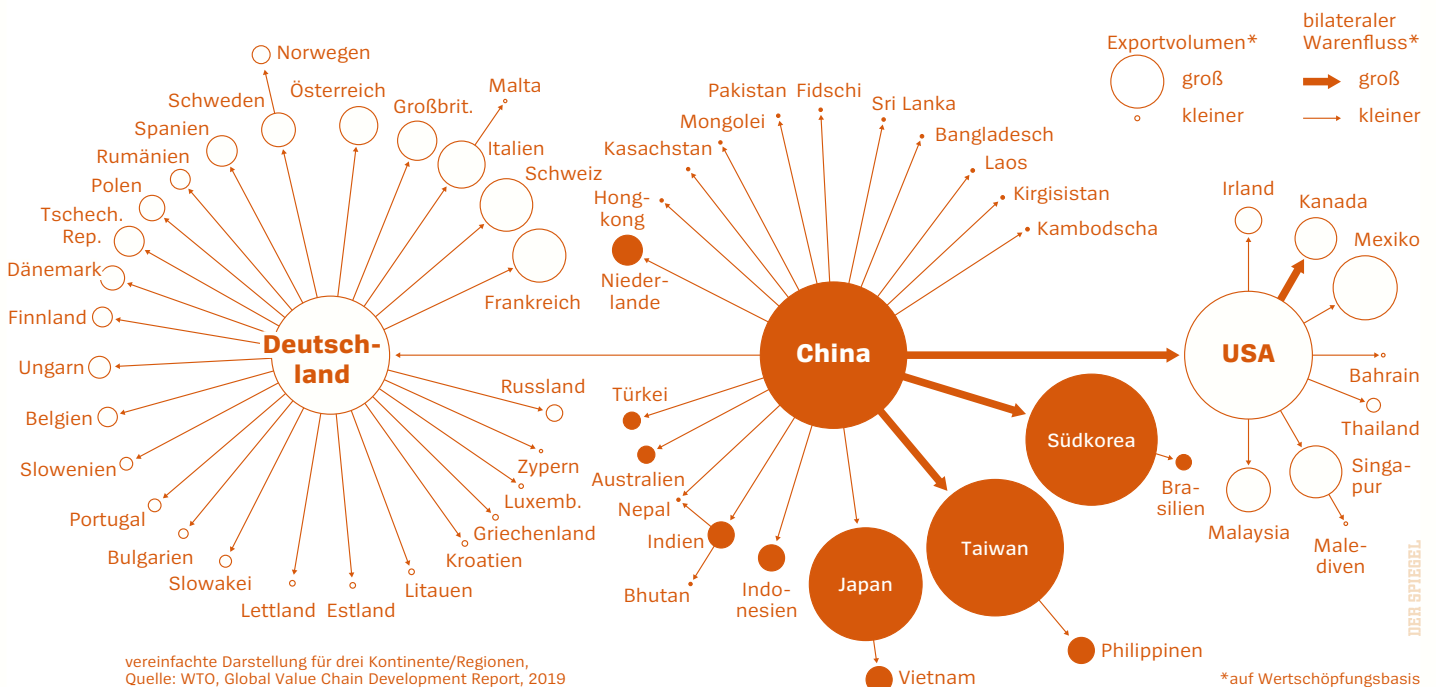
einigen Jahren abzeichnet. Sie prophezeit: »Die Coronakrise wird die Deglobalisierung rasant beschleunigen.«

Es wäre eine ökonomische Zeitenwende. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks hat sich die Produktionsweise stark internationalisiert. Das Ende des Kalten Krieges, der Aufstieg Chinas sowie das Aufkommen der Containerlogistik befeuerten den Trend, in Billiglohnländern zu produzieren.

Das betraf teils Vorprodukte, teils komplette Wirtschaftsgüter. »Die Lieferketten wurden immer länger«, sagt Marin, es war die Ära der »Hyperglobalisierung«. Der Anteil der Güterexporte an der Weltwirtschaftsleistung stieg zwischen 1990 und 2008 von 14 auf 25 Prozent. In Deutschland kletterte er sogar auf mehr als 30 Prozent.

So verschränkt, wie die Weltwirtschaft heute ist, so verletzlich hat sie sich in den vergangenen Wochen gezeigt. »Wenn die akute Notlage vorbei ist, müssen wir dieses System einer kritischen Neubewertung unterziehen«, verlangt Michael Hüther, der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, das den Arbeitgebern nahesteht. »Unternehmer müssen hinterfragen, ob sie sich nicht in der Vergangenheit zu stark auf die Kosten der Produk-

Weltweite Lieferketten am Beispiel von Gütern der Informations- und Kommunikationstechnik



tion fokussiert haben und zu wenig auf mögliche Risiken, die aus Gesundheits- oder Sicherheitsthemen für die Gesellschaft erwachsen können«, sagt er. Insbesondere bei Medizinprodukten ermuntert er die Regierung zu »ordnungspolitischen Maßnahmen«, um wieder autarker zu werden – staatliche Eingriffe also, die man in der Industrie gewöhnlich gar nicht gern sieht.

Die Coronakrise wird zu einer Zäsur werden, da sind sich Ökonomen der unterschiedlichen Denkschulen einig. Das liegt zum einen daran, dass es sich um eine Art Multiorganversagen der Weltwirt-

► Frage

Kehrt sich die Globalisierung um?

schaft handelt. »Wir erleben gerade zeitgleich mehrere Schocks, auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite«, so Hüther.

Hinzu kommt, dass der Zeitpunkt denkbar riskant ist. Die globale Konjunktur kipelt, die Welt befindet sich ohnehin in einer Phase der »erschöpften Globalisierung«, wie Hüther es formuliert. Handelskriege toben, Länder wie Großbritannien schotten sich ab, US-Präsident Donald Trump hat den Systemkampf mit China eröffnet – das alles hat das Immunsystem der Weltwirtschaft geschwächt. Und jeder kämpft für sich. Kurze Zeit nach dem Finanzcrash 2008 trafen sich die Staatsführer der G20 noch zu einem gemeinsamen Krisengipfel in Washington.

Dabei können die Folgen einer Wirtschaftskrise durch die globale Seuche verheerend sein wie 2008 in der Finanzkrise. Banken und Investmenthäuser brachen damals zusammen. Das Weltfinanzsystem geriet an den Rand des Kollapses und riss Industrie und Dienstleister mit in den Abgrund. Eine Reaktion aus den Lehren des ökonomischen Desasters waren striktere Regeln für die Finanzbranche.

Doch noch etwas anderes vollzog sich, weit weniger beachtet, dafür umso bedeutender. Die Globalisierung verlor an Dynamik. Manches spricht sogar dafür, dass sie allmählich zurückgeht. »Die Finanzkrise war dafür der Startpunkt«, sagt Volkswirtschaftlerin Marin. Immer häufiger verkürzten die Unternehmen im Nachgang ihre Lieferketten, viele regionalisierten ihre Produktion. Nach der Finanzkrise sank der Anteil der Güterexporte an der Wirtschaftsleistung, der Gradmesser der Globalisierung: auf 21 Prozent weltweit und auf 26 Prozent hierzulande.

Viele Manager hätten die Unsicherheit erkannt und das globale Risiko ihrer Pro-

duktion reduziert, glaubt Marin. Hinweise darauf erhielt die Expertin, als sie die Zahlen mit dem sogenannten Unsicherheits-Index verglich, den Forscher von der Eliteuniversität Stanford ermittelten.

Für die Zeit nach dem Crash der US-Investmentbank Lehman Brothers konnte Marin einen Zusammenhang von Unsicherheitsempfinden und Deglobalisierung nachweisen. Ähnliches gelang ihr für die Sars-Epidemie und den Brexit. Die Corona-Pandemie ist für sie nun ein Studienobjekt. Sie schätzt, dass der Unsicherheits-Index durch die Coronakrise um 300 Prozent steigen wird. Das wiederum werde dazu führen, dass die globalen Wertschöpfungsketten um 35 Prozent gekürzt würden. »Dies ist eine Schätzung«, sagt Marin und fügt hinzu: »Eine konservative.«

Der Direktor der Brüsseler Denkfabrik Bruegel, Guntram Wolff, kann die Erkenntnisse seiner Kollegin bestätigen. In den vergangenen Jahren hätten immer mehr Firmen ihre Produktionsstätten in der Nähe wichtiger Absatzmärkte aufgebaut. Deutlich werde das an der Autoindustrie, die zunehmend in China und Nordamerika fertigt. Und Roboter machen es möglich, selbst Billigprodukte wieder im Hochlohnland Deutschland herzustellen.

Zulieferer werden bevorzugt vor Ort verpflichtet. Wenn BASF etwa ein großes Chemiewerk in Guangdong für den chinesischen Markt eröffnet, dann reduziert sich der Warenstrom über nationale Grenzen und zahlt auf den Trend zur Deglobalisierung ein. »Wir werden beobachten, dass die Unternehmen eine neue Risikobewertung ihrer Lieferketten vornehmen«, sagt Evi Hartmann, Professorin von der Universität Erlangen-Nürnberg.

Die Neuorganisation der Weltwirtschaft vollzieht sich nicht überall gleich schnell. Am meisten vorangeschritten ist sie in der chemischen Industrie, gefolgt von Metall- und Elektroindustrie. Ausgerechnet die Pharmabranche bildet eine Ausnahme. Dort ist Deutschland von Schwellenländern abhängig, wenn es um die Versorgung mit lebenswichtigen Arzneimitteln geht. Über 80 Prozent der gängigen Wirkstoffe stammen aus China oder Indien.

Ohne staatliche Subventionen für eine heimische Produktion wird sich daran auch nichts ändern, wie das Schicksal einer Produktionsanlage von Novartis in Frankfurt-Höchst beweist. Die hochmoderne Anlage hätte theoretisch 1300 Tonnen Cephalosporinwirkstoffe erzeugen können, den Grundstoff für ein gängiges Antibiotikum.

Doch die Konkurrenz aus China senkte so lange die Preise, bis die Anlage völlig unrentabel war. Vielleicht erinnert sich ja in Zeiten von Sars-CoV-2 wieder jemand an die Fabrik.

Martin U. Müller, Gerald Traufetter

► Frage

Ist das Virus gut fürs Klima?

● Lässt sich einer Seuche wie Covid-19 etwas Gutes abgewinnen? In Anbetracht der Opfer klingt die Frage zynisch. Doch die Pandemie hat tatsächlich einen positiven Nebeneffekt: Sie schützt das Klima.

In China, das mehr zur globalen Erwärkung beiträgt als jedes andere Land, seien die CO₂-Emissionen im Februar um sagenhafte 25 Prozent zurückgegangen, berichten Analysten. Weil die Chinesen deutlich weniger Kohle verfeuern und weniger reisen, ist zudem die Luftqualität in vielen Städten nicht mehr ganz so miserabel wie sonst.

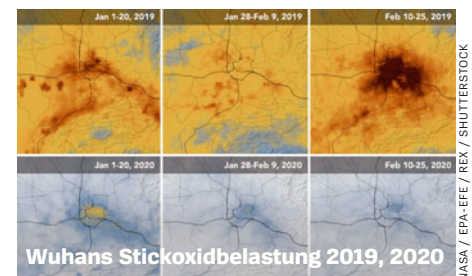
Der Rückgang kam überraschend. Beim Ausstoß klimaschädlicher Gase hat die Menschheit auch 2019 wieder alle negativen Rekorde gebrochen. Bevor das Virus die Welt stillstehen ließ, gab es keine Anzeichen dafür, dass sich die Erderwärmung verlangsamen würde.

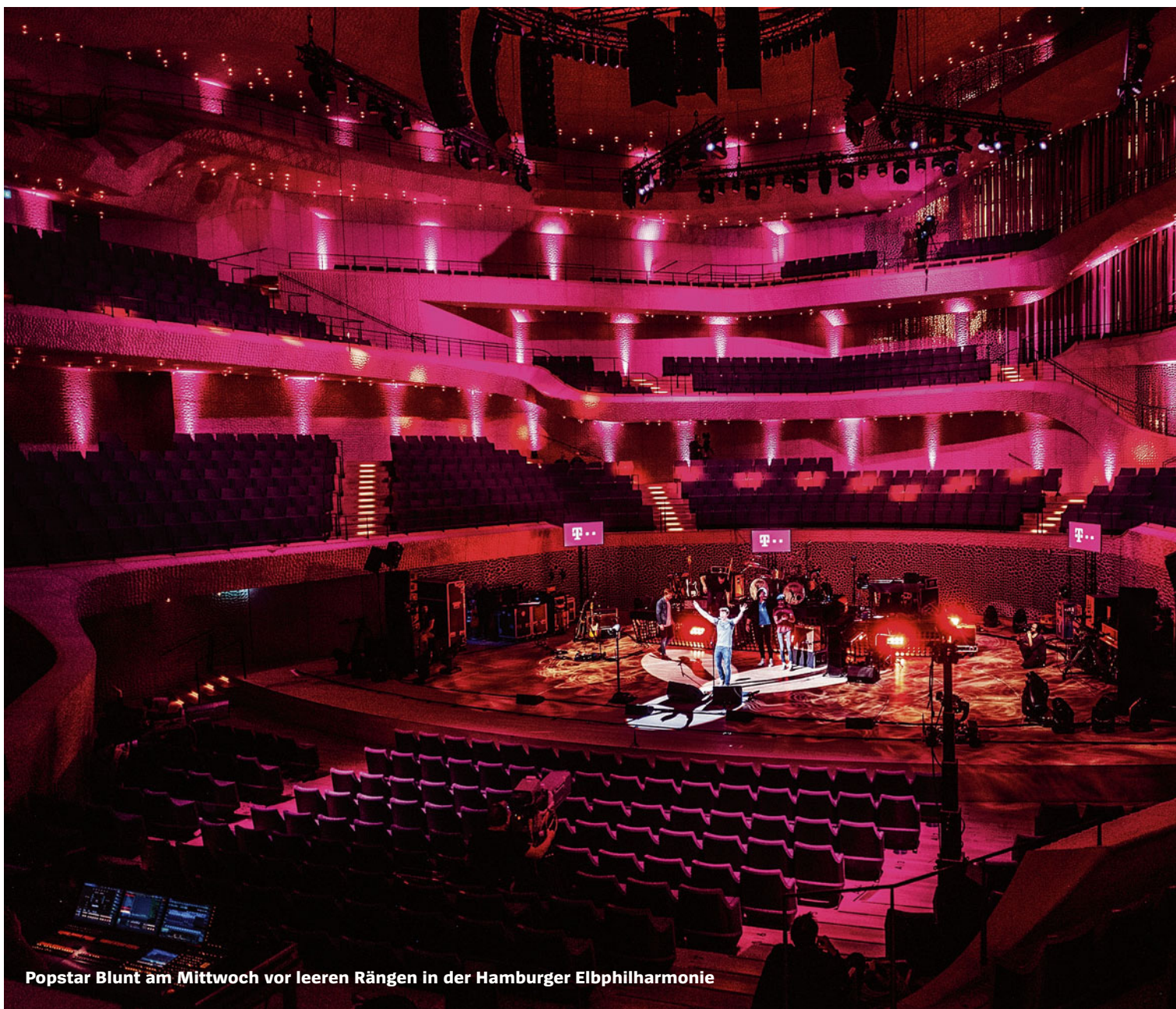
Dazu kommt, dass der kommerzielle Flugverkehr im Februar im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 Prozent zurückgegangen ist. Noch relevanter ist die Prognose der Internationalen Energieagentur, dass die Nachfrage nach Erdöl 2020 um bis zu 0,7 Prozent schrumpfen könnte.

Auf einmal ist möglich, was vor Kurzem kaum realistisch schien: dass die weltweiten Treibhausgasemissionen sinken. Es wäre das erste Mal seit der Finanzkrise von 2008, als zum Beispiel in den USA das Bruttoinlandsprodukt um 4,3 Prozent zurückging. Auch damals sanken die Emissionen – allerdings lediglich um 0,45 Gigatonnen und das nur vorübergehend. Dann sorgten wir alle mit vereinten Kräften dafür, dass sie wieder drastisch anstiegen.

Auch die Coronakrise dürfte dem Klima nur eine Verschnaufpause verschaffen. Eines aber zeigt die Epidemie eben doch: dass Staaten und ihre Bürger durchaus schnell und entschlossen reagieren können, wenn sie sich einer existenziellen Bedrohung gegenübersehen.

Samiha Shafiq





Popstar Blunt am Mittwoch vor leeren Rängen in der Hamburger Elbphilharmonie

Geisterland

Verwaltung In atemberaubender Geschwindigkeit soll nun auch in Deutschland das öffentliche Leben heruntergefahren werden. Der Föderalismus bremst, aber das ist nur einer der Gründe dafür, warum die Republik in der Krise so schwer eine Linie findet.

Wofür Menschen so alles sterben würden. Ruhm, Macht, Geld, schon klar. Aber James Blunt? Gut, manche eben auch für James Blunt.

Der Engländer tourte seit Montag durch Deutschland. Seinen ersten großen Hit landete er mit »You're beautiful«, Du bist

schön; am Anfang ein kleines Gitarrenintro, später Blunt mit seiner Schmelzstimme: »I saw your face, in a crowded place, and I don't know what to do ...«

Auch die Hamburger Elbphilharmonie sollte am Mittwochabend noch mal ein »crowded place« sein, ein volles Haus, trotz Corona-Gefahr. 2100 Fans hatten Karten

bekommen – auch wenn sich ein paar von ihnen in den vergangenen Tagen vielleicht gefragt hatten, »what to do«, was sie tun sollten. Hingehen? Zu Hause bleiben?

Nur 24 Stunden vorher hatte James Blunt noch in Leipzig gespielt, als gäbe es keine Coronakrise. Sein Konzert für Donnerstag hatte die Stadt Hannover aber



QUELLE: TELEKOM

schon abgesagt. Dazwischen Hamburg, 2100 Menschen in einem Saal, so etwas gilt jetzt für Virologen als Hochrisikoveranstaltung.

Andererseits war der Gig in der Elbphilharmonie für Fans die letzte Chance vor dem großen Zuschließen, das der Republik nun überall bevorsteht. »We shared a moment, that will last 'til the end«: Noch mal einen magischen Moment erleben, einen Augenblick, der in Erinnerung bleibt, darum geht es schließlich bei einem Livekonzert. Man hätte gern gewusst, wie viele sich nicht um Corona gesichert hätten, für ein letztes Stück vom normalen Leben.

Die Absage kam dann am Mittwochnachmittag. Blunt spielte noch, aber ohne Publikum, nur für den Livestream im Internet. Die Deutsche Telekom, der Sponsor, hatte einen Rückzieher gemacht. Das

geplante Konzert in der Barclaycard-Arena drei Tage später fiel dagegen schon unter das Verbot des Senats für alle Veranstaltungen mit mehr als 1000 Besuchern. Die große Leere, nun auch in Hamburg, und niemand weiß, für wie lange.

Seit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vor einer Woche empfohlen hat, Großveranstaltungen mit mehr als 1000 Besuchern zu streichen, droht Deutschland zum Geisterland zu werden. Fußball vor leeren Rängen in Nordrhein-Westfalen und Bremen, geschlossene Opern-, Konzert- und Theatersäle in Bayern und Berlin, längere Semesterferien an den Unis in Bayern und Baden-Württemberg, das Literaturfest Lit.Cologne in Köln – abgesagt wie zuvor schon die Leipziger Buchmesse, zum ersten Mal nach 71 Jahren. Alles, um die Ansteckungskurve flach zu halten, Zeit zu gewinnen, die Krankenhäuser zu entlasten und damit Menschenleben zu retten.

In Leipzig, Rostock und Stuttgart aber fanden noch Fußballspiele vor vollen Rängen statt, die Hamburger Elbphilharmonie spielte bis Dienstag ihr Programm, das Leben musste ja irgendwie weitergehen. Muss es noch?

Überall im Land suchten Beamte und Politiker in dieser Woche für sich nach einer Linie, ob sie ein Event noch genehmigen oder schon verbieten sollten. Heraus kam insgesamt eine Schlangenlinie, und der Schuldige dafür war schnell ausgemacht: der deutsche Föderalismus, die Verwaltungshoheit der Länder und Kommunen über den Infektionsschutz. Mancherorts hatten Entscheider schon begriffen, dass sich das Virus rasend schnell verbreitet und die Todeszahlen in die Zehntausende gehen werden, wenn nichts passiert. So sehen das zumindest alle ernst zu nehmenden Virologen.

Anderswo hatten Beamte vermutlich noch im Hinterkopf, dass es sich bei Covid-19 doch eher um eine Art leichte Grippe handeln sollte, die sich nicht groß von einer normalen Wintergrippe unterschied. Warum dann alles lahmlegen? Erst mal abwarten.

Hier so, dort so, und in Berlin saß ein Bundesgesundheitsminister, der so oder so nichts verbieten konnte. Nur empfehlen. Nichts anordnen, nur alle ermuntern. Er wünsche sich schon »ein etwas einheitlicheres Vorgehen«, klagte Spahn im Deutschlandfunk.

Erst am Donnerstag, in der Sitzung der Ministerpräsidenten mit Kanzlerin Angela Merkel, schwenkten die Länder auf eine Generallinie ein – die strenge, zu der Spahn sie »ermuntert« hatte. Das änderte aber auch nichts mehr an der langen Bremsspur des Föderalismus. Sie zog sich durch die gut 400 Gesundheitsämter, die bisher entschieden, wie in ihrem Sprengel

mit dem Virus umzugehen war. Und durch 16 Landesregierungen, die diese Ämter machen ließen, statt sie zu irgendetwas anzuweisen.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch: Die Coronakrise stürzt heute jeden in ein ethisches Dilemma, egal wer das Sagen hat. Zwei der höchsten Güter lassen sich kaum noch miteinander vereinbaren, der Schutz des Lebens und die Freiheit der Gesellschaft. Das Virus fordert eine Entscheidung, was schwerer wiegen soll, die Lebensgefahr für Einzelne oder der Tod des öffentlichen Lebens. Einerseits kann Lebensgefahr nur bedeuten, alles rigoros abzusagen – wer will schließlich schon den Tod auch nur eines Menschen verantworten?

Andererseits ist eine Republik im Gefrierzustand ein Land, in dem ein Leben kein Leben mehr ist, jedenfalls keines, wie es freie Bürger in einem freiheitlichen Staat erwarten. Was ist mit der Versammlungsfreiheit, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Teilnahme am öffentlichen Leben, an Politik, Kultur, Sport? Und was wird daraus, wenn es nicht nur zwei, drei Wochen geht, sondern zwei, drei Monate, wie Spahn schon mal andeutete? Oder wenn kein Ende in Sicht ist?

Jede Entscheidung in diesem Spannungsfeld fühlt sich wie ein Fehler an, und weil es die Entscheider zerreißt, hat es in den vergangenen Tagen auch das Land zerrissen, in viele kleine Flecken, in denen mal so, mal so entschieden wird. Die Stärke des Bundesstaates, sich an jede lokale Lage anpassen zu können, wurde gleichzeitig zu seiner Schwäche – dass bei so vielen Entscheidungen auch viele falsch sein, zumindest aber zu lange dauern können. Bei einer drohenden Pandemie läuft das aufs Gleiche hinaus.

Das die Republik der 16 Länder und 16 Geschwindigkeiten in der Coronakrise ins Schlingern kommen würde, war allerdings zu befürchten. Am 31. Dezember 2019 meldete das China-Büro der Weltgesundheitsorganisation erstmals eine Häufung von Patienten mit Lungenentzündungen in der Elf-Millionen-Stadt Wuhan. Neun Tage später bestätigten chinesische Behörden, dass es ein neues Virus gebe. Von da an tickte die Uhr, weltweit, auch für das gut organisierte Deutschland. Ein Land mit ausgeklügelten Pandemieplänen beim Bund, in den Ländern und Kommunen. Mit dem Robert Koch-Institut (RKI) in Berlin als renommiertem Thinktank für Infektionsfragen. Mit einem Infektionsschutzgesetz, das den Behörden die Möglichkeit gibt, viele Grundrechte einzuschränken.

Veranstaltungen absagen? Bürger in Quarantäne stecken? Gegen ihren Willen Speichelabstriche nehmen, dazu notfalls in ihre Wohnung eindringen? Das alles

und noch einiges mehr ist erlaubt, um die Gefahr einer Ausbreitung einzudämmen.

Zuständig sind dafür die Länder; genauso sollte es auch sein in dieser neuen Bundesrepublik, die nach dem Krieg die Antwort der Demokraten auf das Führerprinzip des Nazireichs war. Die Entscheidungen sollten wieder möglichst dort fallen, wo sie sich auswirkten, nah am Bürger. In derselben Logik reichten die Länder den Infektionsschutz gleich noch weitgehend nach unten durch, in Hamburg zum Beispiel meist an die Bezirksämter. In Hessen sind die Kreise und die kreisfreien Städte zuständig. Bei Fällen von überregionaler Bedeutung kann die Landesregierung die lokalen Behörden immerhin anweisen.

Es ist auch noch nicht lange her, da hielt die wichtigste Bundesinstitution für Infektionskrankheiten diese Struktur für die beste Lösung, das Berliner RKI, das dem Bundesgesundheitsministerium direkt untersteht. Die letzte Pandemie, die Schweinegrippe 2009 mit geschätzt 350 Toten in Deutschland und 200 000 Opfern weltweit, habe gezeigt, dass sich die Auswirkungen »auch innerhalb eines großen Landes wie Deutschland stark unterscheiden« können. »Daher ist es zum Beispiel möglich, dass einige Länder Maßnahmen ergreifen, die in anderen Gebieten nicht erforderlich sind.« Der regionale Ansatz im Kampf gegen die Schweinegrippe sei einer der Gründe gewesen, warum sie in Deutschland so glimpflich abgelaufen sei. Ein Hoch auf den Föderalismus also.

Dass die deutsche Provinz mit dem neuartigen Virus, einem Erreger von ganz anderer Gefährlichkeit, dagegen allein überfordert sein könnte, dämmerte der Bundesregierung offenbar langsam. Es dauerte bis zum 27. Februar, bis die Bundesregierung einen zentralen Krisenstab in Berlin einsetzte. Und Spahn für sich die Rolle annahm, in der er nun gebraucht wurde: nicht als Moderator, sondern als Macher.

In Frankreich erklärte Präsident Emmanuel Macron die Corona-Epidemie zur Chefsache, er ließ per Dekret die Preise für Desinfektionsmittel deckeln und Schutzmasken beschlagnahmen. In Italien versetzte Regierungschef Giuseppe Conte ein 60-Millionen-Einwohner-Land in den kollektiven Hausarrest, in Polen verbot Premier Mateusz Morawiecki alle Massenveranstaltungen und schloss wie mehrere andere Länder auch noch alle Kindergärten, Schulen und Universitäten (lesen Sie zu Schließungen von Schulen und Kitas auch Seite 34). In Deutschland aber hielt sich Kanzlerin Angela Merkel bis zur Unsichtbarkeit zurück, während ihr Gesundheitsminister nur freundlich Ratschläge geben sollte.

Das alles, während die Zahl der Infizierten nach oben schoss, die ersten Deut-

schen starben, allen bewusst wurde, dass am Ende 60, 70 Prozent infiziert sein könnten. »Containment«, also die Isolierung aller Infizierten und ihrer Kontakte, »wird in Deutschland wohl nicht funktionieren«, räumte Kanzleramtschef Helge Braun laut Protokoll am vergangenen Donnerstag in einer Runde mit den Chefs der Länderstaatskanzleien ein.

Grund genug also, stärker von der Spitze aus zu führen, aber »jeder Kreisamtsarzt hat gerade mehr zu sagen als der Bundesgesundheitsminister«, klagt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Carsten Schneider. Das sieht zwar nicht jeder in der Großen Koalition so; die Unionsabgeordnete Antje Tillmann findet die Seuchenbekämpfung unverändert in den Ländern und Kommunen am besten aufgehoben. Frankreich und Italien haben auch mit zentraleren Entscheidungsstrukturen höhere Sterbezahlen als Deutschland. Trotzdem fällt der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, selbst gerade in Quarantäne, ein vernichtendes Urteil über die deutsche Pandemiepolitik aus der Froschperspektive. »Was

➤ Frage

Steht Deutschland bald so still wie Italien?

wir jetzt erleben, ist ein Warnschuss. Er zeigt, dass unser föderales System in der Seuchenbekämpfung des 21. Jahrhunderts nicht funktioniert.«

Irgendwann in den vergangenen Tagen muss auch Spahn den Schuss gehört haben. Zu beobachten ist seitdem der Versuch einer Emanzipation, einer Bemächtigung. Wenn es die Rechtslage nicht hergibt, dann muss es eben die Meinungslage tun. Spahns Macht ist das öffentliche Wort, nach einer Woche Kampf um die Hoheit mit den Ländern ist sein Wort nun quasi Gesetz.

So weit zu gehen, hatte er sich lange nicht getraut. Der Krisenstab, den er und sein Innenkollege Horst Seehofer zusammengetrommelt hatten, tagt zweimal die Woche. Man lässt sich vom RKI unterrichten, sammelt Informationen, empfiehlt Maßnahmen. Auswärtiges Amt, Verteidigungs-, Finanz- und Verkehrsministerium kommen dazu, auch das Kanzleramt und Vertreter der Länder; die Gesundheits- und Innenminister der Länder werden hinterher noch einmal informiert.

Gut lief es bisher immer, wenn es um Bundeszuständigkeiten in der Coronakrise ging. Viele sind das nicht. Flugverbote, Einreisestopps, Grenzkontrollen. Bei der

Sitzung am vergangenen Dienstag war der Tagesordnungspunkt Grenzschutz schnell abgeräumt. Weil das Coronavirus in Italien grassiert, hat Österreich einen grundsätzlichen Einreisestopp für Reisende aus Italien verhängt.

Auch Deutschland müsse jetzt reagieren, beschloss die Runde. An den Grenzen, vor allem den deutsch-österreichischen Übergängen, soll die Bundespolizei Reisende auf Symptome überprüfen. »Wir machen das«, sagte Dieter Romann, der als Chef der Bundespolizei zum Krisenstab gehört. Seitdem befragen Bundespolizisten Reisende aus Italien nach möglichen Krankheitssymptomen. Am Donnerstag verschärfte Innenminister Seehofer die Gangart noch einmal, fuhr Kontrollen an allen deutschen Grenzen hoch.

Nächstes Thema: Beschaffung. Ohne spezielle Atemschutzmasken und Kleidung dürfen Ärzte und Pfleger weder Corona-Tests machen noch Infizierte behandeln. Selbst normale OP-Masken könnten in Krankenhäusern knapp werden.

Nachdem der Krisenstab schon vor einer Woche verboten hatte, dass Schutzmasken exportiert werden, soll nun die Bundeswehr Hilfe leisten: Ihr Beschaffungsamt in Koblenz schickt Mitarbeiter in die Welt, um Restbestände an Masken und Beatmungsgeräte für Intensivstationen aufzuspüren. Selbst in den Vereinigten Staaten sind sie unterwegs.

Kompliziert wird es dagegen meist, wenn die Länder mitspielen müssen.

Ein Beispiel von vielen: der Kreis Euskirchen, Nordrhein-Westfalen, knapp 200 000 Einwohner, am Donnerstag vier bestätigte Infektionsfälle. Der oberste Corona-Bekämpfer heißt Christian Ramolla, Leiter der Abteilung 53, »Gesundheit«. Anfang Februar, als sich die Experten vom RKI in der Hauptstadt Gedanken machten, wie sich die drohende Epidemie noch abwehren ließe, machte Ramolla auch einen Plan. Seinen eigenen. Auf zwei Seiten notierte er, was »zum Schutz sensibler Strukturen im Kreis Euskirchen« nötig sei. Sein Ziel: »Ich will verhindern, dass Arztpraxen geschlossen werden müssen, weil Mitarbeiter in Quarantäne geschickt werden, die Müllabfuhr nicht mehr arbeiten darf oder das Wasserwerk nicht besetzt ist«, sagt er. Seiner Ansicht nach solle nicht jeder, der mit einem Infizierten Kontakt hatte, gleich in Quarantäne müssen. Dass er damit von der harten Linie der Isolation abweicht, die das RKI empfiehlt, störte ihn nicht. Er hatte die Rückendeckung von Bezirksregierung und Land. Berlin war nicht zuständig, Berlin war weit weg.

Nirgendwo zeigte sich die Ohnmacht des Krisenstabs aber deutlicher als bei der Frage, ob Fußballspiele, Konzerte oder Messen abgesagt werden müssen. Anfangs



ANDREAS GORA / DDP IMAGES

Corona-Krisenstab des Bundes: Berlin war weit weg

sahen es auch die Krisenmanager des Bundes so, dass sie sich da besser nicht einmischen. Alles Ländersache, sonst müsste man ja bald über jede Kirmes entscheiden. Auch Spahn hielt sich daran. Also beschloss die Runde vor zwei Wochen, auf die verschärften Empfehlungen des RKI zu verweisen, aber insgesamt doch so wattig zu bleiben, dass die Länder freie Hand hatten. Ob sie Veranstaltungen weiter genehmigten, unverändert oder mit Auflagen, ob sie auf eine Verschiebung drängten oder ganz absagten – ihre Sache. Von der berühmten Obergrenze, 1000 Besucher, war noch keine Rede.

Im Gesundheitsministerium häuften sich danach allerdings die Fragen aus den Städten und Kreisen: Was das denn genau bedeute, dieses Wattige, und ob man nicht eine klare Ansage bekommen könne, dann bleibe der Ärger mit Vereinen und Konzertmanagern nicht an einem selbst hängen. Andere wollten dagegen offenbar möglichst wenig aus Berlin hören, um das eine oder andere Fest oder Fußballspiel noch durchziehen zu können. Die Bundesliga spielte vergangenes Wochenende in allen Stadien vor Fans – Corona? Hatte etwa einer ein Coronavirus gesehen?

Am Sonntag reichte es Spahn. Er brach aus dem Korsett aus, in das der Föderalismus einen Bundesminister presst. Er twitterte, Veranstaltungen mit mehr als

1000 Teilnehmern sollten abgesagt werden. »Aus meiner Sicht«, setzte er hinzu, aber damit war der Kampf eröffnet. Und auch wenn es viele in den Ländern nicht sofort begriffen, war er auch schon entschieden. In der Krise gewinnt die Seite, die größtmögliche Sicherheit verspricht. Etwas zu riskieren, wenn andere dringend warnen, ist keine politische Überlebensstrategie.

Die Länder brauchten etwas Zeit, ehe alle erkannten, dass Spahn sich durchgesetzt hatte. Drei Tage, in denen einige noch so taten, als hätten sie nicht verstanden. In Stuttgart sträubte sich das Gesundheitsamt, die Fans beim Kick zwischen dem heimischen VfB und Arminia Bielefeld auszusperrten. Baden-Württemberg lag an diesem Abend zwar auf Platz drei der bundesweiten Infektionsstatistik, 234 Fälle, aber es war das Spitzenspiel der zweiten Liga, das zählte offenbar mehr.

So wie in Leipzig: Dass am 3. März die Buchmesse abgesagt werden musste, auf Empfehlung, besser gesagt: Druck der Bundesregierung, hatte die Stadt schon hart getroffen. Aber jetzt auch noch das erste Champions-League-Achtelfinale in der Geschichte von RB Leipzig? Einem Verein, der nicht nur zur bekanntesten Marke der Stadt geworden ist, sondern auch 3000 bis 8000 Arbeitsplätze in der Region sichert, wie Oberbürgermeister

Burkhard Jung früher einmal gesagt hat. Zu einem Geisterspiel ließ es die Stadt am Dienstag nicht kommen. Die vollen Ränge gegen Tottenham wurden damit begründet, die Gäste aus England kämen nicht aus einem Corona-Krisengebiet. Da traf es sich umso besser, dass auch James Blunt aus England kam; der durfte dann logischerweise am selben Abend 400 Meter Luftlinie entfernt vor 5000 Fans singen. Und dass Großbritannien bis zu diesem Tag mehr Corona-Tote als Deutschland gezählt hatte, sechs nämlich? Egal.

Auch Eintracht Frankfurt sollte am Donnerstag in der Europa League gerade noch mal vor vollem Haus spielen – gegen den FC Basel. Der Chef des Gesundheitsamts in Frankfurt am Main, René Gottschalk, argumentierte am Montag, er könne nicht erkennen, dass viele Zuschauer aus Risikogebieten wie Italien oder Iran ins Frankfurter Stadion kämen. Außerdem sei die Ansteckungsgefahr in geschlossenen engen Räumen oder in Festzelten viel höher.

Zwei Tage später dasselbe Bild: Nun erklärte Gottschalk, das statistische Ansteckungsrisiko im Stadion liege bei null. Nur Stunden später saß Gottschalk schon wieder vor der Presse, diesmal, um zu erklären, dass es doch ein Geisterspiel werde. Das Risiko sei minimal, aber nun eben da, seit das RKI eine neue Einschätzung zur Lage



RKI-Chef Wieler, Minister Spahn, Kanzlerin Merkel: Republik im Gefrierzustand

im Elsass abgegeben habe. Von dort kämen vermutlich auch ein paar Baseler Fans.

In Hannover behauptete der zuständige Regionspräsident Hauke Jagau am Montag, man schaue sich die Tausenden Besucher beim geplanten James-Blunt-Konzert in der TUI-Arena drei Tage später genau an. Die Gäste kämen aus der Region, nicht aus Risikogebieten. Ähnlich sah das auch die Gesundheitsministerin Carola Reimann. In Niedersachsen zirkuliere das Virus ja noch gar nicht. Dann kam aber doch noch eine Absage.

So ging das mit dem hinhaltenden Widerstand bis Mitte der Woche landauf, landab weiter. Sozialminister Kai Klöse aus Hessen, wo am Montag weniger als 30 Infizierte bekannt waren, sagte, die Lage sei nicht vergleichbar mit der Situation in Nordrhein-Westfalen, wo es zu diesem Zeitpunkt ungefähr 500 gemeldete Fälle gab. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Es sei nicht sinnvoll, wenn »irgendjemand in Berlin bis ins kleinste Dorf hinein Vorgaben machen will«.

Andere hatten da aber schon den Rückzug angetreten; wie die Dominosteine fielen Länder um. Als Erster NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann am Sonntagabend: Vorerst werde es keine Bundesligaspiele mehr mit Fans in seinem Land geben, verkündete er bei Anne Will. Dann kam Bayern am Montag: keine weiteren Veranstaltungen mit mehr als 1000 Besuchern. Am Dienstag: Schleswig-Holstein, Thüringen, Bremen. Unter dem Druck von Spahns Twitter-Ansage besannen sich alle plötzlich darauf, dass sie doch eine ganze Menge einfach anordnen können.

Am Mittwoch folgte auch Sachsen, einen Tag nach dem Abpfiff bei RB Leipzig.

Wohl die erste Veranstaltung, die danach verschoben wurde, war der 61. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin in Leipzig. Das sind jene Ärzte, die ohnehin eher in den Kliniken gebraucht werden, um Corona-Patienten zu versorgen.

Andere Bundesländer machten noch mal deutlich, dass ihnen die ganze Richtung nicht passt. Sie beließen es zunächst noch bei einer unverbindlichen Empfehlung, Veranstaltungen mit mehr als 1000 Besuchern abzusagen. Dazu zählten Hessen und Rheinland-Pfalz, das die Obergrenze auch nur für Hallen empfahl, nicht für Treffen im Freien. Regierungschefin Dreyer murrte, die Zahl 1000 sei »gegriffen« und wissenschaftlich nicht begründet. Für viele Veranstaltungen in geschlossenen Räumen sei sie viel zu hoch, bei manchen Events im Freien könnten auch mehr Besucher vertretbar sein.

Doch der Druck auf die Länder, sich spätestens am Donnerstag bei der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin mit Kanzlerin Merkel auf eine Linie zu einigen, war enorm. Schon bevor die Runde auseinander ging, meldeten Hessen und Hamburg, dass sie nun auch die Tausendergrenze angeordnet hätten. Am Abend erklärte die Bundeskanzlerin dann, dass sich Bund und Länder darauf geeinigt hätten, nicht nur Veranstaltungen mit mehr als 1000 Teilnehmern abzusagen, sondern auch alle nicht notwendigen Treffen mit weniger Teilnehmern. Notwendig, das präzisierter der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, bedeute gesetzlich notwendig, für die Infrastruktur notwendig und für das Wirtschaftsleben. Alles andere gehöre nicht

dazu. Erst einmal sollten diese Maßnahmen für die nächsten vier bis fünf Wochen gelten.

Am Ende war der Druck auch von den eigenen Gesundheitsämtern gekommen, die Klarheit forderten, und Veranstaltern, die nicht auf den Kosten sitzen bleiben wollten. Ein Event zu verlieren trifft sie schon hart genug. Zusätzlich noch in Schadensersatzansprüche von Künstlern und Kartenkäufern hineinzulaufen wäre noch schlimmer. Solange aber Behörden nur eine Empfehlung abgeben, etwas abzusa-gen, hängt der Veranstalter »zwischen den Stühlen«, sagt der Celler Anwalt Tobias Lerch. Gut möglich, dass er dann die Künstler und die Halle bezahlen und noch dazu das Geld für die Tickets zurückgeben muss.

Das kann bei einem ausdrücklichen Verbot anders aussehen: Dann fällt die Absage möglicherweise unter höhere Gewalt, dann könnte auch ein Anspruch auf Entschädigung bestehen. Der ergebe sich voraussichtlich nicht direkt aus dem Infektionsschutzgesetz, sagt die Hamburger Verwaltungsrechtlerin Sigrid Wienhues, »dann aber aus dem allgemeinen Ordnungsrecht«. Zahlen müssten die Länder; das könnte teuer werden.

Wenigstens an einer Stelle spart der Staat in den nächsten Wochen viel Geld durch Corona. In der ersten Aprilwoche – das Datum war bisher geheim – sollte ein Castor-Transport mit Atommüll aus der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield ins Zwischenlager am hessischen Atomkraftwerk Biblis gehen. Es wäre die erste von vier geplanten Lieferungen aus englischen und französischen Anlagen nach Deutschland bis 2024 gewesen.

Allerdings hätte die Bundespolizei dafür die Zugstrecke mit einem Großaufgebot von 6000 Beamten abschirmen müssen. In Berlin sorgte man sich, dass so viele Polizisten auf engem Raum eine Masseninfektion in der Truppe auslösen könnten. Auch so, ohne Castor-Transport, hatte die Bundespolizei Anfang der Woche schon 135 Verdachtsfälle und drei bestätigte Corona-Infektionen unter den Mitarbeitern gezählt.

Am Donnerstag dann die Entscheidung von Bundesinnenminister Horst Seehofer: Operation abgeblasen. Der Transport ist »mit sofortiger Wirkung suspendiert«, heißt es in einem Schreiben von Bundespolizeichef Romann. Der Einsatz sei wegen der aktuellen Corona-Ausbreitung »nicht zu verantworten«. In Corona-Krisenzeiten sind schließlich auch Castor-Proteste erst mal nur eine öffentliche Veranstaltung mit mehr als 1000 Personen.

Matthias Bartsch, Annette Bruhns, Jürgen Dahlkamp, Michael Fröhlingendorf, Hubert Gude, Dietmar Hipp, Julia Jüttner, Veit Medick, Lydia Rosenfelder, Jonas Schaible, Cornelia Schmergal, Ansgar Siemens, Lukas Stern, Steffen Winter



RAUF HIRSCHBERGER / DPA

Große Ferien

Bildung Viele Schulen und Hochschulen stehen vor der Schließung. Das trifft vor allem die älteren Schüler hart, die kurz vor dem Abitur sind – und die Eltern der jüngeren.

Am Donnerstagmittag, als die Politiker in Berlin darüber streiten, die Schulen zu schließen, kann Tatjana Strucken durchatmen. 267 ihrer Schülerinnen und Schüler wollen in diesem Jahr das Abitur machen. Die Abiturienten müssen dafür Vorklausuren bestehen, die letzten sind für Donnerstag angesetzt.

Die Europaschule in Kerpen westlich von Köln hat alles dafür getan, um Lehrer- wie Schülerschaft vor Viren zu schützen. »Ich gehöre zu den Menschen, die gern im Voraus planen«, sagt Strucken, die Schulleiterin. Im Januar hatte sie einen Ablaufplan für den Viren-Krisenfall aufgestellt. Und schon im Sommer Seifen- und Handtuchspender installiert, vor Kurzem ergänzt um Desinfektionsmittel. Aber was hilft das, wenn eine Seuche grassiert?

Bis zum Mittag geht alles gut, die Vorklausuren verlaufen reibungslos. »Ein wichtiger Abschnitt ist geschafft«, sagt Strucken. Die Zwölftklässler haben die Voraussetzung erfüllt, um zum Abitur zugelassen zu werden.

Geschafft, so gerade noch, die Schüler sind schneller als die deutschen Politiker. Die diskutieren in Berlin den ganzen Tag lang, ob nun alle Schulen geschlossen werden sollten oder nicht.

Japan und Italien hatten ihre Bildungseinrichtungen längst dichtgemacht. In Österreich hatte Kanzler Sebastian Kurz bereits verkündet, dass ab kommender Woche Schülerinnen und Schüler zu Hause bleiben müssen; in Frankreich gilt dies ab Montag. Weltweit ordneten – Stand Donnerstagnachmittag – 26 Länder flächendeckende Schulschließungen an, meldete die Unesco. Tendenz: steigend.

Und Deutschland? Die Länder konnten sich am Donnerstag nicht auf flächendeckende Schließungen einigen, noch nicht, doch schon bald könnten viele Schulen und Hochschulen dichtmachen. »In Regionen mit sich abzeichnendem dynamischem Ausbruchsgeschehen«, so drückte es Kanzlerin Angela Merkel auf einer Pressekonferenz aus, sei das eine Option. Und man müsse damit rechnen, dass

die Corona-Welle vor keiner Region haltmache.

Neben ihr saß Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU), der schon vorher hatte erkennen lassen, dass er die Schüler- und Lehrerschaft lieber zu Hause sehen würde. Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) zeigte sich erneut deutlich skeptischer, wollte sich aber auch nicht auf lange Sicht festlegen: »Eine Entscheidung, die heute noch nicht notwendig ist, kann schon morgen oder in der nächsten Woche notwendig werden.«

Werden die Schulen geschlossen, trifft es diejenigen besonders hart, die kurz vor ihrem Abschluss stehen. Sie haben eigentlich entscheidende Wochen vor sich. Ohne Unterricht, ohne sonstige Vorbereitung ins Abi? Das wirft viele Fragen auf, auch wenn die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, die SPD-Politikerin Stefanie Hubig aus Rheinland-Pfalz, versicherte: »Alle Prüfungen finden statt.«

An der Emanuel-Lasker-Oberschule in Friedrichshain beschäftigen sie sich bereits

seit Dienstag mit diesem Problem. Da wurde die Schule, als erste staatliche in Berlin, geschlossen. Sie hatte, wie in den Vorjahren, zwei Skilager in Südtirol angeboten. Ein Sportlehrer fing sich dort das Virus ein. Am Tag der Schließung sollten die ersten Klausuren geschrieben werden, die über die Zulassung zum Abitur entscheiden. Schulleiter Thomas Herold beteuert, sie hätten »alles versucht, das irgendwie hinzubekommen«. Er habe vorgeschlagen, die Prüflinge in dem leeren Gebäude zu verteilen. Doch die Gesundheitsbehörde lehnte ab.

Jetzt kämpfe er dafür, die Klausur und womöglich auch die Prüfungstermine zu verschieben, so Herold. Doch dafür seien »schwierige rechtliche Hürden in Berlin, aber auch bundesweit« zu nehmen. Er Sorge sich auch um die Vorbereitung der Abiturienten, sagt er: »Nicht alle haben zu Hause einen Rückzugsort, an dem sie in Ruhe arbeiten können.« Deshalb sei schon über Schüler-Patenschaften oder gemeinsame Lerngruppen nachgedacht worden. »Aber ist das sinnvoll bei Corona?«

Eine Lösung für alle Schülerinnen und Schüler zu finden, die kurz vor einem Abschluss stehen, ist momentan das wohl größte Problem der Bildungspolitik. Die Eltern bewegt hingegen derzeit eine ganz andere Frage: wohin mit den Kindern, wenn die Schule schließt?

Die Eltern, riet die Gewerkschaft Ver.di Mitte der Woche, sollten »die Situation offen mit dem Arbeitgeber ansprechen«. Beschäftigte könnten versuchen, kurzfristig Urlaub zu nehmen oder Überstunden abzumummeln.

Wer sich nicht einvernehmlich einigt, auf Homeoffice oder ein anderes Modell, kann auf Paragraph 616 im Bürgerlichen Gesetzbuch hoffen: Mitarbeiter dürfen, bei voller Bezahlung, zu Hause bleiben, wenn sie nachweisen können, dass sie durch »ein in ihrer Person liegendes unverschuldetes Leistungshindernis« ausfallen, so das bayerische Gesundheitsministerium. Dessen Sprecherin wies aber auch auf ein Problem hin: »Diese Regelung kann im Arbeitsvertrag oder Tarifvertrag ausgeschlossen sein, was in der Praxis auch oft der Fall ist.«

Ein Rechtsanspruch auf Homeoffice steht zwar auf der Agenda von Arbeitsminister Hubertus Heil, es gibt ihn aber noch nicht. Die Kommunen sehen sich bislang nicht in der Lage, eine alternative Kinderbetreuung zu organisieren. Ein zentraler Ersatz könne nicht organisiert werden, heißt es aus Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg. Mal abgesehen davon, wie sinnvoll das wäre: Viele Kinder an einem Ort zu betreuen konterkariere jede Schulschließung, sagt der Pressesprecher des bayerischen Kultusministeriums, Zoran Gojic.

Im Nachbarland Österreich dürfen Eltern ihre Kinder weiterhin zur Schule schi-

cken, wenn sie in »systemrelevanten Berufen arbeiten«, wie Kanzler Kurz verkündete. Die Kinder sollen dort betreut werden, damit die Eltern ihrer wichtigen Arbeit nachgehen können, in Krankenhäusern oder Arztpraxen, bei der Polizei oder in Supermärkten.

In Deutschland können Eltern ihr Glück nur bei privaten Anbietern versuchen, doch die sind hoffnungslos überlastet. Sebastian Kiedaisch vom gemeinnützigen »Notmütterdienst« in Berlin beschäftigt Rentnerinnen und Rentner, die gern mit Kindern zusammen sind – und jetzt überlegen müssen, ob das nicht zu gefährlich ist. Seit Kurzem riefen tagtäglich Hilfe suchende Eltern an. »Mit Schulschließungen wegen Corona erwarten wir einen Nachfrage-GAU.« Daniel Erler arbeitet für das Unternehmen PME Familienservice. Er vermittelt unter anderem Personal, das im Notfall die Kinder berufstätiger Eltern zu Hause betreut. Aber eine landesweite Schulschließung? »Dafür reichen unsere Kapazitäten natürlich bei Weitem nicht aus«, sagt Erler. Er selbst arbeitet zurzeit im Homeoffice. Wer ihn an-

➤ Frage

Wohin mit den Kindern?

ruft, landet in Rom, wo seine Familie lebt. Wegen der Quarantäne kann er die Stadt nicht verlassen, seine Kinder dürfen nicht vor die Tür. »Sie haben sehr viele Hausaufgaben bekommen«, sagt Erler. Das halte sie eine Zeit lang beschäftigt.

Auch in Deutschland haben etliche Lehrer, Eltern und Schüler bereits erfahren müssen, was es heißt, wenn die Schule schließt. Wie in der Oberschule in Berlin wurden an Dutzenden Orten alle Lehrer und Schüler nach Hause geschickt, weil es einen konkreten Corona-Verdacht gab.

Die Nachricht des Gesundheitsamts im Kreis Schleswig-Flensburg, dass die Siegfried-Lenz-Schule geschlossen werden müsse, erreichte deren Leiter Malte Bachmann am Mittwochvormittag. Der Grund: Es gibt einen ersten Infizierten, einen Rückkehrer aus dem Skiurlaub, der Verbindung zur Schule hat.

Bachmann entschied, den Unterricht nicht sofort abzubrechen, sondern er wartete bis nach der sechsten Stunde. Dann schickte er alle 1200 Schüler auf unbestimmte Zeit nach Hause. »Es herrschte eine gespannte Gelassenheit«, sagt er. »Alle sind ganz ruhig gegangen. Niemand hat gejubelt, dass er schulfrei hat.«

Bachmann hatte noch versucht, seine Schule zu schützen. Seit Wochen hängen

an vielen Stellen Hinweise, auf Hygiene zu achten, in den Klassen sei das Thema Corona besprochen worden. »Mit den jungen Klassen haben wir sogar das Händewaschen praktisch geübt«, so Bachmann. »Dass es uns trotzdem so früh erwischt hat, ist natürlich nicht schön.«

Am Donnerstagvormittag diskutierte Bachmann mit Kolleginnen und Kollegen, wie es weitergehen soll. Zur selben Zeit trafen sich Eltern einiger Schüler auf einem Parkplatz vor einem Schulgebäude. Dort hatte eine Lehrerin ihr Auto abgestellt, vollgepackt mit Materialien der Schule zum freien Lernen und zum Spielen. Wer wollte, konnte sich etwas ausleihen.

»Die erste Reaktion ist: Das kann ich verstehen«, sagt Gerd Kämmer, der zwei Töchter, 12 und 14 Jahre alt, auf der weiterführenden Schule hat. Der zweite Gedanke sei gewesen: »Wohin mit den Kindern?« Zwar könne sich seine Schwiegermutter um sie kümmern, aber für andere Eltern sei die Situation schwierig. »Natürlich könnte man größere Betreuungsgruppen bilden und sich untereinander absprechen. Aber wäre das im Sinne der Seuchenverbreitung?«

Auch Elternsprecherin Patrycja Bruchalla lässt ihren Sohn lieber nur allein im Garten spielen statt mit Freunden. Etliche Stunden habe sie damit verbracht, mit besorgten Müttern und Vätern zu telefonieren und Lösungsvorschläge zu diskutieren, sagt sie: »Die meisten würden gern irgendwie helfen. Es gab schon wilde Ideen, ob wir nicht von uns aus Internetunterricht auf die Beine stellen können.« Es komme jetzt darauf an, das Beste aus der Situation zu machen.

Patric Cordier ist Schulelternsprecher am Theodor-Heuss-Gymnasium im saarländischen Sulzbach. Am Dienstagabend hatte sich die Elternvertretung noch getroffen und darüber gesprochen, was sie tun könnten, wenn die Schule betroffen wäre. Zwei Stunden später war es dann so weit.

Um 22.45 Uhr rief die Schulleitung an, ein Kind an der Schule sei positiv auf Corona getestet worden. Die Schule müsse sofort geschlossen werden. Um 23.05 Uhr informierte Cordier alle Klassenelternsprecher per WhatsApp und Mail. Die sollten die Nachricht an alle Eltern weiterleiten.

Am nächsten Morgen hätten gerade mal drei Schülerinnen und Schüler vor der Tür gestanden, weil sie es nicht mitbekommen hätten. »Kein schlechter Schnitt bei mehr als 500 Kindern und Jugendlichen«, sagt Cordier.

Im Laufe des Mittwochs beschloss das Gesundheitsamt, die Schule bis Freitag in der darauffolgenden Woche zu schließen, zehn Tage lang. Außerdem wurde eine häusliche Quarantäne für alle Schüler, Lehrer und Mitarbeiter der Schule angeordnet.

Cordier erhält seit Dienstagnacht Nachrichten und Anrufe verunsicherter El-

tern. Sie wollen wissen, in welche Klasse das infizierte Kind geht, um einzuschätzen, wie gefährdet ihr eigenes ist. Doch dazu gibt es aus Datenschutzgründen keine genauen Angaben. Und die Eltern fragen sich, wer die Kinder aus den unteren Klassenstufen tagsüber betreuen soll. Zu den Großeltern können sie nicht, die gehörten schließlich zur Risikogruppe. Und die Kinder irgendwo gemeinsam zu betreuen, wäre das Gegenteil von Quarantäne. »Es gibt dafür leider keine Lösung«, so Cordier. »Alle müssen das für sich regeln.«

Die Coronakrise trifft das deutsche Bildungssystem zu einem Zeitpunkt, da die Digitalisierung längst nicht so weit fortgeschritten ist wie erhofft. Schulen und auch Hochschulen leben von Präsenz. Moderne Methoden könnten jetzt helfen, sind jedoch nicht verbreitet.

Petra Walenciak glaubt deshalb, dass in der Krise auch eine Chance liegt. Die 44-Jährige unterrichtet Wirtschaft am Friedrich-List-Berufskolleg in Bonn – und setzt schon lange auf digitale Lehr- und Lernmethoden. »Uns ist es wichtig, dass wir als berufsbildende Schule Prozesse möglichst praxisnah abbilden. Und dazu gehört eben auch die Nutzung digitaler Instrumente«, sagt Walenciak.

So werde bei Projekten das agile Arbeiten trainiert, wie es auch in der Wirtschaft üblich sei. Die Schülerinnen und Schüler wählen eigene Wege, um ans Ziel zu kommen. »Wir geben den Jugendlichen dann beispielsweise die Aufgabe, sich selbst in Arbeitsgruppen zu organisieren«, sagt die Berufsschullehrerin. Die Schule bietet eine Kommunikationsplattform an, oft finden die Schüler zusätzliche Wege wie etwa Zoom, Skype oder WhatsApp. Hauptsache, am Ende komme es zur gewünschten Zusammenarbeit und zu Ergebnissen.

»So gesehen wäre eine geschlossene Schule für uns zwar eine Herausforderung, aber keine Katastrophe«, sagt Walenciak. Durch das Coronavirus werde ihre Schule jetzt »vielleicht etwas schneller auf dem Weg voranschreiten, auf dem wir ohnehin gehen« – Richtung digitales Lernen.

Dorthin sind auch die deutschen Hochschulen unterwegs und längst nicht angekommen. Doch sie haben Glück. Der Corona-Ausbruch fällt in die vorlesungsfreie Zeit. Veranstaltungen mit vielen Teilnehmern, Vorlesungen in Massenfächern wie Jura und Betriebswirtschaft sind im Monat März rar. Doch die Uhr tickt. Mitte April sollen fast überall die Vorlesungen wieder beginnen.

Früher dran sind mancherorts die Fachhochschulen sowie Kunst- und Musikhochschulen. In Bayern hat das Kabinett beschlossen, den Beginn der Lehrveranstaltungen für solche Frühstarter nach hinten zu verschieben. »Mit dieser Maßnahme



Schulleiterin Strucken
Ablaufplan für den Krisenfall

gewinnen wir fünf Wochen wertvolle Zeit«, so Wissenschaftsminister Bernd Sibler (CSU).

Martin Leitner, Präsident der Hochschule München, einer der größten Fachhochschulen der Republik, bereitet seine Lehrkräfte schon auf ein »schwieriges Semester« vor, wie er ihnen schreibt: »Ich bitte Sie, mit viel Fantasie und Bereitschaft möglichst viele Anteile Ihrer Lehre auf Nicht-Präsenz-Lehre umzustellen.« Auf keinen Fall solle es ein »Semester light« geben, sagt die Sprecherin der Hochschule. Die Lehranstalt hat dem Wissenschaftsministerium bereits Vorschläge dazu eingereicht, wie das Pensum zu retten ist. Das Sommersemester soll eine Woche länger dauern, die Prüfungszeit nach hinten verschoben, der Samstag stärker als bisher für den Unterricht genutzt werden.

An der Musikhochschule München fallen Einzel- und Gruppenunterricht aus, die Proben der Hochschulensembles ebenso,

Ca. **11**

Millionen Schülerinnen und Schüler gehen in Deutschland in eine der rund 43 000 Schulen. Davon bereiten sich gerade rund 400 000 auf das Abitur vor.

Quelle: Destatis

auch die Ballett-Akademie ruht für die kommenden fünfeinhalb Wochen. Mindestens.

Noch keine einheitlichen Vorgaben gibt es laut Hochschulrektorenkonferenz für die Universitäten, die den größten Teil der angehenden Akademiker ausbilden. Entscheiden müssen die jeweiligen Ministerien und die Hochschulen selbst.

An der Universität Köln mit ihren 50 000 Studierenden und fast 10 000 Mitarbeitern war bis Donnerstag ein Corona-Fall aufgetreten. Es handelte sich um einen Angestellten der Verwaltung, der sich selbst ins Krankenhaus einwies. Die Universität hat Krisenstäbe in der Hochschulleitung und den einzelnen Fakultäten eingerichtet. Wer Kontakt zu Corona-Infizierten hatte, bekommt Hausverbot, bei Meetings und Konferenzen sollen Teilnehmer einen Mindestabstand von einem Meter einhalten.

Es zeichnet sich ab, dass Hochschulen wie auch Schulen verstärkt auf E-Learning umstellen werden. Allerdings ist auch das kein Allheilmittel. »Selbst wir kommen nicht ganz ohne Präsenz aus«, sagt Stephan Düppe, Sprecher der Fernuniversität Hagen. Seine Hochschule betreibt Regionalzentren in verschiedenen Bundesländern in Kooperation mit den dortigen Universitäten. Für Klausuren und mündliche Prüfungen müssen Studierende persönlich erscheinen.

In Hagen sollte Ende März eine große Konferenz stattfinden, die nun abgesagt wurde. Thema: »Digitalität und Bildung«.

Auch viele andere Veranstaltungen werden ausfallen, abgesagt oder verschoben. In Kerpen hofften sie am Donnerstag noch, dass zumindest die traditionelle »Mottowoche« an der Europaschule stattfinden kann. Die Abiturienten verkleiden sich an den letzten fünf Schultagen, trotz Kostümierung läuft dann der Unterricht weiter – so war es jedenfalls in der Vergangenheit. In diesem Jahr könnte es heißen: kein Unterricht, kein Mottospaß.

Schulleiterin Strucken will die Abiturienten notfalls digital aufs Abitur vorbereiten. »Wenn die aktuelle Situation dazu führt, dass der eine oder andere neue Möglichkeiten ausprobiert, wäre das kein schlechter Nebeneffekt«, sagt sie. Dass die Abiturienten ihre Prüfungen ablegen könnten, werde jedenfalls nicht an den Voraussetzungen in ihrem Gymnasium scheitern, sagt die Leiterin. Nur die Feierei werde vielleicht ausfallen.

»Möglicherweise müsste auch der Abi-ball abgesagt werden«, so Strucken. »Das ist zwar keine Schulveranstaltung, aber auch da kommen normalerweise mehr als 1000 Gäste.«

Laura Backes, Anna Clauß, Jan Friedmann, Michael Fröhlingdorf, Armin Himmelrath, Swantje Unterberg, Markus Verbeet

Dirk Kurbjuweit

Die Stunde des starken Staats

Essay Demokratien stehen im Verdacht, zu langsam und zu unentschieden zu sein, um große Krisen lösen zu können. Sind autoritäre Regime hier im Vorteil?

Fragen der Sicherheit sind für Demokratien immer die heikelsten. Schnell kommt der Verdacht auf, sie seien zu lasch, würden nicht hart genug durchgreifen, um die körperliche Unversehrtheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Das galt bislang vor allem für die Themen Kriminalität und Terror, es gilt nun auch für das Thema Gesundheit.

Können die Demokratien das Coronavirus so zügig eindämmen, wie China das angeblich geschafft hat? Sollten autoritär regierte Staaten im direkten Systemvergleich besser abschneiden, wird das Zweifel an der Demokratie nähren.

Auf den ersten Blick scheinen alle Nachteile bei den Demokratien zu liegen. In einer Krise wie dieser können sie ihren größten Vorteil nicht ausspielen. Das ist das deliberative Verfahren: der Diskurs vor der Entscheidung, die Vielstimmigkeit, aus der sich die besten Ideen und die größtmögliche Zustimmung entwickeln sollen. Das schränkt Machtballung und Machtmissbrauch ein.

Zum Diskurs gehören natürlich die Medien, deren Rolle ebenfalls schon kritisiert wird, weil sie angeblich Hysterie schüren. In einem Artikel der »Neuen Zürcher Zeitung« über die Coronakrise in Singapur wird als Vorteil genannt, dass der Staat Einfluss auf das Fernsehen und die Zeitungen ausüben könne, weshalb sie eine einheitliche Haltung vertreten.

In der Krise sind offenbar Tempo, Entschiedenheit, Einheitlichkeit gefragt. Und das sind nicht die Stärken der Demokratie. Schon regt sich Unmut in Deutschland. Gesundheitsminister Jens Spahn müsse schneller entscheiden, härter durchgreifen. In der Krise richten sich die Augen auf den Staat, und er soll ein starker sein.

Als stark gilt jetzt der Zentralismus, als schwach der Föderalismus. Als stark gilt das Autoritäre, nicht das Demokratische. Als stark gilt das Dirigistische, nicht das Liberale. Also China imitieren?

Die Frage ließe sich noch stärker zuspitzen. Dann würde sie lauten: also die AfD regieren lassen? Denn die gebärdet sich gern autoritär und würde sich angesichts des ewigen Widerspruchs von Freiheit und Sicherheit grundsätzlich auf die Seite der Sicherheit stellen.

Das ist wahren Demokraten nicht möglich. Sie müssen immer, auch in Kriegen und Krisen, ihre Prinzipien und Werte bedenken und verteidigen. Sie können nicht alles tun, um einen Feind zu besiegen, ein Virus einzudämmen. Das macht es manchmal so kompliziert, Demokrat zu sein.

Selten war es so kompliziert wie derzeit, da es nicht nur eine Krise gibt, sondern zwei, die ineinanderfließen.

Um die Gefahr für die Gesundheit zu dämpfen, muss das öffentliche Leben weitgehend eingefroren werden, mit womöglich heftigen Folgen für die Wirtschaft und den Wohlstand.

Das ist genau die Krise, auf die die AfD gewartet hat. Sie hält ihre Stunde für gekommen, wenn die Arbeitslosigkeit steigt und sich viele Bürger vom Abstieg bedroht sehen.

In ihrem Buch »Wie Demokratien sterben« definieren die Harvard-Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt die gefährlichste Situation so: »Die Kombination eines Mächtigen-Autokraten und einer großen Krise kann für eine Demokratie also tödlich sein.« In Deutschland sind die Mächtigen-Autokraten nicht an der Macht, anders als in den USA, wo Donald Trump regiert. Dort ist die Kombination aus Corona- und Wirtschaftskrise extrem gefährlich für das politische System.

Aber eine lauende AfD ist unangenehm genug, weil sie die Konstellation komplett verändert. Auf der einen Seite stehen die Parteien, die bedenken, wie sich ihre Politik auf Freiheit und Demokratie auswirken könnte. Auf der anderen Seite steht die AfD, die das nicht muss, weil sie das System nicht verteidigen, sondern ersetzen will.

Ihren Spitzenpolitikern würde es leichtfallen zu sagen: Schaut mal, wie gut die Chinesen mit ihrer autoritären Struktur gefahren sind. Sie könnten behaupten: Wir haben immer gesagt, dass die Globalisierung schädlich ist, dass offene Grenzen ins Verderben führen. Und welche Verhetzung würde die AfD erst betreiben, sollten in Deutschland Flüchtlinge eintreffen, die mit Corona infiziert sind.

Für eine offene Gesellschaft ist ein aggressives Virus eine besondere Bedrohung, weil die Offenheit die Verbreitung begünstigt: offene Grenzen, Versammlungsfreiheit, ein freimütiger Lebensstil des Reisens und Begegnetens.

In den Debatten über den Aufstieg der Rechtspopulisten war genau das eine Trennlinie. Hier die Somewheres, die Wert auf Heimat legen, die es sich gar nicht leisten können, viel und weit zu reisen, und unter der Globalisierung eher leiden, weil ihre Arbeitsplätze womöglich bedroht sind. Dort die Anywheres, die einen globalisier-

► Frage

Braucht Deutschland mehr China?

ten Lebensstil pflegen und dafür auf große Freiheiten angewiesen sind.

Ist das nicht zu theoretisch? Geht es in der Coronakrise nicht darum, so viele Menschen wie möglich vor einer potenziell tödlichen Infektion zu bewahren? Im Prinzip gilt das schon, aber nicht um jeden Preis.

Eine politische Gegenwart schafft sich auch eine Zukunft. Was jetzt entschieden wird, setzt Standards für morgen. Aus den Normen und Handlungen des Ausnahmezustands könnte sich die neue Normalität entwickeln.

So war es fast immer, wenn sich die Bundesrepublik vom Terror bedroht fühlte. Dann wurden Gesetzespakete geschnürt, die auf die aktuelle Situation reagiert haben und Freiheiten einschränkten. War die Gefahr verschwun-



Mitarbeiter eines Desinfektionsteams in Wuhan

den, zum Beispiel durch Auflösung der linksterroristischen RAF, wurden die meisten Gesetze aber nicht zurückgenommen. Der Staat neigt generell in Sicherheitsfragen dazu, seine Machtbefugnisse zu erweitern.

Wenn man also jetzt die Macht des Zentralstaats ausbauen würde, käme man nur schwer wieder davon weg. Dabei ist inzwischen zu bedenken, wer an die Hebel dieser Macht gelangen könnte. Eine von der AfD geführte Bundesregierung, so unwahrscheinlich das jetzt ist, würde sich bedanken für alle Instrumente, die ihr autoritäres Regieren leichter machte. Ihr habt doch auch... Das kommt doch von euch... So würden Sätze beginnen, mit denen die neuen Herrscher die Kritik ihrer Vorgänger zurückweisen könnten.

Und vielleicht regieren eines Tages die Grünen, auch weil die Probleme des Klimawandels weiterwachsen. Dann könnte diese Regierung zurückschauen auf die Zeiten der Coronakrise und eine rigorose Politik der Emissionsreduzierung damit begründen, dass das eine vergleichbare Situation sei: existenziell, für alle bedrohlich.

Damals, könnten die grünen Politiker sagen, haben die Demokratien das Problem in den Griff bekommen, indem sie die Freiheiten der Menschen einschränkten, weil die freiheitliche Lebensweise toxisch war. So ist es jetzt wieder, deshalb werden auch wir eine Vielzahl von Verboten aussprechen: Fahr- und Reiseverbote, Konsumprohibition über hohe Steuern. Was viele Anywheres treffen würde, die bislang durchaus grüne Neigungen haben, solange es den eigenen Lebensstil nicht beeinträchtigt.

Ein gewichtiges Argument gegen Widerstand wäre dann: Was regt ihr euch auf? Damals wurde es auch gemacht, und es hat geholfen. Der Präzedenzfall hat in der Politik eine große Wirkmacht, gerade in unsicheren Zeiten. Der Präzedenzfall, der derzeit geschaffen werden könnte, ist einer der Verbote, der geballten Staatsmacht.

Schon deshalb wäre es falsch, jetzt Prinzipien über Bord zu werfen und auf den chinesischen Weg zu setzen. Man sollte sich erst einmal fragen, wo Demokratien ihre Vorteile haben, auch in der Krise.

Ein Vorteil könnten die »Gelegenheitspolitiker« sein. Dieser Begriff stammt von dem Soziologen Max Weber, der damit uns alle meinte, die Bürger, die in einer Demokratie regelmäßig Akteure sind, vor allem bei Wahlen. Heute nennt man sie mündige Bürger, mit den Freiheiten vertraut, daran gewöhnt, Entscheidungen für das eigene Leben zu treffen – und für das Leben anderer, das Allgemeinwohl, da nur in der Demokratie Staat und Gesellschaft ein Projekt für alle sind.

Nach Terroranschlägen wurden die Bürger regelmäßig aufgerufen, ihre Lebensgewohnheiten nicht zu ändern, weiterhin auf Weihnachtsmärkte zu gehen oder U-Bahn zu fahren. Die Freiheit verteidigen, indem man die Freiheit lebt. Jetzt ist das Gegenteil gefragt. Wer nun maßvoll mit seiner Freiheit umgeht, sich selbst beschränkt, betreibt eine Gelegenheitspolitik, die Einschränkungen der Freiheit durch den Staat vorgreift.

Einer der wichtigsten Sätze für Zeiten wie diese stammt eben nicht aus China, sondern aus Königsberg, das im 18. Jahrhundert eine Hochburg der Aufklärung war: Handle nur so, wie alle handeln sollen, lautet Immanuel

Kants kategorischer Imperativ. Auch das verhindert Ansteckungen.

Und das deliberative Prinzip hat selbst in der Krise seine Vorteile. Wer schnell entscheidet, hat ein höheres Risiko, falsch zu entscheiden. Wenn nur einer entscheidet, kann einer für alle falsch entscheiden. Das führte direkt in die Katastrophe.

Gleichwohl kann ein Ausnahmezustand nicht komplett mit den Methoden der Normalität bewältigt werden. Etwas schneller, etwas entschiedener – das darf schon sein. Was helfen könnte, ist ein Prinzip der Zeit in Klammern. Eine Klammer wird gleichsam zu Beginn der Krise gesetzt, eine am Ende. In der Klammer, der Zeit des Ausnahmezustands, dürfen Freiheiten beschränkt werden, aber eben nur da, nicht mehr danach. Darauf müssten sich alle demokratischen Kräfte verständigen. Das wäre das Gegenteil von: die Krise als Chance, wir reformieren unseren Staat grundsätzlich. Dieses Prinzip ist in diesem Fall zu gefährlich.

Zudem müssen in der Klammer rote Linien gelten. Die Pressefreiheit gehört dazu, da die Meinungsfreiheit, deren Teil sie ist, ein zentrales Prinzip der Demokratie bildet. Auch den Föderalismus sollte man nicht in der Krisenpanik über Bord werfen. Der Diskurs wird dafür sorgen, dass die Maßnahmen am Ende überall ähnlich sind.

Die ideale Klammer am Ende ist die Neuwahl. Wahlen dienen in der Demokratie auch dazu, Politik nachträglich zu legitimieren – oder eben nicht. Jetzt ist die Zeit, Machtfragen auszuklammern, Angela Merkels Koalition braucht die volle Unterstützung der Parteien, die sie tragen. Im Gegenzug muss sie für volle Transparenz sorgen, alle Maßnahmen früh und genau begründen, die Opposition in einer Art nationalem Sicherheitsrat einbeziehen.

Die Regierung braucht jetzt viel Macht. Aber ist die Krise überstanden, muss der Gelegenheitspolitiker darüber befinden, ob sie die Macht gut eingesetzt hat. Das ist nicht der chinesische Weg durch die Krise, sondern der demokratische. ■

Idealer Nährboden

Verteidigung Die Bundeswehr steht vor einer fast unlösbaren Aufgabe: die Truppe vor dem Virus abzuschotten, ohne die Einsatzbereitschaft zu riskieren.

Seit Mittwoch ist die »Joint Operation Cell« (JOC) abgeriegelt. Die mehr als 100 Soldaten, die in Schichten rund um die Uhr die temporäre Einsatzzentrale im Verteidigungsministerium auf der Bonner Hardthöhe besetzen, sind in einem Gebädetrakt isoliert. Sie essen getrennt von den Kollegen, dürfen ihre normalen Büros nicht betreten, keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, sollen nach Dienstende sofort nach Hause fahren und bis zur nächsten Schicht dort bleiben.

Generalleutnant Martin Schelleis, der Nationale Territoriale Befehlshaber der Bundeswehr, hat sein Büro im selben Gebäudekomplex. Anfang der Woche war er noch persönlich in der Operationszentrale, inzwischen schaltet sich der General per Video zu den Kameraden, die praktisch nebenan sitzen. Das Ansteckungsrisiko soll so klein wie möglich gehalten werden.

Die Einsatzzentrale JOC, die für besondere Lagen eingerichtet wird, koordiniert derzeit den Umgang der Bundeswehr mit der Corona-Epidemie. Hier laufen alle Informationen aus dem Inland ein. Dazu zählen auch die Anfragen kommunaler

Behörden für Amtshilfe. So bat in dieser Woche der vom neuartigen Virus stark betroffene Landkreis Heinsberg um Unterstützung durch Laborkapazitäten. Im Fall der Fälle wird hier auch dafür gesorgt, dass die Truppe in ihren Kasernen genügend »Absonderungsbereiche« für Menschen unter Quarantäne bereitstellt. Die Männer und Frauen der JOC sollten also besser nicht krank werden.

Mit 265 000 militärischen und zivilen Mitarbeitern kann sich die Bundeswehr nur schwer vor der Epidemie schützen. Doch zugleich verfügt die Truppe über reichlich Material und Personal, um den zivilen Behörden im Notfall beistehen zu können. Die militärische Führung steht deshalb vor einer fast unlösbaren Aufgabe: Sie muss die eigenen Leute so gut wie möglich vor dem Virus abschotten, darf die

► Frage

Ist die Bundeswehr noch einsatzfähig?

Einsatzbereitschaft der Streitkräfte damit aber nicht gefährden.

Schon seit Beginn der Krise gelten strenge Vorschriften, um eine Ausbreitung des Virus in den eigenen Reihen zu begrenzen. Das enge Miteinander der Soldaten in den Kasernen und die vielen Dienstreisen ins europäische Ausland sind ein idealer Nährboden für die Weiterverbreitung.

In einem internen Erlass ordnete das Ministerium schon früh »besondere Maßnahmen zum Schutz vor einer Ausbreitung von Covid-19« an. Was mit den normalen

Hygienemaßnahmen wie Händewaschen beginnt, endet bei der Bundeswehr mit speziellen Regeln für die Soldaten, die viel unterwegs sind. So wies die Hausleitung alle Heimkehrer aus Risikogebieten wie China, Iran oder auch Italien an, zwei Wochen lang zu Hause zu bleiben.

Sicherheitshalber werden in allen Kasernen für mindestens zwei Prozent des Personals Krankenzimmer für Covid-19-Patienten vorgehalten. Die Regelungen im Intranet sind eindeutig: »Erkrankte Personen werden isoliert, Kontaktpersonen gehen in Absonderung bzw. Quarantäne.«

Seit Montag gilt in der Bundeswehr die vertrauliche »Weisung Nr. 2 zum Meldewesen und Verhalten/Umgang mit Ereignissen im Zusammenhang mit der Lage Covid-19«. Auf sechs Seiten ordnet das Ministerium ein striktes Informationsregime an. Absicht sei es, »unter den Bedingungen Covid-19 weiterhin die Einsatzbereitschaft sicherzustellen« und das Risiko der Verbreitung »durch die und in der Bw zu minimieren«.

Vollständig verhindern lässt sich die Verbreitung jedoch nicht. In einem internen Lagebericht von Mittwoch listet das Ministerium 48 »begründete Verdachtsfälle« bei der Bundeswehr auf, 12 seien bestätigt. Ein Betroffener ist inzwischen als gesund entlassen worden. Die Führungsakademie in Hamburg wurde wegen eines Corona-Falls bis auf Weiteres geschlossen. Stark eingeschränkt ist die Arbeit beim Personalamt der Bundeswehr in Köln, dem Logistikbataillon im sachsen-anhaltischen Burg und bei einer Kompanie des Luftwaffenausbildungsbataillons im bayerischen Roth.

Noch ist unklar, welche Auswirkungen die Krise auf Auslandseinsätze hat. »Ab sofort und bis vorerst Ende April 2020 werden grundsätzlich alle zivilen und militärischen Reisen in die Einsatzkontingente der Bundeswehr ausgesetzt«, heißt es im Lagebericht. Das gilt auch für den geplanten Afghanistanbesuch von Peter Tauber, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Die Kontingentwechsel seien davon aber »derzeit nicht betroffen«.

Doch wie lange noch? Die Regierung in Mali erwäge, »per Dekret eine Selbstisolation für Einreisen« zu verhängen, heißt es in dem Lagebericht. Das Einsatzführungskommando prüfe mögliche Auswirkungen auf »Kontingentwechsel und Versorgung«. Das Verteidigungsministerium beobachtet die Entwicklung in dem Sahelstaat bestgt. Bestehen die Malier auf einer 14-tägigen Quarantäne, wäre das womöglich das vorläufige Aus für den wichtigsten Auslandseinsatz der Bundeswehr.

Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein



Soldaten auf Truppenübungsplatz Bergen: »Absonderungsbereiche« in den Kasernen

Herzstillstand

Parlament Der Bundestag kann durch Corona handlungsunfähig werden. Erste Abgeordnete sind bereits in Quarantäne – und einen Notfallplan gibt es nicht.

Eine Großveranstaltung nach der anderen wird wegen des Coronavirus abgesagt. Der Bundestag ist im Grunde eine ständige Großveranstaltung. 709 Abgeordnete, dazu Mitarbeiter, Verwaltung, mehr als 6000 Menschen arbeiten in den Büros des Bundestags. Hinzu kommen Besuchergruppen, Journalisten, Gäste aus aller Welt. Angekommen ist das Virus hier schon, es wäre ein Wunder, würde es sich nicht weiterverbreiten.

Die Frage ist, was dann passiert. Wenn viele in Quarantäne müssen. Wenn der Bundestag schrumpft und schrumpft, bis er handlungsunfähig wird. Oder am Ende gar geschlossen wird.

Ein Fußballspiel kann man ohne große Folgen absagen. Aber das Parlament? »Hier schlägt das Herz der Demokratie, oder es schlägt nicht«, sagte der frühere Bundestagspräsident Norbert Lammert einmal. In diesem Sinne wäre eine Schließung des Bundestags der Herzstillstand. Und dann?

Die erste Erkenntnis dieser Krise ist, dass niemand eine gute Antwort darauf hat. Diejenigen, die jetzt entscheiden müssen, hangeln sich von Tag zu Tag.

Um sich abzustimmen, wurde eine Taskforce eingerichtet. Schon dreimal trafen sich die Parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktionen mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble.

Erste Einschränkungen sind beschlossen. Kuppel und Dachterrasse bleiben Besuchern verwehrt. Von Montag an dürfen kaum noch Besuchergruppen ins Haus. Abgeordnete sollen nur wirklich notwendige Dienstreisen antreten.

Dass diese Prävention nicht lange reichen würde, war klar. Seit Mittwoch gibt es bestätigte Fälle. Ein Mitarbeiter des Justizministeriums, der Kontakt zu Abgeordneten hatte. Und der FDP-Abgeordnete Hagen Reinhold, er wurde positiv getestet. Mehrere Parlamentarier und Mitarbeiter verschiedener Fraktionen begaben sich in häusliche Quarantäne. Damit ist die nächste Eskalationsstufe erreicht.

»Sollten einige Abgeordnete ausfallen, finden sich zum Beispiel Pairing-Lösungen zwischen den Fraktionen«, sagt die



Plenarsaal in Berlin: Für den Krieg vorgesorgt, für die Seuche nicht

Grüne Britta Haßelmann. Pairing, das heißt: Fehlt jemand, stimmen einige Abgeordnete der anderen Fraktionen nicht ab, damit die Mehrheitsverhältnisse gewahrt bleiben.

Namentliche Abstimmungen blieben Ende der Woche aus, damit sich die Abgeordneten nicht an der Urne zusammendrängen müssen. Wenn es aber nicht bei ein paar Quarantänefällen bleibt, wird es heikel. Routinen und Vorschriften fehlen für diesen Fall.

Der Bundestag ist laut Geschäftsordnung nur dann beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Theoretisch könnte man trotzdem weiter-

➤ Frage

Muss der Bundestag bald schließen?

machen, solange niemand die Beschlussfähigkeit infrage stellt. Sobald das aber jemand tut, etwa die AfD, wäre auch ein mögliches Rumpfparlament am Ende.

Und weder erlaubt die Geschäftsordnung Abstimmungen im Homeoffice, noch existiert dafür die digitale Infrastruktur. Die Gefahr von Hacking, Spionage oder Manipulationen wäre ohnehin kaum kalkulierbar.

Es ist längst wahrscheinlich, dass sich der Bundestag selbst eine Pause verordnet. Derzeit wird zum Beispiel darüber nachgedacht, Sitzungswochen in den freien Sommer zu verschieben. Anderswo passiert so etwas bereits. Das Europaparlament hat seine Zusammenkünfte verkürzt oder abgesagt. In Spanien wurden ebenfalls Parlamentstermine ausgesetzt. Der

Bayerische Landtag hat eine Plenarsitzung am 24. März gestrichen.

Für einen solchen Fall baut man im Bundestag vor. »Natürlich priorisiert man jetzt, schaut, was unbedingt vor der Sommerpause verabschiedet werden muss«, sagt eine Abgeordnete. Ergänzungen zum Kurzarbeitergeld sowie Bundeswehrmandate in Afghanistan und im Mittelmeer sollten, so war es zu Redaktionsschluss verabredet, vorgezogen und im Eilverfahren beschlossen werden. Doch beliebig viel lässt sich nicht vorarbeiten.

Das Grundgesetz sieht zwar ein Notparlament vor. In diesem »Gemeinsamen Ausschuss« sitzen 32 Bundestagsabgeordnete und 16 Vertreter des Bundesrats, oft Ministerpräsidenten. Aber dieses Notfallparlament darf nur im Verteidigungsfall übernehmen. Für einen Krieg wurde vorgesorgt. Für eine Seuche nicht.

Umstritten ist, ob eine andere Behörde den Bundestag einfach abriegeln, das Verlassen und Betreten untersagen kann. Zuständig wäre das Gesundheitsamt des Berliner Bezirks Mitte. Aber kann wirklich eine Bezirksbehörde den gewählten Volksvertretern ihre Arbeit verbieten?

Die Senatsverwaltung für Gesundheit ließ das prüfen und teilte schließlich mit: Ja, sie gehe davon aus. In der Bundestagsverwaltung verweist man dagegen auf Artikel 40 des Grundgesetzes, der dem Bundestagspräsidenten das Hausrecht gibt und das Parlament vor dem Zugriff der Exekutive schützt. Eine dritte Deutung aus dem Kreis der Taskforce geht so: Das Gesundheitsamt könnte den Bundestag unter Quarantäne stellen. Die Abgeordneten kämen dann weiterhin hinein, könnten im dringenden Notfall ihre Arbeit machen. Heraus kämen sie aber nicht mehr. Jonas Schaible

Sind wir bereit?

Epidemiologie Ohne drastische Einschränkung unseres Alltags lässt sich der Seuchenzug des Coronavirus nicht mehr bremsen. Der Ausnahmezustand könnte Monate dauern.

Regierungen können Begräbnisse und Hochzeiten verbieten, Turniere, Konzerte und Messen absagen, sie können Flugzeuge und Kreuzfahrtschiffe stilllegen, Grenzen schließen, ganze Staaten abriegeln, Millionen Menschen isolieren – an ihrem Ziel aber werden sie scheitern: Das neuartige Coronavirus Sars-CoV-2 können sie nicht mehr besiegen.

Die Schlacht ist geschlagen; schon vor Monaten hat die Menschheit krachend verloren.

Die Zukunft gehört einstweilen dem Virus. Nur ein Impfstoff könnte dies ändern, aber bis er verfügbar sein könnte, werden anderthalb, eher zwei Jahre oder mehr vergehen. Bis dahin sind Milliarden Menschen auf allen Erdteilen gefährdet, sich mit Sars-CoV-2 anzustecken.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat die Coronakrise formell zu einer Pandemie erklärt. Sie fordert alle Regierungen auf, sich sofort auf den internationalen Notstand einzustellen – und kritisiert, dass viele Staaten nicht entschlossen genug gegen die Naturkatastrophe vorgehen.

Innerhalb von Wochen ist der Erreger in mehr als 100 Länder vorgedrungen. Die Infektionszahlen außerhalb Chinas explodieren geradezu in vielen Regionen, zum Teil verdoppeln sich die bekannten Ansteckungen alle 48 Stunden.

In Deutschland hat sich die Zahl der Virusträger binnen Tagen vervielfacht – von Einzelfällen hin zu einem fast flächendeckenden Phänomen. Das jetzige Infektionsniveau mit Sars-CoV-2 lässt keinen Zweifel mehr zu: Das Virus ist angekommen, es zirkuliert vieltausendfach. Es geht nicht mehr weg.

Mediziner bereiten sich darauf vor, dass der Beginn der epidemischen Welle in Deutschland unmittelbar bevorsteht. »Die Zahl der Infizierten wird sich vermutlich sehr schnell stark erhöhen«, sagt der Virologe John Ziebuhr von der Universität Gießen. Das öffentliche Leben steht vor Einschränkungen wie nie zuvor in Friedenszeiten. Und das ist erst der Anfang.

Die gute Nachricht lautet nach wie vor: Für die meisten Menschen wird Covid-19, die Krankheit, die dieses Coronavirus verursacht, glimpflich verlaufen. Ein paar Tage Husten und Fieber, das war's.

Viele bemerken nicht einmal, dass sie sich angesteckt haben. Ein Großteil der Jüngeren in Deutschland, so erwartet es der Berliner Virologe Christian Drosten, wird schon bis zum Sommer mit dem Virus in Kontakt gekommen sein, ziemlich wenig darunter leiden und fortan gegen diese Variante immun sein.

Aber ungefähr einer von fünf Infizierten wird ernster oder sogar schwer erkranken,

zum Beispiel an einer Lungenentzündung. Manche werden in der Klinik künstlich beatmet werden müssen – oder sterben. Die Gefahr eines schweren Verlaufs steigt eindeutig mit dem Alter, insbesondere im Rentenalter nimmt die Sterblichkeit stark zu.

In China hat die Krankheit unter Erkrankten, die älter als 80 waren, nach Angaben der WHO rund 22 Prozent getötet. In Italien liegt die aktuelle Todesrate unter infizierten Senioren vermutlich höher, was auch daran liegt, dass die Kliniken und Mediziner angesichts des plötzlichen Ansturms von Kranken mit Atemnot komplett überlastet sind.

Besonders gefährdet sind alte Menschen mit weiteren Leiden – eine Gruppe, die in Deutschland zahlenmäßig stark vertreten ist. Riskant kann das Virus aber auch für Jüngere sein mit Vorerkrankungen, für Krebskranke und Diabetiker beispielsweise oder für Patienten mit Herzleiden oder Bluthochdruck.

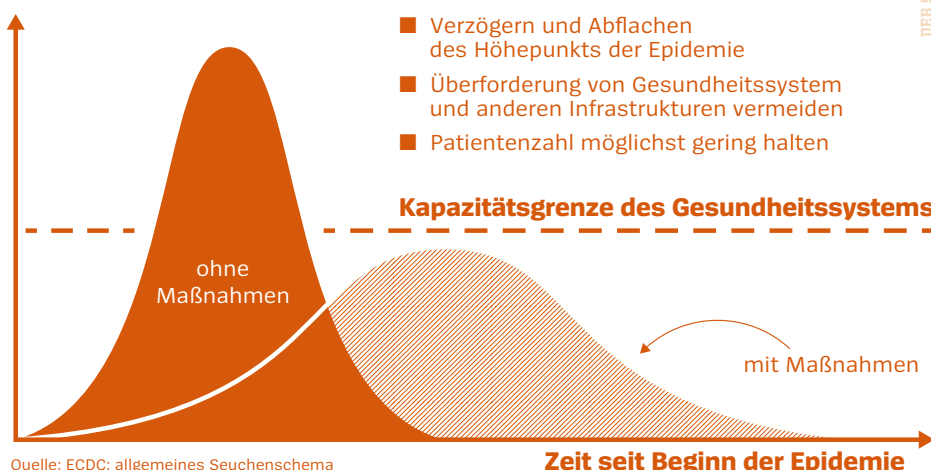
Insgesamt, so ist zumindest die Erwartung von Medizinern, wird Covid-19 nur wenige der Infizierten töten, einen von hundert, vielleicht zwei von hundert. Und obwohl diese Vorhersage scheinbar beruhigend klingt – ist das Gegenteil der Fall. Denn 60 bis 70 Prozent der Menschheit werden sich mit dem Virus anstecken, sagt der US-Seuchenmediziner Richard Hatchett. Bei Milliarden Infizierten könnte die Zahl der Toten daher ein fast schon apokalyptisches Ausmaß erreichen.

Ein besonders hohes Risiko besteht für die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen. Eingeschleppte Infektionen können sich dort, wie bereits im US-Bundesstaat Washington geschehen, auf große Teile der Bewohner und des Personals ausdehnen. Manche Einrichtungen, auch in Deutschland, wurden bereits unter Quarantäne gestellt, es gilt ein Besuchsverbot selbst für enge Familienangehörige.

Die Welt steht vor dramatischen Wochen und Monaten. Wie lässt sich das mit exponentieller Kraft ausufernde Virus noch aufhalten? Das Immunsystem fast aller Menschen hat dem brandneuen Erreger nichts entgegenzusetzen, quasi niemand besitzt schützende Antikörper aus früheren Infektionen. Für das Virus ist dies wie Elfmeterschießen ohne Torwart.

Typischer Ablauf einer Epidemie

Zahl der Neuinfektionen





Verlegung eines Covid-19-Patienten im südkoreanischen Seoul: Ein tückischer Feind

Die schärfsten Abwehrwaffen im Köcher der Präventionsmediziner sind Seife, alkoholhaltige Desinfektionsmittel und der gute Rat, regelmäßig die Hände zu waschen. Das ist nicht viel.

Gesundheitsbehörden weltweit räumen inzwischen ein, dass sie das Virus nicht mehr stoppen können. Den Kampf geben sie dennoch nicht verloren. Aber nicht die Ausrottung des Erregers ist nunmehr ihr Ziel, sondern seine Verlangsamung, genauer: die Anpassung der Seuchenintensität an die Leistungsfähigkeit der Kliniken.

Die Strategie: Das Schlimmste lässt sich noch verhindern, wenn höchstens so viele Menschen an einer gefährlichen Form von Covid-19 erkranken, wie das jeweilige Gesundheitssystem behandeln kann. Keinesfalls darf es mehr Akutkranke geben als Betten auf Intensivstationen, sonst droht ein Massensterben.

Ein paar Tausend schwer kranker Covid-19-Patienten können die deutschen Kliniken medizinisch versorgen – aber ein paar Zehntausend nicht. Wenn dann noch Ärzte und Pflegepersonal in großer Zahl

selbst erkranken und ausfallen, würde die Situation rasch unbeherrschbar, das Gesundheitssystem sogar eines hoch entwickelten Landes wie Deutschland käme dem Zusammenbruch nahe.

Um die Krankenhäuser für Corona-Patienten frei zu halten, beschlossen Bundesregierung und Ministerpräsidenten Donnerstagabend, dass die Krankenhäuser ab Montag alle planbaren Operationen verschieben sollen.

Die entscheidende Frage lautet: Wie lässt sich die Ausbreitung eines Virus verlangsamen, das hochgradig ansteckend ist und deshalb die Welt in kurzer Zeit umrundet hat? Jeder Infizierte, so haben Epidemiologen vorläufig ermittelt, gibt das Virus im Schnitt an drei weitere Menschen weiter. Das ist viel. Diese sogenannte Basisreproduktionszahl muss sinken, nur wie?

Sars-CoV-2 ist ein ausgesprochen tückischer Feind, denn er verbreitet sich sehr leicht über Leute, die sich gesund fühlen. Der Erreger führt bei vielen Menschen tagelang zu keinen Symptomen, obwohl er sie bereits in regelrechte Virenschleudern

verwandelt hat, die über die oberen Luftwege außerordentlich große Mengen infektiöses Material ausstoßen. Das macht die Eindämmung der Infektion besonders schwer.

Im Stadium der Erkrankung bleiben auch Patienten mit mildem Verlauf zunächst weiterhin infektiös. Erst ab dem neunten Tag nach Beginn der Krankheitserscheinungen, so haben Forscher aus München und Berlin festgestellt, stellen sie kein Ansteckungsrisiko mehr dar.

Was Behörden angesichts solch gefährlicher Viren richtig und falsch machen können, das zeigt die Geschichte. Bei der Influenzapandemie von 1918/19 starben weltweit geschätzt 50 Millionen Menschen, weitaus mehr als im Ersten Weltkrieg. Knapp ein Drittel der Weltbevölkerung wurde binnen kurzer Zeit infiziert.

Als die Seuche im September 1918 die US-Stadt Philadelphia erreichte, hielten die Behörden dort zunächst keine besonderen Maßnahmen für geboten. Eine große Militärparade mit etwa 200 000 Teilnehmern und Gästen wurde trotz

der grassierenden Influenza abgehalten, was ihr vollends zum Durchbruch verhalf. In nur vier Monaten verloren mehr als 12 000 Bürger ihr Leben.

Die Stadt Saint Louis hingegen verhängte nach den ersten Fällen umgehend weitreichende Maßnahmen, sehr früh während des Ausbruchs schloss sie trotz beträchtlichem Widerstand wochenlang alle Schulen, Gaststätten, Kinos und Kirchen, Großveranstaltungen wurden untersagt. In Saint Louis starben umgerechnet auf die Bevölkerungszahl weniger als halb so viele Einwohner wie in Philadelphia.

Es hat sich damals ausgezahlt, die Abstände zwischen den Menschen zu vergrößern – und das wird bei der jetzigen Coronakrise nicht anders sein. »Soziale Distanzierung« ist eine von wenigen sinnvollen Interventionsmöglichkeiten, die den Gesundheitsbehörden angesichts der Pandemie geblieben sind.

Messen, Konzerte, Sportevents, Feste und Tagungen werden jetzt abgesagt, und zwar in großen Teilen der Welt. Firmen verlegen Konferenzen ins Internet und die Arbeit ihrer Angestellten ins Homeoffice. Dienstreisen fallen aus. Viele deutsche Schulen und Universitäten werden vorübergehend schließen. Als Nächstes könnten Kitas folgen. Infizierte Kinder entwickeln fast immer nur sehr schwache Symptome von Covid-19, aber manche Forscher glauben, dass sie dennoch eine Rolle spielen bei der Verbreitung der Krankheit.

Wie lange der Ausnahmezustand dauern wird, weiß niemand. Es könnten eher Monate sein als Wochen.

Jeder Einzelne solle mithelfen im Kampf gegen das Virus, fordert Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Tatsächlich kann jeder etwas tun – nämlich argwöhnisch sein und seinen Mitmenschen aus dem Weg gehen. Näher als einen Meter, so empfiehlt die WHO, soll sich niemand mehr einem Hustenden nähern.

In dieser Seuchenzeit gilt: Jeder ist gefährdet – und jeder ein Gefährder. Das Distanzgebot dürfte den Alltag der Menschen deutlich verändern. Eng zusammenstehen in der U-Bahn, im Klub, im Fahrstuhl oder in der Schlange vor der Supermarktkasse? All dies wird sich von nun an für viele riskant anfühlen, ebenso wie Händeschütteln oder die Wangenküßchen für liebe Freunde.

In den nächsten Tagen und Wochen wird sich zeigen, ob dies ausreicht – oder ob der Staat auch hierzulande zu autoritären Maßnahmen greifen muss wie in China, Italien, Südkorea. Sperrzonen, Ausgehverbote, die Einstellung von Bus- und U-Bahn-Verkehr, Zwangsschließungen von Lokalen und Kinos sind denkbar.

Die Infektionszahlen in Wuhan, dem Epizentrum der Seuche, sind erst stark zurückgegangen, als die Stadt und die umliegende Provinz kompromisslos stillgelegt wurden.

Jetzt ist China nach den großen Erfolgen im Kampf gegen das Virus dabei, die Beschränkungen im öffentlichen Leben wieder zu lockern: Fabriken öffnen, Lkw fahren, Flugzeuge fliegen. Das könnte allerdings leicht dazu führen, dass die Epidemie dort wieder aufflammt – der Erre-

ger hat schließlich nichts von seiner Infektiosität eingebüßt.

Wie es weitergeht? Der Gießener Virologe Ziebuhr glaubt nicht, »dass es noch gelingt, dieses Virus komplett zu eliminieren«. Ganz im Gegenteil: Es werde den Durchmarsch antreten. Seine weitere Ausbreitung, so Ziebuhr, komme erst zum Stillstand, »wenn ein Großteil der Bevölkerung ausreichende Immunität gegen das Virus entwickelt hat«. Das könne ein Jahr dauern, vielleicht ein paar Monate weniger, vielleicht aber auch ein paar Monate länger.

Und wenn diese Immunität nach einiger Zeit wieder absinken sollte, dann könne Sars-CoV-2 wiederkommen, wenn auch in deutlich schwächerer Form, sagt Ziebuhr. Das Virus könnte von nun an zu einem weiteren ständigen Begleiter des Menschen werden, so wie die Erreger der Grippe und verschiedener Erkältungskrankheiten.

Lange hegten Experten die Hoffnung, dass sich Sars-CoV-2 verhalten könnte wie die Influenzaviren – und wie diese von der Nordhalbkugel wieder verschwinden, sobald es dort wärmer wird. Das hätte uns eine dringend notwendige Verschnaufpause beschert. In den Sommermonaten hätten die Gesundheitssysteme sich frisch aufstellen können, um für weitere Virenattacken im Herbst und Winter besser gerüstet zu sein.

Inzwischen aber gehen viele Virologen davon aus, dass Sars-CoV-2 sich von den höheren Temperaturen im Sommer kaum wird abschwächen lassen. »Dafür fehlt jeder Hinweis«, sagt WHO-Experte Mike Ryan. Auch in immer warmen Weltgegenden wie Singapur kommt das Virus offenbar gut voran.

Monate von Anstrengung, Stress und Ausnahmezustand stehen Deutschland und weiten Teilen der Welt bevor. Und im nächsten Winter droht eine weitere Verschärfung der Lage. Denn dann kommt die jährlich wiederkehrende Grippe dazu, deren Symptome jenen von Covid-19 ähneln. Viele Menschen könnten dann sogar von beiden Krankheiten gleichzeitig betroffen sein. In den Krankenhäusern könnte ein beispielloses Chaos ausbrechen.

Auf diese Zuspitzung kann sich die Gesellschaft allerdings vorbereiten und Risiken vermindern. Virologe Ziebuhr hofft darauf, dass es endlich gelingen wird, die Impfquote gegen Influenza in der Bevölkerung »so hoch wie irgend möglich« zu steigern. Überdies empfiehlt der Mediziner, dass sich vor allem Ältere nun dringend gegen Pneumokokken impfen lassen, die Erreger von Lungenentzündungen.

Irene Berres, Marco Evers
Mail: marco.evers@spiegel.de



Beatmungspatientin: Jeder ist gefährdet – und jeder ein Gefährder

Reichen die Notfallbetten?

Krankenhäuser In Deutschland mangelt es weniger an Intensivbehandlungsplätzen als an Klinikpersonal – ein gefährlicher Engpass.

● Krankenhausbetten bleiben für gewöhnlich nur dann frei, wenn keine Patienten da sind. Auf deutschen Intensivstationen dagegen werden Betten häufig nicht genutzt, weil es zu wenige Krankenschwestern und Pfleger gibt.

»Der Normalbetrieb ist in vielen Intensivstationen angesichts des Personal­ mangels häufig nicht mehr aufrechtzuerhalten, sodass vielfach Intensivbetten gesperrt werden müssen«, sagen Uwe Janssens, Chefarzt der Klinik für Innere Medizin und Internistische Intensivmedizin am Sankt-Antonius-Hospital in Eschweiler (NRW), und weitere Mediziner im »Deutschen Ärzteblatt«.

Laut einer Umfrage mussten im Jahr 2017 auf 76 Prozent der Intensivstationen immer wieder Betten gesperrt werden. Die Problematik ist bis heute an der Tagesordnung: Patienten werden abgewiesen – und müssen hoffen, irgendwo anders ein Intensivbett zu finden.

Solche Aufnahmestopps sind in Zeiten der Coronavirus-Krise unglaublich. Die größte Sorge ist derzeit, ob es bei weiterer Ausbreitung der Epidemie noch genug Plätze mit Beatmungsgeräten geben wird, um Patienten mit der neuartigen Lungenerkrankung Covid-19 behandeln zu können. Während der Berliner Virologe Christian Drosten in der »Neuen Osnabrücker Zeitung« forderte, »mit Hochdruck mehr Kapazitäten an Intensivbetten« zu schaffen, könnte es im Notfall daran hapern, dass diese nicht genutzt werden können.

Grundsätzlich sei »im Bereich der Intensivmedizin die Personalsituation ausschlaggebend und die größte Problematik bei der Ausweitung der Kapazitäten«, sagt Gerald Gaß, der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft. »Eigentlich haben wir in Deutschland genügend Intensivbetten. Wir haben aber ein andauerndes Problem, und das ist nicht erst seit Corona so, dass wir für all die Betten zu wenig Intensivpflegekräfte haben«, ergänzt Janssens, der auch Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin ist.

Während in deutschen Kliniken derzeit 17 000 Pflegestellen nicht besetzt werden können, hat Deutschland in der Europäischen Union die höchste Dichte an

Krankenhausbetten. Von den 497 000 Betten sind 28 000 Intensivbetten – auch hier liegt Deutschland bezogen auf die Einwohnerzahl mit Abstand an der Spitze in Europa. Krankenhäuser haben in den vergangenen Jahren die Zahl der Intensivbetten auch deshalb erweitert, weil sie mit deren Belegung besonders hohe Erlöse erzielen konnten. Mitunter werden alte, todkranke Menschen etwa noch mit einer maschinellen Beatmung behandelt, die gar nicht mehr viel hilft, dem Krankenhaus aber Geld bringt.

Covid-19-Patienten wird es unausweichlich sein, nicht zeitlich drängende Operationen und Eingriffe abzusagen«, sagt auch Susanne Johna, Vorsitzende des Ärzteberufsverbandes Marburger Bund. »Dadurch würden wir auf einen Schlag mehr personellen Spielraum in den Kliniken bekommen. Eine solche Empfehlung setzt aber in den betroffenen Regionen ein einheitliches Vorgehen voraus. Hier sind die jeweiligen Landesgesundheitsbehörden gefordert, entsprechende Empfehlungen auszusprechen.«

Bis dahin werden Krankenhäuser zögern, planbare Eingriffe abzusagen. Die Kosten für die Ärzte und das Pflegepersonal würden weiterlaufen, die Einnahmen aus den Operationen aber fehlen. »Wenn wir die nicht dringenden Eingriffe für ein, zwei Monate zurückfahren würden, dann entstünden Rieseneinnahmeverluste. Die Krankenhäuser würden total in wirtschaftliche Schieflage geraten«, sagt Janssens. »Ich vermisse eine klare

25 000

Betten mit Beatmungsmöglichkeit zur intensivmedizinischen Versorgung stehen in 1160 Krankenhäusern zur Verfügung.

Quelle: GBE

»Ausufernde, zum Teil sinnlose Therapiemaßnahmen bei Patienten mit a priori sehr schlechter Prognose«, so Janssens und seine Kollegen im »Deutschen Ärzteblatt«, seien ein Grund dafür, warum Krankenschwestern und Pfleger desillusioniert seien und nicht mehr gern auf der Intensivstation arbeiteten. Auch die hohe Arbeitsbelastung, die unzureichende Bezahlung und die geringe Wertschätzung der Pflegekräfte hätten zur Personalfucht aus deutschen Intensivstationen geführt.

Bei Fortschreiten der Coronavirus-Krise könnte sich die Rekordzahl an Intensivbetten allerdings als Segen erweisen. Krankenhäuser könnten planbare Eingriffe wie das Einsetzen künstlicher Hüften verschieben. Auf diese Weise ließe sich die Zahl der freien Intensivbetten um 30 bis 60 Prozent erhöhen, schätzt Janssens. »Bei einer sehr hohen Anzahl an

Anweisung der zuständigen Behörden, ob und wann wir Intensivkapazitäten freischaufeln sollen.« Nur dann sprängen Versicherungen ein.

Im Sankt-Antonius-Hospital in Eschweiler werden bis auf Weiteres künstliche Hüften eingesetzt, aber die Lage wird mehrmals täglich neu beurteilt. Es gilt ein genereller Besucherstopp. Zwei Mitarbeiter der Klinik wurden positiv auf das Coronavirus getestet und sind zu Hause in Quarantäne. Drei Patienten mit der Lungenerkrankung Covid-19 liegen auf der Intensivstation, am Donnerstag sollte ein weiterer Patient aus dem Krankenhaus Heinsberg übernommen werden.

Dennoch sind von den insgesamt 24 Intensivbetten meistens 3 leer. Nicht weil Pflegepersonal fehlt, sondern um für ein Szenario gerüstet zu sein, das hoffentlich nicht eintreten wird. Jörg Blech

Wann wird Covid-19 heilbar sein?

Medikamente Pharmaforscher testen Wirkstoffe gegen das Coronavirus. Größter Hoffnungsträger ist ein experimentelles Ebola-Medikament. Nun soll es auch an deutschen Patienten erprobt werden.

Clemens Wendtner hat in Deutschland schon erste Covid-19-Patienten behandelt, als die Krankheit noch nicht einmal so hieß. Der Chefarzt der Abteilung für Infektiologie und Tropenmedizin an der München Klinik Schwabing weiß, was auf ihn zukommen wird, falls die Zahl der Infizierten in Deutschland so steil ansteigen sollte wie in Italien. »Ich denke«, sagt Wendtner, »dann könnten wir ein wirksames Medikament gut gebrauchen.«

Seine Klinik will deshalb erstmals in Deutschland das ursprünglich für die Behandlung von Ebola entwickelte Medikament Remdesivir an Coronakranken testen. An der klinischen Studie des US-Pharmakonzerns Gilead Sciences wollen auch die Universitätskrankenhäuser Hamburg und Düsseldorf teilnehmen. Remdesivir hemmt die Replikation des Erbguts sogenannter RNA-Viren, zu denen neben dem Ebola-Erreger auch das neuartige Coronavirus gehört.

Spätestens seitdem ein amerikanischer Coronapatient gleichsam über Nacht genesen war, nachdem er Remdesivir erhalten hatte, gilt das Medikament als möglicher Heilsbringer gegen die Seuche.

In China laufen bereits seit Februar zwei große Studien, in denen Remdesivir erprobt wird, Ende April werden erste Ergebnisse erwartet. In den USA hat eine Studie am University of Nebraska Medical Center in Omaha begonnen; bis zu 40 weitere Standorte, sagt Studienleiter Andre Kalil, sollen allein in den USA hinzukommen. Das US-Verteidigungsministerium macht Remdesivir bereits Soldaten und zivilen Mitarbeitern im Rahmen einer eigenen Studie zugänglich.

»Noch im April«, sagt Mediziner Wendtner, »soll es auch bei uns losgehen.« An der Hamburger Uniklinik, so der zuständige Oberarzt Stefan Schmiedel, könnten die Tests sogar schon in wenigen Tagen starten.

Remdesivir ist derzeit der größte Hoffnungsträger bei der Behandlung von Covid-19 – aber nicht der einzige. Unter Hochdruck versuchen Pharmaforscher, Wirkstoffe zu identifizieren, die das Coronavirus bekämpfen könnten.

Etwa 85 Studien an Covid-19-Patienten sind derzeit im internationalen Studienregister Clinicaltrials.gov gelistet. Getestet werden so verrückt anmutende Heilmittel wie der Contergan-Wirkstoff Thalidomid, Stammzellen, die aus dem Innern eines Zahns gewonnen werden, oder Traditionelle Chinesische Medizin. Inzwischen gibt es sogar schon Meldungen, dass sich die vielen Studien gegenseitig die Patienten streitig machen.

Um die Entwicklung von Medikamenten in geordnete Bahnen zu lenken, hat die Weltgesundheitsorganisation WHO Ende Januar eine Bewertung vorgenommen, welche Mittel sie für die erfolgversprechendsten hält. Jetzt riefen der britische Wellcome Trust, die Bill & Melinda Gates Foundation sowie der Mastercard Impact Fund mit 125 Millionen Dollar Anschubfinanzierung den »Covid-19 Therapeutics Accelerator« ins Leben, der in Zusammenarbeit mit der WHO aussichtsreiche Medikamentenforschung gezielt fördern und koordinieren, die Zulassung unterstützen und die neuen Mittel auch armen Ländern zugänglich machen soll.

»Die Covid-19-Forschung bewegt sich in einem phänomenalen Tempo voran«, sagt Jeremy Farrar, Direktor des Wellcome Trust. »Doch auf der anderen Seite ist der Covid-19-Erreger ein extrem schwieriges Virus.« Um die Pandemie in den Griff zu

22%

der chinesischen Patienten, die über 80 Jahre alt waren, starben nach der Infektion mit dem neuartigen Coronavirus.

Quelle: WHO; Datenbasis: 55 924 bestätigte Covid-19-Fälle bis 20. Februar über alle Altersgruppen

bekommen, müsse deshalb viel Geld investiert werden.

Schmerzlich zeigt sich jetzt, dass in den vergangenen Jahren einiges versäumt wurde. Bei antiviralen Medikamenten habe es in den vergangenen 25 Jahren riesige Fortschritte gegeben, berichtet der aus Hamburg stammende Biochemiker und Virenforscher Matthias Götte, der an der University of Alberta in Kanada den Wirkmechanismus von Remdesivir experimentell erforscht. Aber ein Mittel gegen Coronaviren sei bislang nicht darunter. »Dabei«, sagt Götte, »hätten wir es nach der Sars-Epidemie längst entwickeln können und sollen.«

Jetzt müssen die Forscher in kürzester Zeit Verpasstes aufholen. Benötigt wird zum Glück nicht unbedingt ein Wundermittel. Rund drei bis vier Prozent der Patienten, das zeigt die Erfahrung aus China, müssen während des Krankheitsverlaufs künstlich beatmet werden. Wenn die Beatmungsplätze knapp werden, steigt die Sterblichkeitsrate rapide an. Selbst ein Medikament, das lediglich bei einem Teil dieser drei bis vier Prozent zumindest die Beatmung überflüssig machen könnte, würde schon viele Leben retten – auch wenn es nicht jeden Patienten über Nacht kurierte.

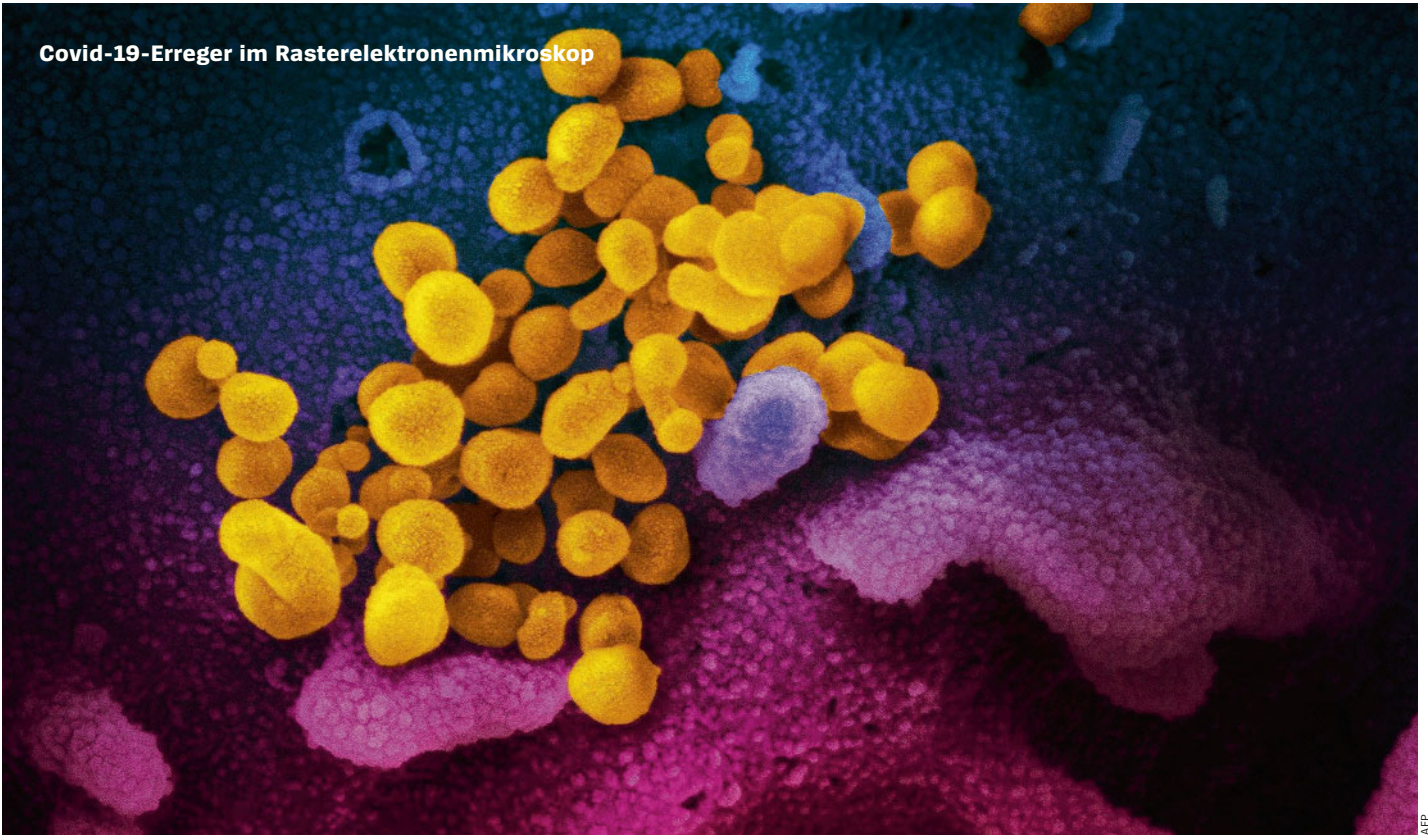
Weil man eine ähnliche Therapie bereits während der Sars-Epidemie 2003 einsetzte, werden derzeit viele Covid-19-Patienten mit einer Kombination aus den Aidsmedikamenten Lopinavir und Ritonavir sowie dem Immunmodulator Interferon behandelt. Noch sei aber nicht erwiesen, dass diese Mittel auch effektiv gegen das neuartige Coronavirus wirkten, warnt Götte. Er selbst ist sogar eher skeptisch: »Lopinavir hemmt sehr gut das sogenannte Protease-Enzym von Aidsviren«, erklärt er. »Aber die Coronavirus-Protease ist anders.« Man müsse damit rechnen, dass das Medikament gegen das neuartige Virus zumindest nicht optimal wirke.

Inzwischen deuten Laborexperimente darauf hin, dass es das eine perfekte Medikament gegen Covid-19 vermutlich ohnehin nicht geben wird. Das experimentelle Ebola-Medikament Remdesivir beispielsweise wirkte in einer Studie an Rhesusaffen gegen ein mit dem Covid-19-Erreger verwandtes Virus dann am besten, wenn es prophylaktisch oder zu Beginn einer Infektion gegeben wurde – in einer unübersichtlichen Pandemiesituation ist das aber in vielen Fällen kaum möglich.

Zudem muss die Substanz intravenös verabreicht werden. Kommt Remdesivir also vielleicht vor allem für Hochrisikogruppen infrage? »Man wird sich die Ergebnisse der verschiedenen Patientenstudien sehr genau ansehen müssen«, sagt Götte, »um beurteilen zu können, wer von dem Medikament tatsächlich profitieren kann.«

Auch ein anderes Medikament ist in den vergangenen Wochen zum Hoffnungsträger geworden: das jahrzehntealte Malaria-Mittel

Covid-19-Erreger im Rasterelektronenmikroskop



Chloroquin. Anders als Remdesivir ist es bereits zugelassen, günstig in der Herstellung und hat den großen Vorteil, dass sein Sicherheitsprofil bestens bekannt ist, auch bei der Anwendung als Prophylaxe – Millionen Afrikaner haben es wochenlang geschluckt.

Dass Chloroquin auch antiviral wirkt, ist schon länger bekannt. Es stört die Aufnahme von Viren in menschliche Zellen. Eine experimentelle Studie aus China konnte jetzt zeigen, dass Chloroquin – und insbesondere sein Verwandter Hydroxychloroquin – in Zellkulturen tatsächlich die Vermehrung von Sars-CoV-2 zu hemmen vermag.

Im internationalen Studienregister sind inzwischen vier Chloroquin-Studien mit Covid-19-Patienten eingetragen. Unter anderem soll das Mittel als Prophylaxe für Kontaktpersonen und Krankenhausmitarbeiter getestet werden.

Eine weitere Medikamentenhoffnung kommt aus Deutschland. Forscher des Deutschen Primatenzentrums in Göttingen und der Berliner Charité fanden heraus, dass der in Japan für die Behandlung von Bauchspeicheldrüsenentzündung zugelassene Wirkstoff Camostat Mesilate das Eindringen des neuartigen Coronavirus in Zellen hemmen kann.

»Wir wussten bereits, dass andere Coronaviren an dieser Stelle verwundbar sind«, erklärt Stefan Pöhlmann, Leiter der Abteilung Infektionsbiologie am Deutschen Primatenzentrum. »Deshalb konnten wir das jetzt so schnell nachweisen.«

► Frage

Woran erkenne ich, ob ich Corona habe?

DER SPIEGEL

	Covid-19	Erkältung	Grippe
Symptome:			
•••• häufig	••••	•	••••
••• wenig	••	••	••••
•• manchmal	••••*	••••	••••*
• selten	•	••••	••
Fieber	••••	•	••••
Müdigkeit	••	••	••••
Husten	••••*	••••	••••*
Niesen		••••	
Gliederschmerzen	••	••••	••••
Schnupfen	•	••••	••
Hals-schmerzen	••	••••	••
Durchfall	•		••**
Kopfschmerzen	••	•	••••
Kurz-atmigkeit	••		

*trockener Husten **bei Kindern Quelle: SZ

Ob das Mittel auch bei Covid-19-Patienten wirke, sei allerdings noch offen. »Es könnte sein, dass es in der Lunge nicht in ausreichender Menge verfügbar ist«, sagt Pöhlmann. Das müsse man jetzt herausfinden.

Gegen das Ebolavirus erwiesen sich Antikörper als besonders wirksame Therapie. An Covid-19-Patienten werden nun ebenfalls verschiedene Arten von Antikörpern erprobt, auch solche, die aus dem Blut genesener Patienten gewonnen wurden.

Am Ende, vermutet Götte, brauche man wahrscheinlich eine Kombination verschiedener antiviraler Medikamente, um Covid-19 erfolgreich therapieren zu können – allein schon um die Entwicklung von Resistenzen zu verhindern.

Im Medical Center der University of Nebraska in Omaha sind bislang drei Patienten in der placebokontrollierten Studie mit Remdesivir behandelt worden. Wer von ihnen das Medikament bekommt und wer nicht, dürfen vorerst weder Patient noch Behandler wissen. Zum Zustand der Coronakranken aber kann Kalil Folgendes sagen: »Einer der drei ist bereits aus dem Krankenhaus entlassen worden und befindet sich in Quarantäne. Der Zustand des zweiten verbessert sich.« Bei dem dritten Patienten sei die Behandlung gerade erst begonnen worden. »Wir müssen gewappnet sein«, sagt Kalil. »Es ist ein Rennen gegen die Zeit.«

Veronika Hackenbroch, Kerstin Kullmann

»Ich habe Angst vor den Menschen«

Epidemie Das Virus ist allgegenwärtig, an vielen Orten steht das öffentliche Leben still, die ersten Toten werden betrauert. Auch die Deutschen müssen sich an den Ausnahmezustand gewöhnen. Reise durch ein verunsichertes Land.

Wovor haben die Menschen Angst?

Dienstag 14.31 Uhr, im Zimmer 106 klingelt das Telefon der Corona-Hotline Leipzig: »Gesundheitsamt, die Frau Helbig, schönen guten Tag ... Sie haben Ihren Vater in Erfurt besucht? Okay, der Vater hatte Kontakt mit seiner Sekretärin? Also Sie selber hatten keinen Kontakt mit der Sekretärin?«

Normalerweise überprüft Utta Helbig, 51, hygienische Zustände in Krankenhäusern, seit Leipzig am 6. März eine eigene Corona-Hotline eingerichtet hat, nimmt sie Anrufe der Bevölkerung entgegen. »Seitdem sind wir hier alle ein bisschen zu Seelsorgern geworden«, sagt sie.

Es rufen Menschen an, die Utta Helbig erzählen, sie hätten ein DHL-Päckchen angenommen und mit dem Finger unterschrieben, auf so einem Display, sie soll ihnen sagen, ob das nicht gefährlich sei. Sie rufen sie aus Bad Muskau an, von der deutsch-polnischen Grenze, kein Verdacht auf Corona, aber sie wollen wissen: Könnte Corona nicht demnächst auch nach Bad Muskau kommen? Eine Opernsängerin sagt ihr, sie sei in Mailand aufgetreten. Ein anderer will nach Nepal, er brauche für die Einreise ein Attest, dass er nicht infiziert sei.

Zehn Mitarbeiterinnen bearbeiten täglich bis zu tausend Anrufe, zwischen 7 und 19 Uhr, in Dreistundenschichten. »Länger hält man das nicht durch«, sagt Utta Helbig. Auf ihrem Tisch stehen frische Tulpen, eine Schachtel Pralinen, eine Geste der Abteilungsleiterin.

Als die Hotline eingerichtet wurde, gab es noch keine Corona-Fälle in Leipzig. Damals riefen Literaturfans an, um sich darüber zu beschweren, dass die Buchmesse abgesagt wurde. An diesem Tag rufen Fußballfans an und beschwerten sich bei Helbig darüber, dass das Champions-League-Spiel Leipzig gegen Tottenham nicht abgesagt wird. Sie wollen nicht mehr ins Stadion, sie wollen ihr Geld zurück.

Um die Situation mit der infizierten Sekretärin zu klären, führt Utta Helbig an diesem Nachmittag sechs Gespräche. Sie spricht mit der Firma des Sohnes in Leipzig, mit dem Gesundheitsamt in Erfurt, mit der Firma des Vaters, mit der Kollegin aus Zimmer 103, die bereits einen Anruf der Firma entgegengenommen hat.

Utta Helbig findet heraus, dass es keine infizierte Sekretärin gibt. Es gibt eine an Corona erkrankte Leiharbeiterin, zu der hatte der Vater aber keinen Kontakt. Beim Vater in Erfurt wird ein Abstrich genommen, dem Sohn in Leipzig sagt Utta Helbig: »Sie sind erst mal nur der Kontakt vom Kontakt. Wenn Sie keine Symptome haben, können Sie ruhig arbeiten gehen.«

Am vergangenen Mittwoch wird das Hotline-Team mit 13 Medizinstudenten aufgestockt. Sie bekommen 15 Euro die Stunde.

Fällt jetzt das Abitur aus?

Lehrer, 36, aus Berlin

»Die Schüler fragen mich: »Wie tödlich ist das? Werden wir alle infiziert? Werden wir unser Abi machen können?« Da geht gerade für jede Klasse mindestens eine Schulstunde drauf. Es geht sehr viel durcheinander, die Schüler kriegen ihre Gerüchte durch die sozialen Medien. Im Moment arbeiten wir noch auf das Abitur hin, aber wir sind im Blindflug. Wenn die Schulschließung kommt, werden wir Fernunterricht machen. Normalerweise dauert es ein Jahr, um so ein System vernünftig einzurichten. Wir haben jetzt vielleicht nur ein paar Tage. Prüfungen werden wir darüber nicht abnehmen können, obwohl es auch dazu Möglichkeiten bei Fernunis gibt. Die überprüfen dann über die Webcam, dass nicht geschummelt wird.

Ich bin Mathelehrer, ich habe mit meinen Schülern Exponentialfunktionen am Beispiel des Virus durchgenommen. Da war das Erstaunen groß, wie schnell man bei ein paar Hunderttausend Infizierten ist.«

Darf man an Corona verdienen?

Torsten Roth, 44, Konditor aus Erfurt

SPIEGEL: Herr Roth, wie sind Sie darauf gekommen, eine Praline in Form des Coronavirus in Ihrer Konditorei anzubieten?

Roth: Anfang März habe ich am Konditorentag in Erfurt teilgenommen, und dort war die Stimmung wegen der Infektionswelle schon recht gedrückt. Ich dachte mir, wir dürfen jetzt nicht hysterisch werden oder depressiv.

SPIEGEL: Woraus besteht die Praline?

Roth: Das ist eine Hohlkugel mit Sahne-Nougat-Kern. Die Kugel ist umhüllt mit Marzipan, das dann gearbrusht wird mit Lebensmittelfarbe. So etwas Ähnliches machen wir auch zu Halloween, in Form eines Kürbis oder eines Schädels, bei dem man das Gehirn sieht.

SPIEGEL: Wie sind die Reaktionen auf die Corona-Praline?

Roth: Natürlich gibt es Leute, die das respektlos finden. Andere finden das gut und lustig, erst vor Kurzem haben die Mitarbeiter eines Krankenhauses 25 Stück gekauft.

SPIEGEL: Was kostet eine Praline denn?

Roth: Drei Euro pro Stück.

SPIEGEL: Wie viele haben sie bislang verkauft?

Roth: Etwa 500 Stück. Wer weiß, was noch kommt. Ich muss meine Mitarbeiter ja auch irgendwie bezahlen.

Wie lebt es sich in Quarantäne?

Christine Casser, 53, Erzieherin aus Berlin

»Ich habe mein Haus seit neun Tagen nicht verlassen. Ich habe Frühjahrsputz gemacht, Fenster, Küche, Bäder, alles rein. Ich habe gepuzzelt und ganze Fotoalben digitalisiert. Mein Mann und



Prepper Husker: »Meine Zähne kann ich mir selbst ziehen, das habe ich auch schon ausprobiert«

ich kochen jeden Abend und ich schlafe aus.

Es begann, als wir mit Freunden im Skiurlaub am Karersee in Südtirol waren. Auf den Pisten war es wie ausgestorben. Südtirol galt zwar offiziell noch nicht als betroffen, aber in den Nachrichten hieß es, das Virus komme jeden Tag näher. Anfangs machten wir Witze, dann wurde es Ernst. Eines Abends saßen wir mit den Freunden im Hotel beim Wein und gestanden uns gegenseitig, ein Kribbeln in der Nase zu spüren. Da lachte keiner mehr.

Ich bekam leichten Schnupfen, aber kein Fieber. Wir haben den Urlaub abgebrochen und sind nach Hause gefahren. Wenige Stunden später erklärten die Behörden die Region zum Risikogebiet.



Erzieherin Casser

DOMINIK BUTZMANN / DER SPIEGEL

Ich bin Erzieherin in einer Kindertagesstätte, deshalb rief ich bei der Corona-Hotline vom Gesundheitsministerium an. Nach 15 Versuchen wurde ich durchgestellt, und ein netter Herr erklärte mir, dass er mir nicht weiterhelfen könne, wenn ich keine Symptome wie Fieber hätte. Dann rief ich beim Gesundheitsamt an, aber die konnten auch nichts tun. Erst der Ärztliche Bereitschaftsdienst half: Man könne nicht jeden testen, aber sobald ich Fieber bekommen würde, käme ein Team in voller Epidemiemontur vorbei.

Sie sagten mir am Telefon, mein Arbeitgeber solle mich freistellen, und ich soll 14 Tage zu Hause bleiben. Das gelte auch für meinen Mann. Wir halten uns daran.

Seitdem sitzen wir hier.

Freunde haben uns einen Korb auf die Terrasse gestellt, DVDs, ein Puzzle, Süßigkeiten und Erdbeeren. Bald sind im Kühlschrank die Lebensmittel alle, dann muss jemand für uns einkaufen gehen.«

Wer hilft den Ärzten?

Sibylle Katzenstein, 53,
Hausärztin aus Berlin

Berlin-Neukölln, vorbei an Restpostenläden, türkischen Schneidereien: eine Arztpraxis. Am Eingang orange-weiße Warnschilder, »bei akutem Infekt« solle man anrufen oder eine Mail schreiben. Bei Corona-Verdacht nicht reinkommen, heißt es.

Die Schilder hat Sibylle Katzenstein aufgehängt, Allgemeinmedizinerin, ihr gehört die Praxis. Sie schickt Corona-Testkits für Rachenabstriche zu ihren Patienten nach Hause. Sie beinhalten ein langes Wattestäbchen in einem Plastikröhrchen, drei Säckchen zum Einpacken.

An diesem Mittag trägt sie einen blauen Stationskittel, zur Begrüßung reicht sie den Ellenbogen.

SPIEGEL: Frau Katzenstein, wie viele Patienten haben Sie schon getestet?

Katzenstein: Ich habe die Kits seit Kurzem, bei 20 vorliegenden Ergebnissen sind alle negativ.

SPIEGEL: Ein gutes Zeichen, oder?

Katzenstein: Das hat nichts zu sagen, es wird zu mehr Infektionen kommen. Heute hatte ich einen Anruf von einer Praxis hier in der Stadt, da hat eine Ärztin sich selbst getestet, positiv. Die personellen Ressourcen werden knapp werden, besonders wenn keine Schutzausrüstung zur Verfügung steht.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich als Ärztin ausreichend informiert?

Katzenstein: Ich bekomme alle paar Tage Mails von der Kassenärztlichen Vereinigung. Am Anfang hieß es, die Tests seien Privatleistungen, dann wurde das wieder aufgehoben. Die Bürokratie eines Corona-Tests übersteigt den Aufwand des Testverfahrens. Wir sind jetzt schon überlastet.

SPIEGEL: Wessen Schuld ist das?

Katzenstein: Ich gebe keinem die Schuld. Wir stehen am Anfang einer Pandemie, wer ist da schon informiert? Mich stört, dass wir immer noch darüber reden, ob wir die Fußballstadien schließen oder ob wir genug Atemmasken haben. Wir müssen Material



Medizinerin Katzenstein

DOMINIK BUTZMANN / DER SPIEGEL

sparen, für die Pflege der Betroffenen. Wir brauchen einen klaren Plan.

SPIEGEL: Haben Sie einen?

Katzenstein: Werbespots wären gut, fürs Fernsehen. Wenn Sie hohes Fieber haben, schnellen Puls und schnelle Atmung, rufen Sie jetzt diese Nummer an. Telefon- und Videosprechstunden sind ein probates Mittel, um ärztliches Personal vor Infektionen zu schützen. Und Corona-Selbsttests. Jeder kann sich selbst testen, das ist einfach.

SPIEGEL: Wie schützen Sie sich selbst?

Katzenstein: Die Patienten sitzen in der Sprechstunde weit weg von mir, wir haben weniger als 15 Minuten Kontaktzeit.

SPIEGEL: Haben Sie Angst?

Katzenstein: Ich bin alarmiert. Ich möchte die Entscheidungen nicht treffen, die vielleicht bald anstehen: Wer kriegt den Beatmungsplatz? Wer kriegt das Bett auf der Intensivstation?

Wer geht noch ins Bordell in Zeiten von Corona?

Bordellbetreiber, 60,
aus Nordrhein-Westfalen

»Im Moment ist die Lage bei uns noch recht normal. Am Wochenende hatten wir einen Junggesellenabend. In den ersten Wochen nach dem Karneval ist das Geschäft sowieso immer ruhiger. Ich glaube, dass der Karneval mit seiner ganzen Küsserei viel gefährlicher ist als ein Besuch bei uns. Küssen ist in unserer Branche ja keine Standardleistung und wird auch selten verlangt. Außergewöhnliche Sicherheitsvorkehrungen können wir allerdings nur schwer treffen. Ein Meter Abstand voneinander ist in unserem Gewerbe nicht möglich, da muss man schon näher ran. Wir sind jetzt gerade dabei, Hinweisschilder aufzustellen, die an die persönliche Hygiene erinnern. In jedem Zimmer gibt es eine Nasszelle, die soll von den Kunden auch benutzt werden, bevor es zum Körperkontakt kommt. Mehr ist nicht möglich, das sagt auch das Gesundheitsamt. Die Namen und Adressen unserer Kunden aufzunehmen, wie das in Flughäfen geschieht, verbietet sich bei uns von selbst. Da könnten wir den Laden gleich zumachen.

Hilft es, wenn man glaubt?

Die Kirchentür lässt sich öffnen, still liegt die spätgotische Kirche da, 41 mal 16 Meter, man kann sich verteilen und mit Abstand zueinander beten, wenn man will. Die Gemeinde St. Nikolaus in Gan-

gelt hält das Pfarrbüro geschlossen, aber Daniel Wenzel, 46, der katholische Pfarrer, erzählt am Telefon darüber, wie Seelsorge derzeit möglich ist. Am Aschermittwoch, sagt er, einen Tag nachdem der erste Corona-Fall in Gangelnt bekannt geworden war, sei der Gottesdienst gut besucht gewesen. Danach wurde es weniger.

Hilft der Glaube, hilft das Beten gegen Corona?

»Spannende Frage«, sagt er. Und: »Ich denke, er hilft den Menschen beim Einsortieren. Hilft dabei, nicht kirre zu werden.« Es gibt einen Spruch, den Wenzel mag: Man müsse handeln, als ob das Beten nicht hülfe. Und beten, als ob das Handeln belanglos wäre.

Muss man sich schützen? »Natürlich. Nur weil wir an ihn glauben, setzt der Herrgott die Infektionskette nicht außer Kraft.«

Auf der Homepage der Weggemeinschaft Gangelnt, zu der St. Nikolaus gehört, hat Wenzel erklärt, wie er sich das kirchliche Leben in Zeiten von Corona vorstellt. Die Weihwasserbecken bleiben leer. Der Friedensgruß wird nur mündlich gesprochen. Die Kommunion wird nicht gespendet, »die damit verbundene Ansteckungsgefahr erscheint uns hierbei zu groß.

Es wird gebeten, mehr Abstand als üblich zu halten, und dann kommt noch die Bitte: »Versuchen Sie, die Türen mit dem Ellenbogen zu öffnen.«

Macht Corona kriminell?

Julia Hefty, 45, Geschäftsführerin der Hochtaunus-Kliniken in Bad Homburg

»Bei uns werden, wie in anderen Kliniken auch, Desinfektionsmittel gestohlen, aus öffentlich zugänglichen Räumen. Problematischer ist für uns aber, dass wir Schwierigkeiten haben, andere Verbrauchsmaterialien bei unseren üblichen Lieferanten zu bestellen. Große Nachbestellungen sind nicht mehr möglich. Normalerweise werden wir dreimal in der Woche beliefert, das ist jetzt nicht mehr der Fall.

Es gibt Gerüchte, dass manche Hersteller das Los entscheiden lassen, wenn es um die Frage geht, wer was bekommt. Seit Kurzem erhalten wir aber Angebote von Firmen, von denen wir noch nie et was gehört haben. Diese Unternehmen bieten uns Verbrauchsmaterial zu absurd überhöhten Preisen an. Wir sprechen vom 10-Fachen, auch vom 50-Fachen des normalen Preises. Das sind Krisengewinner, das kann man nicht anders sagen.«

Barkeeper Marr



JULIA ROTTER / DER SPIEGEL

Sollten wir noch ausgehen?

Aus den Boxen dröhnt Feine Sahne Fischfilet, auf dem Aufkleber an der Eingangstür steht »Fick die AfD«. Das Hey Luigi im Münchner Glockenbachviertel ist eine Neighbourhood-Bar, in der Punks, Schriftsteller und Ärzte miteinander trinken. Wer nicht reserviert, bekommt normalerweise keinen Tisch, aber was ist gerade normal? Am Dienstagabend bleibt ein Drittel der Tische leer.

Corona gab es bislang aus der Flasche, jetzt ist es auch hier in aller Munde. Noch macht man sich am Tresen vor allem darüber lustig.

Yannick Marr ist 35 Jahre alt und der Barchef im Hey Luigi. Er sagt, wer wie er seit Jahren in der Gastronomie arbeite, der wisse, dass man sich vor Tröpfcheninfektionen schützt, indem man hustende und niesende Gäste auf Abstand hält. Der Desinfektionsspender in der Küche sei auch nicht erst seit Corona da, das verlange das Münchner Kreisverwaltungsreferat schon lange. Zwei, drei Monate könne man den Gästerückgang durchhalten, dann werde es wirtschaftlich schwierig. Für die Stammgäste gibt es einen Kurzen. Er heißt »Apotheke«, 2 cl Fernet-Branca, 1 cl Menta.

Fällt das Schützenfest aus?

Uwe Moormann, 54, Präsident des Schützenvereins Lohne e. V. von 1608, aus Niedersachsen

»Wir hatten heute eine Entscheidung zu fällen: Die Generalversammlung des Schützenvereins wird abgesagt. Es wären

etwa 250 Schützen gekommen. Das können wir zurzeit nicht verantworten. Die Stadt sagt gerade alle Veranstaltungen ab, weit unter tausend Leuten, auch die Schulaufführung der Musical-AG. Natürlich planen wir jetzt schon für das Schützenfest im Juli. Das ist das wichtigste Ereignis des Jahres. Das Schützenfest findet immer statt, außer zu Kriegszeiten. Ich habe noch nie erlebt, dass es ausfällt. Das wollen wir gerade alle nicht hoffen. Wir müssen da an vieles denken, an die Königsproklamation, die Festredner, die Ehrengäste. Unsere Stadtkapelle muss üben, die ist hervorragend. Das ist ein großer Aufwand. Aber bei der Feier anschließend, beim Königsball mit Tanz und Band, da bleibt es sicherlich nicht aus, dass man sich auch mal berührt. Noch gehen wir davon aus, dass sich die Lage beruhigt. Heute Abend beraten wir erst mal darüber, ob wir den Schießbetrieb im Verein nun vorübergehend einstellen, obwohl jeder seinen eigenen Waffenschrank hat. Wir haben zwei Fälle von Corona im Landkreis, die sind 25 Kilometer entfernt. Aber das ist ja keine Entfernung mehr für ein Virus.«

Fürchten sich die Alten?

Vorn am Eingang steht der Desinfektionsspender, wie immer. Neu ist die rote Kordel daneben. Sie soll den Eingang kleiner machen und jeden, ob Besucher oder Bewohner des Seniorenzentrums, direkt auffordern, die Hände zu reinigen. Auch neu seit dieser Woche sind die Schilder an den Fahrstühlen in allen vier Etagen des Hauses: »Wir verzichten aufs Händeschütteln, wir schenken Ihnen ein Lächeln.«

Unten im Foyer empfängt Wolfgang Janzen, seit 29 Jahren Leiter von St. Markus der Martha Stiftung im Hamburger Stadtteil Hoheluft-West. »Wir haben hier schon so manches durch, öfter hatten wir das Norovirus«, sagt Janzen. Es beginne meist unten im Haus, wandere in die oberen Etagen und wieder zurück. Da würden die betroffenen Bewohner für eine Weile isoliert.

Am Ende vom Flur »Sonnenblumenweg« sitzt Alex Kienscherf zusammen mit seiner Frau Ursula im Wintergarten. Er trägt Wollweste, rotes Poloshirt, ist 80 Jahre alt und besucht seine Frau zweimal am Tag für drei Stunden. Seine Frau hat mal bei Karstadt gearbeitet als Verkäuferin, aber später hat sie Parkinson bekommen und Demenz. Die Diagnose kam erst vor vier Jahren, und dann ging alles schnell. Sie höre nichts mehr, vermutet Kienscherf, sie spricht nicht mehr, läuft nicht, sitzt nur noch da, und er sitzt bei ihr und war-



Ehepaar Kienscherf

PHILIPP SCHMIDT / DER SPIEGEL

tet. Sie kennen sich seit ihrer Kindheit, sind seit 55 Jahren verheiratet. Er hat seine Frau erst selbst gepflegt und dann, vor zwei Jahren, ins Heim gebracht.

Er selbst habe den Krebs schon ein paar mal hinter sich, der halbe Magen sei weg. Da habe er jetzt keine Angst vor Corona.

Die meisten der älteren Leute hier im Haus haben schon ganz andere Sachen erlebt, auch sie haben keine Angst vor einem Virus. Und wenn es sie dann doch trifft?

»Dann ist es so«, sagt Kienscherf, sanft, lächelnd, nicht verbittert, eher dankbar dafür, dass sie es bis hierher geschafft haben.

Wie verwaltet man Stillstand?

Vor einigen Wochen plagte Jasmin Zumwinkel, 25, ein Husten, zudem war sie heiser. Verdacht auf Keuchhusten, sagte der Arzt. Eine Woche lang blieb sie zu Hause. Sie ahnte zu diesem Zeitpunkt nicht, dass ihre Erkrankung für die Gemeinde Neustadt (Dosse) in Brandenburg zu einem Glücksfall werden würde.

Während Zumwinkel ihren Husten auskurierte, nahm eine ihrer Kolleginnen an einer Sitzung in der Prinz-Homburg-Schule in Neustadt teil. Auch eine Sportpsychologin aus Berlin war dabei. Eine Frau, die an Covid-19 erkrankt war. Doch das stellte sich erst Tage später heraus.

Der Landkreis griff schnell durch. Am vergangenen Sonntag erreichte den Amtsdirektor Dieter Fuchs eine mündliche Anordnung des Gesundheitsamts. Die drei Schulen des Ortes sollten geschlossen werden, ebenso die zwei Internate und

der Hort, gemäß Paragraf 28 des Infektionsschutzgesetzes. Fast 800 Schüler sollen bis zum 17. März zu Hause bleiben, bis zum Ende der Inkubationszeit. Und mit ihnen all die anderen Menschen, die im Haushalt leben. Eltern, Geschwister, Großeltern.

Fuchs beschloss, auch die Verwaltung vorübergehend zu schließen. Er fürchtete, seine Mitarbeiterin könnte sich bei dem Treffen angesteckt haben. Und das Virus inzwischen unter den Kollegen weiterverbreitet haben. Im Amt in Neustadt arbeiten 35 Mitarbeiter.

Eine Verwaltung wird für Menschen wichtig, wenn Wesentliches in ihrem Leben passiert. Geburt, Hochzeit, Tod. Hauskauf oder die Anmeldung eines neuen Wohnsitzes. Alles Anträge, die persönlich gestellt, Bescheinigungen, die persönlich abgeholt werden müssen. Dutzendfacher Kontakt, jeden Tag. All das ruhte in diesen Tagen in Neustadt. Nur eine durfte kommen: Jasmin Zumwinkel.

Als sie am vergangenen Montag zum Dienst kam, wurde sie von den Kollegen isoliert. Während Amtsdirektor Fuchs die Belegschaft über seinen Entschluss informierte, das Amt zu schließen, saß Zumwinkel allein in einem Konferenzraum.

Später hängte sie Zettel an die Türen, dass das Amt geschlossen sei. Dann druckte sie sich die Pressemitteilung des Landkreises aus und markierte sich die wichtigen Passagen. Um auf Fragen vorbereitet zu sein. Seitdem sitzt sie an ihrem Schreibtisch, Büro 5, der Blick auf den Edeka-Parkplatz. Alle 35 Telefone der Verwaltung wurden auf ihren Apparat umgeleitet, ebenso die Anschlüsse der Schulen, des Horts, der Bibliothek. Alle paar Minuten klingelt das Telefon.

»Amt Neustadt, Zumwinkel«, spricht Zumwinkel kräftig in den Hörer.

Dann antwortet sie: »Nein, eine Sperrzone haben wir hier nicht. Nur eine vorsorgliche häusliche Quarantäne.« Wieder Stille. »Nein, nicht für alle. Wer nicht davon betroffen ist, kann einkaufen. Genau. Nein, nicht so dramatisch, wie man es manchmal aus dem Fernsehen kennt«, sagt sie. Und dann: »Noch nicht.«

Zumwinkel sagt, die Menschen hätten meist praktische Fragen. Ob sie zu Hause bleiben sollten, wenn sie Kontakt mit Schulkindern hatten. Ob am Wochenende Geburtstag in den Gaststätten gefeiert werden dürfe. Ob der Ort von der Polizei abgeriegelt sei.

Drei Tage lang beantwortete Zumwinkel die Fragen der Menschen allein, bis die Tests ergaben, dass sich keiner ihrer Kollegen angesteckt hatte.

Jasmin Zumwinkel arbeitet seit vier Jahren in der Verwaltung. Ihr Fachbereich ist unter anderem die öffentliche Sicherheit. In ihrem Schrank hängt eine Jacke mit der Aufschrift »Ordnungsamt«. Sie sei diejenige, die im Ort Knöllchen verteile. Normalerweise.

Ist das Rassismus?

Der Bahnhofsvorplatz in Düsseldorf war an diesem Februartag voller Menschen. Aus dem Nichts schrie sie ein Mann an: »Verpiss dich! Geh in dein eigenes Land!«

Als die Frau fünf Wochen später davon erzählt, bittet sie, ihren Namen nicht zu veröffentlichen. Die 41-Jährige ist die Tochter von Chinesen, aufgewachsen in den Niederlanden, seit elf Jahren in Deutschland.



Asia-Supermarkt-Betreiberin

MAX BRUNNERT / DER SPIEGEL

Sie sitzt an einem Tisch in der kleinen Bäckerei, die zu ihrem Asia-Supermarkt gehört. Ein paar Meter weiter füllen ihre Kolleginnen die Regale mit Misopaste, getrockneten Pilzen und Algenchips. Die Gegend rund um die Immermannstraße ist als japanisches Viertel bekannt.

Corona sei damals gerade in Deutschland angekommen, sagt sie. Ein paar Tage später, vor einem Café: Als sie an drei rauchenden Männern vorbeiging, begann einer, kräftig zu husten. Ein anderes Mal, in der U-Bahn, stiegen ein paar Jugendliche aus. Als einer neben ihr stand, schützte er mit seinem Pullover die Nase und den Mund. Seitdem hat sie Fragen, auf die sie keine Antworten weiß: Bin ich gemeint? Reagiere ich über? Ist das Rassismus?

Sie sagt: »Vor dem Coronavirus habe ich keine Angst. Ich habe Angst vor den Menschen.«

Zerstört Corona meine Existenz?

Katharina Bäuml, 44, spielt Oboe und Schalmel im Ensemble Capella de la Torre

»Ich wäre heute von einem Konzert in Erlangen wieder gekommen. Es wurde abgesagt. Inzwischen hat mich die zehnte Absage wegen Corona erreicht. Ich bin ein optimistischer Mensch, aber jetzt zucke ich zusammen, wenn das Telefon klingelt. Meistens versprechen die Veranstalter, dass wir das Konzert nächstes Jahr nachholen. Aber auch 2020 müssen wir etwas essen. Niemand hat in den Verträgen geregelt, was bei einer Pandemie passiert. Aber selbst wenn ich einen Veranstalter zur Verantwortung ziehen könnte, würde ich das ungern tun. Wenn wir unser Netzwerk zerstören, haben wir überall verloren. Ich habe diesen Monat keine Einnahmen, meine Ausgaben laufen dennoch weiter. Was das Coronavirus für die freien Musiker bedeutet, merken nächstes Jahr die Steuerberater, wenn wir alle weg sind.«

Helfen Abstriche gegen die Angst?

Auf dem Gelände der Bayern-Kaserne im Münchner Norden sind zwei graue Zelte aufgebaut, mit ausreichender Durchfahrts-höhe. Im ersten geben die Autofahrer ihre Personalien an und unterschreiben eine Einwilligung, im zweiten bekommen sie von einem Sanitäter in Schutzkleidung ein Abstrichstäbchen in den Mund gesteckt. Jeweils durchs kurz geöffnete Autofenster, die Prozedur dauert fünf Minuten.

»Ich habe mir das in Südkorea abgeschaut«, sagt Patrick Schönfelder, 35, Notfallsanitäter und Leiter des operativen Einsatzbetriebs der Aicher Ambulanz neben seinen Zelten.

Ein Kollege habe ihm einen Link mit Informationen über das asiatische Vorbild geschickt. Um 23 Uhr sei ihm dann auf der Couch der Gedanke gekommen: »Das machen wir auch, wir können es ratzfatz umsetzen.« Schönfelder fand heraus, dass in Hessen und Baden-Württemberg Kollegen bereits ähnliche Drive-in-Stationen einge-



Sanitäter Schönfelder

richtet hatten. In München testet Schönfelders Arbeitgeber, ein großes Münchner Rettungsunternehmen, Verdachtsfälle nach Auftrag des Gesundheitsamts vorwiegend zu Hause. Doch der Auftritt in Schutzmontur verunsichert manche Menschen, vor allem Kinder. Wer im eigenen Auto sitzen bleiben kann, fühlt sich sicherer. »Der Klient muss seine Komfortzone nicht verlassen«, sagt Schönfelder.

Das Modell habe weitere Vorteile. Es brauche weniger Schutzkleidung, die Gefahr der Kontamination sei geringer als in einem Gebäude. Die Zelte seien schnell organisiert und wetterbeständig. Was bislang nicht geht: Auswertung der Proben vor Ort. Die Röhrchen kommen in die Labore, die die Ergebnisse dann an die Behörden melden. Für einen Drive-in-Test braucht es eine persönliche Terminzuweisung des Gesundheitsamts. Auf Verdacht und eigene Initiative vorzufahren ist nicht möglich. Schönfelder glaubt, dass das Modell Drive-in bald deutschlandweit verbreitet sein könnte. »Das funktioniert zum Beispiel auch auf dem abgesperrten Parkplatz eines großen Supermarkts oder auf einem Sportgelände.«

Wird jetzt geplündert?

Clayton Husker, 55, Prepper aus Schleswig-Holstein

»Seit 15 Jahren bereite ich mich auf so einen Fall vor. Ich nenne es ›Die Lage‹. Stromausfall, Sturm, Krankheitswellen, Atomunfall. Ich habe alles durchgespielt. Wer jetzt Hamsterkäufe macht, dem kann ich nur sagen: guter Gedanke, aber bisschen spät dran. Mein Keller ist voll. Ich lagere 250 Liter Trinkwasser, vier Tonnen Brauchwasser, zwei Tonnen Steinkohle, 30 Raummeter Holz, ein paar Tausend Liter Heizöl, dazu Lebensmittel mit etwa fünf Millionen Kalorien, Trockengemüse, Wurstkonserven. Ich empfehle Erdnussbutter, die hält ewig. Und Salz, das vergessen die meisten. Ich habe zehn Kilo. Und zehn Großpackungen Toilettenpapier. Es gibt ein paar Sachen, die dürfen nicht ausgehen. Klopapier und Kaffee gehören dazu, finde ich. Das Einlagern ist ein bisschen wie Briefmarkensammeln, man will immer mehr haben. Ich kann für meine Familie sorgen. Und das ist ein verdammt gutes Gefühl.

Sobald es ernst wird, kommen auf meinen Hof 20 Mann. Wir packen den Kessel aufs Feuer, dann gibt es Suppe für alle. Sechs Monate können wir mit meinen Vorräten überleben. Und wenn jemand kommt, der Hunger hat, dem gebe ich was, wenn er nett fragt. Wenn wir fliehen müssen, hab ich ein altes Feuerwehrauto, das kann ich zur Not auch mit Pflanzenöl betreiben. Ich glaube nicht an Plünderungen. Der Mob wird nicht kommen.

Ich glaube an das Gute. Im Internet wird eine Menge Mist geschrieben, die Leute, die an die Apokalypse glauben, die werden wahrscheinlich eher an einer Zahnwurzelentzündung sterben. Meine Zähne kann ich mir selbst ziehen, das hab ich auch schon ausprobiert.

Ich bin Sanitäter, ich bin beim Katastrophenschutz, ich habe einfach ein paar Sachen schon erlebt. Die Schneekatastrophe 1978/79, da sind wir nicht mehr aus dem Haus gekommen. Die Grippewelle vor zwei Jahren, da lag ich im Krankenhaus. Da haben sie Schwestern aus der Rente zurückgeholt, und die Menschen sind noch im Rettungswagen gestorben. So wird es wieder kommen. Aber in ein paar Jahren werden vielleicht manche sagen: Gut, dass wir Corona hatten. Jetzt sind unsere Keller auch voll. Wir haben vorgesorgt.«

Uwe Buse, Jan Friedmann, Barbara Hardinghaus, Armin Himmelrath, Felix Hutt, Timofey Neshitov, Christopher Piltz, Carolin Pirich, Max Polonyi, Yannick Ramsel, Jonathan Stock, Barbara Supp



Soldaten in Armeelazarett im US-Bundesstaat Kansas 1918: Die Patienten litten an hohem Fieber, Kopfschmerzen, Husten

»Die Seuche raste«

Historie Untätige Behörden, überfüllte Krankenhäuser: Die Spanische Grippe tötete vor hundert Jahren viele Millionen Menschen.

Die deutschen Soldaten, die sich im Juli 1918 mit der Seuche infizierten, schleppten sich durch den Schlamm der Schützengräben. Sie husteten, röchelten, fieberten. Nur wenige erhielten medizinische Hilfe, die Krankenlager an der Westfront waren überfüllt. »Es hieß, es gebe keine Leichtkranken und Leichtverwundeten mehr, nur noch Schwerverwundete und Tote«, schrieb ein Soldat in sein Tagebuch.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die verheerende Grippe die Welt schon umrundet. Wenige Monate zuvor war das neuartige Virus erstmals in den Vereinigten Staaten aufgefallen. Anfang 1918 hatte ein Arzt in Kansas einen aggressiven Erreger bei seinen Patienten diagnostiziert. Sie litten an auffällig hohem Fieber, Kopfschmerzen und quälendem Husten. In Fort Riley,

einem Stützpunkt der US-Armee, erkrankten im März 1918 in wenigen Tagen mehr als 500 Männer.

Die US-Armee entsandte nach der Mobilisierung jede Woche Zehntausende Soldaten nach Europa, damit landete das Virus an der Westküste Frankreichs. Rasend schnell eroberte die Seuche die Frontabschnitte. Infizierte Heimaturlauber, Verletzte und Kriegsgefangene trugen die Krankheit dann in alle Ecken des Konti-

► Frage

Was hat uns die Spanische Grippe gelehrt?

nents. Später gelangte sie nach Nordafrika, Indien, China und Australien. Am Ende raffte sie etwa 50 Millionen Menschen dahin und verursachte damit mehr Todesopfer als der Erste Weltkrieg.

Geschichte wiederholt sich nicht, die Umstände heute sind andere als vor hundert Jahren. Dennoch kann ein Blick auf die Spanische Grippe lehrreich sein: wie sie sich verbreitet hat – und wie sich das hätte verhindern lassen.

Die Pandemie wurde Spanische Grippe genannt, weil die Iberische Halbinsel als Ursprungsort der Seuche galt. In Wahrheit waren es einfach nur die Zeitungen des neutralen Spanien gewesen, die erstmals umfassend über die Krankheit informiert hatten. Eine relativ liberale Zensur machte dies möglich.

Im Deutschen Kaiserreich unterdrückten die Behörden die Berichterstattung, weil sie um die Kriegsmoral fürchteten. Die Stimmung in der Bevölkerung war ohnehin angespannt. Es mangelte an Brot und Kartoffeln. Viele Menschen waren ausgemergelt – und damit anfällig für Keime. Innerhalb weniger Monate erkrankten Hunderttausende am neuartigen Virus.

Die Betroffenen bekamen bis zu 41 Grad Fieber, Schüttelfrost und Gelenkschmerzen. Viele konnten sich kaum noch auf den Beinen halten, fielen in einen koma-tösen Schlaf. Auf die Masseninfektion folgte Chaos. Überall in Deutschland standen Fabrikbänder still. Es gab nicht mehr genug Feldarbeiter, um die Ernte einzubringen. Zwischen den Großstädten des Reichs fuhren zeitweise keine Züge mehr. Allein in Hessen meldeten sich 45 000 Eisenbahner krank.

Die Epidemie forderte immer mehr Todesopfer, im Deutschen Reich wurden insgesamt 426 000 gezählt. Vermutlich waren es mehr, die Dunkelziffer dürfte hoch sein.

Auf einem Treffen des Ärztlichen Vereins in München berichtete ein leitender Mediziner im Juli 1918, die Sterblichkeit unter den Grippekranken im Krankenhaus Schwabing sei »erschreckend groß«. Innerhalb von zehn Tagen hätten 24 von 77 Patienten den Tod gefunden. Erstaunlicherweise treffe »das traurige Schicksal zu meist jüngere kräftige Individuen«.

Tatsächlich starben auffällig viele 20- bis 40-Jährige an der »Lungenpest«, wie die Krankheit im Volksmund genannt wurde. In Breslau waren 70 Prozent der Toten jünger als 30 Jahre. Ein amerikanisch-japanisches Forscherteam kam 2007 zu dem Ergebnis, das Killervirus sei so aufgebaut gewesen, dass gerade ein starkes Immunsystem bei dem Versuch, die Viren zu neutralisieren, besonders überreagierte – und sich die Abwehrkräfte des Körpers schließlich gegen die eigenen Zellen richteten.

1918 gingen die Ärzte davon aus, die Jüngeren seien gegen die bösartige Grippe nicht immun, weil sie die vorangegangene Pandemie von 1889/90 nicht miterlebt hatten. Die deutsche Ärzteschaft war ratlos, wie sie die Spanische Grippe bekämpfen sollte, ohne deren Ursache zu kennen.

Führende Mediziner nahmen an, die Krankheit werde von dem Bakterium *Haemophilus influenzae* ausgelöst, das 1892 entdeckt worden war. Sie blieben bei ihrer These, auch als längst klar war, dass dieses Bakterium bei den Kranken nur selten diagnostiziert wurde. Der wahre Erreger, das Grippevirus, wurde 1933 entdeckt.

2005 konnte ein Forscherteam das Virus der Spanischen Grippe mit dem Subtyp A/H1N1 rekonstruieren. Wissenschaftler vermuten, dass das Virus im Mittleren Westen der USA von Schweinen auf den Menschen übergegangen war. Eine andere Variante des Subtyps löste 2009 die Schweinegrippe aus.

Was also lässt sich aus dieser Katastrophe heute lernen? Noch im Oktober 1918, als schon Tausende Menschen in Deutschland gestorben waren, handelte der kaiserliche Reichsgesundheitsrat in Berlin ignorant, behäbig, grob fahrlässig. Das

Gremium votierte gegen Quarantänemaßnahmen, Schulschließungen und ein allgemeines Verbot von Versammlungen. Es fürchtete wirtschaftliche Nachteile und wollte die Bevölkerung nicht beunruhigen.

Die Verantwortlichen rieten den Bürgern lediglich, mit einer Salzlösung zu gurgeln, Menschenmengen zu meiden und beim Verdacht einer Infektion zum Arzt zu gehen. Dabei wussten die Mitglieder des Reichsgesundheitsrats um die Zustände in den Krankenhäusern in Deutschland, die dem Ansturm der Kranken nicht gewachsen waren. Die Isolation einzelner Patienten war nur selten möglich. In Berlin und anderen Städten wurden Patienten abgewiesen.

Die Grippe erfasste auch das Pflegepersonal der Krankenhäuser. In einer Klinik in Nürnberg starben innerhalb weniger Wochen von 94 Pflegebediensteten fünf Krankenschwestern und eine Pflegeschülerin, dazu fünf weitere Angestellte. Bei zahlreichen Betroffenen war Lungenversagen die Todesursache.

»Anders als heute gab es damals keine Intensivmedizin, also beispielsweise auch keine Beatmungsgeräte«, sagt der Medizinhistoriker und Arzt Volker Roelcke von der Universität Gießen. Schon allein wegen der verbesserten medizinischen Infrastruktur sei es schwierig, die Pandemie 1918 mit der jetzigen Coronakrise zu vergleichen. »Die Mortalitätsrate lag damals weit im zweistelligen Prozentbereich, bei Corona, soweit wir das heute wissen, liegt sie bei circa drei Prozent.«

Die Sterberate der Spanischen Grippe sei auch deshalb so hoch gewesen, weil der Krankheitserreger H1N1 den Körper viel stärker angegriffen habe, als dies beim Coronavirus der Fall sei, so Roelcke. Außerdem litten Anfang des 20. Jahrhunderts viele Deutsche unter weiteren Krankheiten wie Tuberkulose. Antibiotika, die gegen bakterielle Lungenentzündungen geholfen hätten, gab es noch nicht.

Roelcke sieht aber auch Parallelen zwischen der Spanischen Grippe und dem Coronavirus. In beiden Fällen handle es sich um eine stark ansteckende Krankheit. »Die Ausbreitung verläuft außerdem ähnlich schnell und global.« Und es fehle, damals wie heute, an einem wirksamen Gegenmittel: »Im Moment ist unsere Gewissheit, dass es ein Virus ist. Wir haben aber noch keine kausale Therapie dagegen.« Es gebe weder Medikamente noch einen Impfstoff.

Im Herbst 1918 erreichte die Grippepandemie in Deutschland ihren Höhepunkt. In den Krankenhäusern von Frankfurt am Main starben pro Tag 20 Grippepatienten. In Berlin fielen der Spanischen Grippe insgesamt mindestens 40 000 Menschen zum Opfer. Der Schriftsteller Alfred Döblin notierte: »Die Seuche raste durch die Stadt.

Die Krankenwagen der städtischen Sanitätskompanie sausten hin und her zwischen der Stadt und dem Lazarett.«

Die deutschen Zeitungen berichteten nun erstmals ausführlicher über die Spanische Grippe. Sie kritisierten die Behörden und spekulierten über mögliche Zusammenhänge zwischen Versorgungsengpässen und dem Ausmaß der Epidemie.

An den Fronten füllten nun immer mehr grippekranke Soldaten die Lazarette. Laut einem Militärarzt starb mancherorts jeder fünfte von ihnen. Ein Sanitäter des Roten Kreuzes berichtete in einem Feldpostbrief aus einem Kriegslazarett in Frankreich, die Fieberkranken hätten starken Durchfall und sprängen im Wahn nachts dauernd aus dem Bett. Die deutsche Armee zählte 1918 bis zu 24 000 Grippeopfer.

Nach Kriegsende im November 1918 wütete die Pandemie noch zwei weitere Jahre. Am Ende stand eine doppelte Niederlage: Der Krieg war verloren, der Kampf gegen die Seuche ebenfalls. »Die Spanische Grippe hat uns gelehrt, dass für eine Eindämmung der Epidemie möglichst große Transparenz nötig ist«, sagt Roelcke. »Geheimhaltung ist ein Problem.«

Felix Bohr

Fallzahlen im Vergleich

Spanische Grippe 1918 bis 1920



DER SPIEGEL

zum Vergleich

Covid-19

8. Dez. 2019 bis heute**

• 4718 Tote • 127863 Infizierte

*Schätzungen reichen von etwa 20 Mio. bis 100 Mio. Toten.
**Stand: 12. März, weltweit bestätigte Fälle.
Quellen: Johns Hopkins University;
Bull. Hist. Med.; Am. J. Epidemiology

»Wir werden verhindern, dass wirtschaftlich gesunde Unternehmen nur wegen Corona in die Insolvenz geraten«

SPIEGEL-Gespräch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, 61 (CDU), schließt vorübergehende Verstaatlichungen von Firmen nicht aus, um zu verhindern, dass Deutschland in eine Rezession rutscht. An der Schuldenbremse will er indes festhalten.

SPIEGEL: Herr Minister, ein Mann in Ihrem Alter zählt zur Risikogruppe für eine Corona-Infektion. Wie schützen Sie sich?

Altmaier: Ich halte mich an die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts. Wobei es mir zunächst etwas schwergefallen ist, auf den üblichen Händedruck zur Begrüßung zu verzichten. Jetzt halte ich es wie die Kanzlerin, die gesagt hat: »Ein freundliches Lächeln ist auch nicht schlecht.«

SPIEGEL: Wie stark schränken Sie sich ein, auf was verzichten Sie?

Altmaier: Ziel ist es ja, die Verbreitung des Virus zu verlangsamen. Deshalb haben wir Termine und Reisen, wie meine Reise nach Schweden Anfang nächster Woche, verschoben oder abgesagt. Wir haben außerdem überprüft, ob meine Auftritte bei Veranstaltungen im Einklang mit unseren Grundsätzen stehen. Gestern war ich in München auf einem Treffen von Wirtschaftsforschern. Am Abend war ich eigentlich zum Nockherberg zum Starkbieranstich eingeladen. Darauf hatte ich mich sehr gefreut. Aber diese Veranstaltung ist natürlich zu Recht abgesagt worden.

SPIEGEL: Haben Sie sich testen lassen?

Altmaier: Das war bislang nicht nötig. Ich war nicht in Risikogebieten, mir geht es ausgesprochen gut, und ich hatte, meines Wissens, keinen Kontakt mit einem Infizierten. Und natürlich gelten für Mitglieder der Bundesregierung die gleichen Vorgaben und Vorkehrungen wie für alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch. Angesichts der Zunahme der Zahl der Infizierten ist nie auszuschließen, dass man Menschen begegnet, die das Virus in sich tragen, aber noch keine Symptome zeigen.

SPIEGEL: Politik findet gerade ohne Öffentlichkeit statt. Geht das auf Dauer gut?

Altmaier: Die derzeitigen Vorsichtsmaßnahmen werden ja nicht auf unbegrenzte Zeit erforderlich sein. Aber derzeit kann es richtig sein, große Partys oder Familienfeiern zu verschieben. Jeder trägt hier Verantwortung nicht nur für sich, sondern auch für die Gesellschaft, vor allem für ältere Menschen. Zum Glück gibt es heute digitale Möglichkeiten wie Skype, Instagram oder WhatsApp, um sich auszutauschen. Denn das alles darf und wird nicht dazu führen, dass Bürger vereinsamen und sich alleingelassen fühlen.

SPIEGEL: Geht Regieren im Homeoffice?

Altmaier: Derzeit haben wir noch kein infiziertes Regierungsmitglied. Aber wenn es einen solchen Fall gäbe, dann würden auch alle, die mit dieser Person Kontakt hatten, in Quarantäne gehen. Auch hier werden digitale Lösungen helfen. Die Bundesregierung bleibt jederzeit handlungsfähig, davon bin ich überzeugt.

SPIEGEL: Dank unserer föderalen Struktur erleben wir Entscheidungen und Einschätzungen je nach Land, je nach Kommune. Brauchen wir für Krisenzeiten nicht zentrale und klare Beschlüsse?

Altmaier: Wir müssen die Bund-Länder-Strukturen intensivieren. Nicht nur die Minister müssen eng miteinander zusam-

► Frage

Wen kann der Staat vor der Pleite retten und wen nicht, Herr Altmaier?

menarbeiten, sondern auch Beamte und Amtschefs. Die Länder müssen ihre Kommunen intensiv einbeziehen, da sie oft der erste Ansprechpartner für die Menschen sind. Wir brauchen aber vor allem viel mehr Austausch auf europäischer Ebene. Wir erleben, dass die Maßnahmen noch nicht ausreichend koordiniert werden. Hier bin ich im Gespräch mit EU-Kommissaren und Ministerkollegen in Nachbarländern.

SPIEGEL: Braucht es nicht auch ein Machtwort von oben? Berlin hat lange gezögert, ein Fußballspiel ohne Zuschauer stattfinden zu lassen.

Altmaier: In Berlin hat sich doch gezeigt, dass ein höflicher Umgang miteinander und eine klare Ansprache sich nicht ausschließen. Das Spiel findet jetzt ohne Zuschauer statt. Ich halte mehr von vernünftigem Miteinanderreden als von sogenannten Machtworten.

SPIEGEL: Wie schnell wird sich das Virus verbreiten?

Altmaier: 5000 neue Infizierte in Europa allein von Mittwoch auf Donnerstag, Italien schließt alle Geschäfte, die Dänen und die USA schließen ihre Grenzen. Ich bin ein Mensch, der nicht zu Alarmismus neigt, aber nach meiner Einschätzung sind wir jetzt an dem Punkt, wo wir eine rasante Ausbreitung des Virus erleben werden.

SPIEGEL: In welcher Phase der Pandemie befinden wir uns?

Altmaier: Noch vor wenigen Wochen wollten wir versuchen, als Land nicht angesteckt zu werden. Danach war und ist die Strategie, wir verlangsamen die Zahl der Ansteckungen. Ich befürchte nun, dass in den nächsten Tagen zunehmend die Frage in den Mittelpunkt rückt, wie wir medizi-



DOMINIK BUTZMANN / DER SPIEGEL

Minister Altmaier: »Unternehmen werden auf Entlassungen zunächst verzichten können«

nische Versorgung wie zum Beispiel Intensivbetten oder Beatmungsgeräte für diejenigen sichern, die ihrer am dringendsten bedürfen. Unser Augenmerk muss voll auf der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung liegen – und selbstverständlich auch auf dem Schutz unserer Volkswirtschaft und der Arbeitsplätze.

SPIEGEL: Wie infiziert ist die deutsche Wirtschaft durch das Coronavirus?

Altmaier: Das Virus hat sich als weitaus infektiöser herausgestellt, als viele Experten zunächst angenommen hatten, und wir wissen noch nicht, wie lange die Ansteckungswelle anhält und wann ein wirksamer Impfstoff zur Verfügung steht.

Deshalb werden die wirtschaftlichen Folgen bedeutend sein. Wir erleben eine insgesamt nachlassende Weltwirtschaft und einen spürbaren Rückgang der Nachfrage von Produkten aus dem Ausland. Das trifft ein exportorientiertes Land wie Deutschland ganz besonders. Wir werden aber auch Produktionsausfälle bei uns haben, weil es Unternehmen an Vorprodukten mangelt oder die Krankenstände zu hoch sind. Das alles zeichnet sich erst in Umrissen ab. Aber wir müssen mit spürbaren negativen Auswirkungen auf die Konjunktur rechnen, die in einzelnen Branchen sogar sehr stark sein werden.

SPIEGEL: Ökonomen vergleichen die Coronakrise bereits mit den Folgen der Finanzkrise 2008. Haben sie recht?

Altmaier: In der Finanzkrise litt die Wirtschaft vor allem darunter, dass Börsenwerte zerstört wurden und Kredite wegbrachen, weil das internationale Bankensystem erschüttert war. Bei Corona sind die Auswirkungen viel näher an der realen Wirtschaft. Was die Instrumente angeht, um die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken, können wir aber unsere Erfahrungen aus der damaligen Finanzkrise nutzen.

SPIEGEL: Damals wurden Banken verstaatlicht. Werden in der Coronakrise nun Unternehmen verstaatlicht?

Altmaier: So weit sind wir noch nicht. Aber wir werden in jedem Augenblick der Krise entschlossen, schnell und angemessen handeln. Mein Dreistufenplan, den ich vorige Woche vorgelegt habe, ist inzwischen Basis unseres Regierungshandelns. Die Wirtschaftsexperten haben gestern die Frage von Verstaatlichungen von sich aus aufgeworfen, aber selbst keine Antwort gegeben. Das macht deutlich, wie schwierig diese Entscheidung ist. Wir haben in der Finanzkrise unter anderem die Commerzbank verstaatlicht, um zu vermeiden, dass einzelne Finanzhäuser die ganze Wirtschaft mit in den Abgrund ziehen.

SPIEGEL: Wen kann der Staat vor der Pleite retten? Und wen nicht? Es gäbe da zum Beispiel die Lufthansa.

Altmaier: Die Ausgangslage ist jetzt eine andere; wir werden verhindern, dass wirtschaftlich gesunde Unternehmen nur wegen Corona in die Insolvenz geraten. Dabei geht es um den Erhalt Hunderttausender Arbeitsplätze. Wir werden sehr genau hinschauen, welche Auswirkungen eine Pleite haben kann, und alles Erforderliche unternehmen. Ich sehe derzeit aber keine größere Zahl von Verstaatlichungen auf uns zukommen.

SPIEGEL: In Einzelfällen wollen Sie aber schon eingreifen?

Altmaier: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, weshalb wir hiermit sehr verantwortungsvoll umgehen. Aber ich habe in meiner Industriestrategie vom vergangenen Jahr bereits als letztes Mittel eine zeitlich befristete Beteiligung des Bundes an Unternehmen als Möglichkeit genannt, etwa wenn es um das Verhindern von Unternehmensübernahmen in hochsensiblen Bereichen in Deutschland geht. Auch in einer Krise wie der durch das Coronavirus können sich ähnliche Fragen im Hinblick auf die technologische und wirtschaftliche Souveränität stellen. Wenn man jedoch derart tief greifende Maßnahmen in Erwägung zieht, muss man damit sehr gewissenhaft umgehen und darf sie nicht zum Prinzip erklären.

SPIEGEL: Brauchen wir neben Bürgschaften für notleidende Unternehmen nicht

auch eine spürbare Entlastung der gesamten Wirtschaft, etwa durch die Senkung von Abgaben und Steuern?

Altmaier: Ja, ich plädiere seit Langem für eine Entlastung von Unternehmen, die gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten umso wichtiger wird. Aber alles zu seiner Zeit. Jetzt sollte kein Platz sein für kontroverse Diskussionen in der Regierung. Es geht jetzt um schnelle Hilfe bei Liquiditätsgpässen, vor allem bei betroffenen Mittelständlern. Denn wenn ein Medizinunternehmen gerade das Geschäft seines Lebens macht, ist es auf Steuersenkung und Betriebsmittelkredite weniger angewiesen als etwa eine Cateringfirma, die alle Aufträge verloren hat und ihre Angestellten nicht mehr bezahlen kann. Deshalb kümmern wir uns darum zu verhindern, dass Unternehmen pleitegehen. Wir müssen derzeit verhindern, in eine Rezession zu schlittern. Grundsätzlich ist aber immer richtig, Impulse zu setzen, um den wirtschaftlichen Aufschwung anzukurbeln.

SPIEGEL: Wie nah ist die Rezession?

Altmaier: Solange wir keine belastbaren Zahlen haben, können wir keine seriöse Vorhersage machen. Aber die Aussichten haben sich durchaus verüstert.

SPIEGEL: Ist es nicht utopisch, nicht von einer Rezession auszugehen?

Altmaier: Wir sind im Januar von einer Wachstumsprognose von 1,1 Prozent für das Jahr 2020 ausgegangen. Wir können heute schon sagen, dass wir diese Zahl nicht erreichen werden. Ich prüfe derzeit, ob wir unsere Frühjahrsprognose, die normalerweise Ende April veröffentlicht wird, vorziehen können, damit schnell für alle Transparenz herrscht.

SPIEGEL: Wie viele Firmen haben sich bei Ihnen gemeldet, die jetzt Geld brauchen?

Altmaier: Wir haben Ende Februar eine Hotline für Unternehmen in meinem Ministerium eingerichtet und zählen jeden Tag um die hundert Anrufe. Es gibt eine erhebliche Verunsicherung, daher sind die Unternehmen dankbar für Unterstützung und Information.

SPIEGEL: Wer ruft an?

Altmaier: Vor allem Inhaber kleiner und mittelständischer Unternehmen. Am meisten wird nach Liquiditätshilfen und Kurzarbeitergeld gefragt. Momentan sind die Programme ausreichend. Gleichzeitig werden wir aber sicherstellen, dass vom Volumen her genügend Geld zur Verfügung steht. Die Kurzarbeiterregelung haben wir wesentlich vereinfacht. Unternehmen werden auf Entlassungen im größeren Stile zunächst verzichten können.

SPIEGEL: Aus welchen Branchen stammen die Hilfe suchenden Unternehmen?

Altmaier: Vor allem aus Hotellerie, Gaststätten und Catering, auch Zulieferbetrie-

be für Messen und Ausstellungen sowie für die zivile Luftfahrt. Wir erleben aber ebenfalls, dass sich bei größeren Unternehmen derzeit die Auswirkungen besonders stark bemerkbar machen. Auch diesen stehen wir zur Seite.

SPIEGEL: Wird die Wirtschaft diese Krise überstehen? Schaffen wir das?

Altmaier: Wir haben schon viele Krisen überstanden, die Berlinblockade, Tschernobyl, 9/11, die Banken- und Börsenkrise 2008. Wir haben gelernt, entschlossen und zielgerichtet mit diesen Krisen umzugehen. Wir sind imstande, innerhalb weniger Tage Gesetze auf den Weg zu bringen. Die eigentliche Herausforderung ist die Psychologie. Sie bestimmt die Widerstandskraft einer Gesellschaft. Aber auch da sehe ich Deutschland gut gerüstet.



Altmaier (M.), SPIEGEL-Redakteure*

»Die Gesundheit steht über allem«

SPIEGEL: In der Finanzkrise hieß es: Die Einlagen sind sicher. Jetzt sagt die Kanzlerin: »Wir werden das Notwendige tun.« Brauchen wir nicht mehr Mut und Zuversicht?

Altmaier: Die Einlagen sind auch jetzt sicher. Damals hatten wir übers Wochenende ein Rettungspaket geschnürt, um zu verhindern, dass systemrelevante Banken in die Insolvenz gehen und andere mitziehen. So ist es uns schnell gelungen, das Bankensystem zu stabilisieren. Jetzt haben wir eine andere Herausforderung: Nicht systemisch relevante Einrichtungen sind betroffen, sondern ganz unterschiedliche Unternehmen. Die eine alles lösende Maßnahme gibt es nicht. Deshalb haben wir verschiedene zielgenaue Instrumente, die wirken und jederzeit angepasst werden können.

SPIEGEL: Das Coronavirus unterbricht Lieferketten, der Ruf nach mehr nationaler Produktion wird laut, etwa bei der Arz-

neimittelherstellung. Müssen wir die Globalisierung zurückzuschrauben?

Altmaier: Es ist keine gute Idee, die Globalisierung zurückzuschrauben, aber es ist die richtige Idee, einseitige Abhängigkeiten zu minimieren und in sensiblen Bereichen die nationale Souveränität wiederzugewinnen. Ich habe deshalb bereits entsprechende Initiativen bei der Halbleiterproduktion oder der Batteriezellenherstellung realisiert. Ich kann mir auch gut ein gemeinsames europäisches Projekt für die Arzneimittelproduktion vorstellen. Aber ich warne davor, Handelsbarrieren hochzuziehen. Es könnte ja mal sein, dass wir nur in Europa mit einem solchen Virus beschäftigt sind und dann auf die Einfuhren, etwa aus China, angewiesen sind.

SPIEGEL: Die vorzeitige komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags wäre doch ein guter symbolischer Akt. Aber in der Großen Koalition haben Sie sich wieder darüber zerstritten.

Altmaier: Der Soli wird für 90 Prozent der Bürger 2021 abgeschafft. Wenn man das vorziehen will, muss eine solide Finanzierung stehen. Deshalb war dies im letzten Koalitionsausschuss noch nicht entscheidungsreif.

SPIEGEL: Also zählt Parteitaktik mehr als Zeichensetzen?

Altmaier: Nein, im Gegenteil. Es geht – auch in der Krise – um verantwortungsvolles Handeln. Jede Entscheidung, die wir in Deutschland treffen, wird bei unseren europäischen Nachbarn sehr genau verfolgt. 2008 haben zum Beispiel Staaten zusätzliche Kredite aufgenommen, die es sich gar nicht leisten

konnten. Das hat direkt in die Staatsschuldenkrise 2010 geführt. Um eine neue Finanzkrise in Europa zu verhindern, dürfen wir nicht alle Prinzipien einer vernünftigen Haushaltsführung über Bord werfen, und das ist auch gar nicht nötig.

SPIEGEL: Wollen Sie ernsthaft noch an der schwarzen Null festhalten?

Altmaier: Der entscheidende Faktor unserer Stabilitätspolitik ist die Schuldenbremse, wie sie im Grundgesetz verankert ist. Solange wir uns daran halten, werden wir den Kurs der Solidität nicht verlassen. Eine Geisterdebatte über den Sinn und Unsinn von Schuldenbremsen lehne ich ab, solange wir ausreichende Mittel haben, um Unternehmen liquide zu halten.

SPIEGEL: Haben Sie Sorge, dass Italien innerhalb der EU ein »failed state« werden könnte und wir wie einst bei Griechenland über milliardenschwere Rettungsmaßnahmen streiten werden?

Altmaier: Italien ist in einer ausgesprochen schwierigen Situation wegen seiner Haushalts- und Finanzverfassung – und wegen der hohen Betroffenheit durch das

* Gerald Traufetter und Martin Knobbe im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin.

+ LACKENTWICKLER KLIMA- SCHÜTZER

Coronavirus. Dennoch habe ich ein hohes Vertrauen in seine Fähigkeiten, diese Herausforderung zu meistern. Dass wir uns in Europa gegenseitig unterstützen, ist eine Selbstverständlichkeit.

SPIEGEL: Könnte die Europäische Union am Virus zerbrechen?

Altmaier: Die Lage ist eine andere als die Euro- und Staatsschuldenkrise. Damals ging es um die Frage, ob wir hinter die erreichte Integration des Euroraumes zurückfallen, indem einzelne Länder gezwungen werden, den Euroraum zu verlassen. Das sehe ich im Augenblick nicht. Wir haben den Euro in den vergangenen fünf Jahren enorm stabilisiert. Die Mitgliedstaaten sind weniger anfällig als zu Zeiten der Krise 2008.

SPIEGEL: Die Europäische Zentralbank hat gerade zusätzliche Anleihenkäufe im Wert von 120 Milliarden Euro als Programm gegen die Coronakrise verkündet. Mit einer Senkung der Zinsen kann sie aber nicht mehr groß helfen, weil diese bereits auf praktisch null sind.

Altmaier: Die EZB hat in der Tat sehr wenig Spielraum. Deshalb rücken die klassischen Instrumente der Wirtschaftspolitik stärker in den Mittelpunkt.

SPIEGEL: Muss Deutschland nicht im Kampf gegen das Virus genauso rigoros handeln wie Italien?

Altmaier: Die Gesundheit steht über allem. Es muss darum gehen, die Ausbreitung zu verlangsamen. Das wird zum Teil nur mit drastischen Maßnahmen möglich sein. Im Augenblick ist die Zahl der Infizierten niedriger als in Italien, die Zahl der Todesopfer sowieso. Andererseits hat die Infektionswelle in Italien früher begonnen. Wir werden erst in einigen Tagen wissen, ob sie bei uns signifikant anders verläuft.

SPIEGEL: Wie gehen Sie persönlich damit um, so schwierige Abwägung zu treffen: Schutz der Wirtschaft gegen Tote durch das Virus?

Altmaier: Das Leben, sei es Einzelner oder der Gemeinschaft, darf niemals zur Disposition stehen. Wir haben ein europäisches Wirtschafts- und Sozialsystem entwickelt, das den Mensch in den Mittelpunkt stellt. Das unterscheidet uns von manch anderen Wirtschaftsräumen. Das ist schon bisher mein Kompass und wird es bleiben.

SPIEGEL: Vor knapp drei Wochen sollten Sie im Kabinett noch ausgetauscht werden gegen Friedrich Merz, zumindest wurde es so kolportiert. Jetzt stehen Sie im Zentrum der Krisenbewältigung. Totgesagte leben länger?

Altmaier: Ich bin seit 25 Jahren im Bundestag, seit acht Jahren Mitglied der Bundesregierung. Ich habe in diesen Jahren immer nur eines gemacht: meine Arbeit.

SPIEGEL: Herr Altmaier, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



ALTANA – global führend in reiner Spezialchemie. Für den Erfolg unserer Kunden denken wir in alle Richtungen. Zum Beispiel wenn es um die Entwicklung innovativer Isolierstoffe für die Elektroindustrie geht. Sie ermöglichen Produktentwicklern, immer kleinere und leistungsfähigere Geräte zu bauen. Damit können Sie nicht nur bei Ihren Kunden punkten, sondern auch Energie, Material und Kosten sparen.

Entdecken Sie dieses Plus für Ihr Geschäft:
www.altana.de/plus

DR. KLAUS LIENERT, FORSCHER IM GESCHÄFTSBEREICH ELANTAS

 **ALTANA**

Brüsseler Ohnmacht

Europa Das Coronavirus legt die Schwächen der EU offen: Die Kommission hat kaum Kompetenzen, die Mitgliedstaaten schützen vor allem sich selbst.

Das Coronavirus hat Ursula von der Leyen zur Italienerin gemacht. Sagt Ursula von der Leyen. Auf Italienisch. »Cara Italia, cari italiani«, beginnt die Kommissionschefin ihre Videobotschaft. »Liebes Italien, liebe Italiener!« Europa sei eine große Familie. »Und diese Familie, Ihre Familie, wird Sie nicht allein lassen. In diesem Moment sind wir in Europa alle Italiener.«

Das klang herzerreißend. Doch kaum hatte sie ihr Video am Mittwoch auf Twitter verbreitet, ergoss sich bitterer Spott über die Kommissionschefin und ihre Behörde. »Sie gehören nicht zu unserer Familie«, antwortete eine Nutzerin. »Geben Sie uns unser ganzes Geld und unsere ganze Souveränität zurück«, ein anderer.

Die Kluft zwischen von der Leyens Worten und der europäischen Wirklichkeit könnte größer kaum sein. Als die Regierung in Rom den Katastrophenschutzmechanismus der EU auslöste, um dringend benötigte medizinische Ausrüstung zu erhalten, reagierte kein einziges Mitgliedsland. Stattdessen sprang China als Helfer ein, das Ursprungsland der Pandemie: 4556 Kisten mit fast vier Millionen Einwegmasken, Schutzbrillen, Handschuhen

und anderer Schutzkleidung seien nach Italien geflogen worden, berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua. Noch am Wochenende werde die Lieferung in Turin eintreffen.

In der EU kündigten dagegen ausgerechnet die Schwergewichte die Solidarität auf: Frankreichs Regierung beschlagnahmte sämtliche Atemschutzmasken, auch Deutschland verhängte ein Exportverbot für medizinische Schutz-ausrüstung. Am Donnerstag schärfte die Bundesregierung sogar nach: Medizinische Güter dürfen jetzt nur noch an andere EU-Länder geliefert werden, wenn der »lebenswichtige Bedarf« Deutschlands gedeckt sei.

In Berlin wie auch in Paris grassiert die berechtigte Sorge, bald selbst italienische Verhältnisse zu haben. Interne Analysen der Franzosen besagen nach Angaben von

► Frage

Was tut eigentlich die EU so?

EU-Diplomaten, dass die Infektionszahlen in ihrem Land bald ebenfalls explodieren könnten. »Italien ist uns nur eine Woche voraus«, sagt ein Beamter. »Die Lage ist überall angespannt.«

Die EU-Kommission kann in den Kampf gegen die Virus-Ausbreitung bestenfalls koordinierend eingreifen, denn die öffentliche Gesundheit liegt in der Kompetenz der Mitgliedsländer – und diese reagierten bislang höchst uneinig auf die Krise. Von Abstimmung keine Spur. Während sich einige Staaten nach wie vor im Abwartemodus befinden, hat die Regierung Italiens inzwischen das gesamte Land lahmgelegt.

Zugleich wachsen die Befürchtungen, dass es in der EU mit einer ihrer größten Errungenschaften erst mal vorbei sein könnte: der Reisefreiheit. Österreich hat seine Grenze zu Italien weitgehend geschlossen; der Flug- und Zugverkehr wurde eingestellt. Am Donnerstag stoppte die Slowakei den Bus- und Zugverkehr aus dem Ausland. Die tschechische Regierung riegelte ihre Grenzen für Reisende aus Deutschland und 14 weiteren »Risikoländern« ab. Brüsseler Insider befürchten drakonische Maßnahmen im Osten der EU, weil die dortigen Gesundheitssysteme weniger leistungsfähig seien. In diesen Fällen handeln allein die Nationalstaaten. Der Einfluss der EU geht gegen null.

Größere Hoffnung auf eine einheitliche Reaktion gibt es bei den wirtschaftlichen Folgen der Krise. So hat die Kommission einen 25-Milliarden-Euro-Fonds in Stellung gebracht, der vor allem kleineren Unternehmen und den Gesundheitssystemen helfen soll. Als Soforthilfe sollten die Mitgliedsländer 7,5 Milliarden Euro einspeisen – allerdings kein frisches Geld, sondern nicht verwendete Struktur- und Regionalhilfen.

»Wir sind bereit, von allen notwendigen Instrumenten Gebrauch zu machen«, erklärte EU-Ratspräsident Charles Michel. Das erinnerte an die Formulierung des ehemaligen EZB-Chefs Mario Draghi, der einst versprach, »alles Notwendige« (»whatever it takes«) zu tun, um den Euro zu retten.

Dass sich jetzt erneut ein »Draghi-Effekt« einstellt, darf aber bezweifelt werden. Zwar versprach von der Leyen, ihre Behörde werde »die volle Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspakts nutzen«, den Mitgliedsländern also höhere Schulden gestatten als nach den EU-Kriterien erlaubt. Auch sollen Unternehmen, die sich in Schwierigkeiten befinden, leichter als sonst staatliche Beihilfen beziehen dürfen. Wie weit das gehen könnte, ist allerdings unklar. Die EU-Staaten sind sich auch in dieser Frage nicht einig. Italien etwa drängt auf eine weitgehende Aufweichung der Schuldenregeln. Aus den sparsamen Ländern heißt es dagegen, Rom habe bisher noch jede Krise für den Kampf gegen die Maastricht-Kriterien genutzt.

Einig waren sich die EU-Länder wenigstens darin, das Treffen der Innenminister am Freitag wie geplant durchzuführen – auch wenn Bundesinnenminister Horst Seehofer aus Rücksicht auf seine Gesundheit fehlen würde. Wenn sich selbst die für die Seuchenbekämpfung verantwortlichen Minister nicht mehr nach Brüssel trauten, meint ein EU-Diplomat, »dann bräuchten wir in den nächsten sechs Monaten gar keine Ministerräte mehr abzuhalten«.

Markus Becker



EU-Kommissionschefin von der Leyen: »In diesem Moment sind wir alle Italiener«

► Frage

Wird die Lufthansa verstaatlicht?

Bis Mittwochnacht sah es so aus, als könnte es für Lufthansa nicht mehr schlimmer kommen. Knapp eine Woche zuvor hatte Konzernchef Carsten Spohr überraschend mitgeteilt, die Kapazität von bis zu 390 Flugzeugen aus seiner Flotte von 780 Maschinen vorübergehend aus dem Verkehr zu ziehen.

Am Donnerstag, in den frühen Morgenstunden deutscher Zeit, meldeten die Nachrichtenagenturen dann, dass US-Präsident Donald Trump vom Wochenende an Bürgern aus Schengenstaaten die Einreise in die Vereinigten Staaten verwehrt.

Was der Lufthansa gerade passiert, ist ein unternehmerischer Albtraum. Trumps Bann war in der düsteren Prognose von vergangener Woche noch gar nicht berücksichtigt. Also geht die Streichorgie nun noch weiter und könnte bis zu 80 Prozent des Angebots betreffen. Ein brutales Downgrade.

Bislang galten die Strecken nach Nordamerika als sichere Einnahmequelle. 313-mal pro Woche düsen Jets von Lufthansa, Swiss oder Austrian Airlines über den Atlantik. Im Sommer sogar mehr als 400-mal. Das Geschäft beschert der Lufthansa knapp ein Fünftel ihrer Verkehrserlöse und ordentlich Gewinn. Damit dürfte es für längere Zeit erst einmal vorbei sein. Ob sich das Ganze zum Debakel auswächst, hängt indes nicht mehr allein von Spohr ab, sondern vor allem von der Bundesregierung. Sie will Vertreter der Branche am Montag zu einem Krisengespräch empfangen und mit ihnen auch über Liquiditätshilfen, etwa durch Kredite der staatlichen Förderbank KfW, sprechen.

Der Konzern einigte sich mit Betriebsräten und Gewerkschaften auf Kurzarbeit, außerdem wirbt er für unbezahlten Urlaub. Teile der Belegschaft sollen nun womöglich vorzeitig und blockweise ihren Jahresurlaub nehmen. Kündigungen sind nach einer 2016 abgeschlossenen Tarifvereinbarung bis Ende 2023 nicht möglich. Die Flugbegleitergewerkschaft UFO will den Plänen jedoch nur zustimmen, wenn Spohr und seine Vorstandskollegen nach dem Vorbild anderer Luftfahrtbosse vorübergehend auf Teile des Gehalts oder Aktienoptionen verzichten.

Intern geht bereits das hässliche Wort von der Insolvenz um. Erinnerungen an die Air-Berlin-Pleite im Sommer 2017



Lufthansa-Crew in Hongkong

LEAU CHUNG-REN / ZUMAPRESS / PICTURE ALLIANCE / DPA

werden wach, als 8000 Angestellte ihren Job verloren. So weit ist es bei der Lufthansa aber noch lange nicht.

Das Unternehmen kann sich bislang selbst finanzieren, unter anderem über sogenannte Schuldscheindarlehen, die bei Investoren auch mangels anderer Anlagealternativen zunehmend Absatz finden. Geplant ist, ab Ende März auf diese Weise erneut 200 Millionen Euro einzusammeln – es wird ein Test sein, wie die mittelfristige Zukunft der Lufthansa am Kapitalmarkt eingeschätzt wird.

Im Notfall würde wohl der Staat einspringen und sich vorübergehend an der Lufthansa beteiligen. Das Steuergeld wäre vermutlich sogar gut angelegt. Startet die Branche irgendwann nach der Coronakrise wieder durch, werden zahlreiche Wettbewerber wohl nicht mehr dabei sein. Die Lufthansa dürfte dann am Ende sogar zu den Gewinnern zählen.

Eine Sparte entpuppt sich bereits als Krisenprofiteur: Lufthansa Cargo. Nach China oder in die USA fehlen die Frachträume der Passagiermaschinen; die Nachfrage steigt jedoch. Weil Güter durch die Unterbrechung der Lieferketten nun schnell transportiert werden müssen, heißt es öfter Luftfracht statt Seecontainer.

Lufthansa erwägt sogar, sechs ältere Maschinen vom Typ MD-11 doch nicht vorzeitig außer Dienst zu stellen, so stark könnte die Nachfrage anziehen.

Dinah Deckstein, Martin U. Müller

► Frage

Wen kostet Corona den Job?

Negative Folgen des Coronavirus auf die Konjunktur sind schon heute unausweichlich, größere Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt sind indes eher unwahrscheinlich. Das glaubt zumindest das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. Es gibt durchaus gute Gründe für diese Sicht: Zum einen wächst der Dienstleistungssektor weiter, etwa bei Gesundheit oder Erziehung, wo die Nachfrage nach Arbeitskräften von der Coronakrise unberührt bleibt. Zum anderen fehlt es im Land aufgrund der Demografie ohnehin zunehmend an Arbeitskräften, vor allem an qualifizierten. Das Risiko, entlassen zu werden, ist so niedrig wie nie seit der Wiedervereinigung. Und wie schon nach der Lehman-Pleite werden die Unternehmer auch jetzt wieder versuchen, über Kurzarbeit ihre Arbeitnehmer so lange wie möglich zu halten. Vor allem in der exportorientierten Industrie. Das Kalkül ist einfach: Wenn die Konjunktur wieder anspringt, kostet es viel Geld und Zeit, entlassene Fachkräfte zurückzugewinnen – wenn es überhaupt gelingt. Das größte Risiko, den Job zu verlieren, haben jetzt Zeitarbeiter. Sie werden in vielen Betrieben als Puffer für Auftragsspitzen genutzt.

Und dann ist da noch die große Zahl von Selbstständigen – Techniker, Messebauer, Coaches, Trainer, Servicekräfte – die nicht im öffentlichen Blick sind, wenn ihnen die Aufträge wegbrechen. Ein Rest von Unwägbarkeit bleibt, vor allem, weil vergleichbare Erfahrungen aus der Vergangenheit fehlen: Was passiert, wenn etwa durch Quarantäne parallel mehrere strategisch wichtige Unternehmen zeitweilig schließen müssen?

Das größte Problem für die Firmen liegt im Faktor Zeit: Brechen die Einnahmen eines Unternehmens zu lange ein, ist irgendwann die Substanz aufgebraucht – dann hilft auch die Kurzarbeit nicht mehr. Markus Dettmer



Metallarbeiter

AN WOITAS / PICTURE ALLIANCE / DPA

Fällt der Urlaub aus?

Tourismus Die Reiseindustrie ist geübt im Umgang mit Krisen. Doch die weltweite Pandemie vergällt sogar den Deutschen die Lust auf Ferntrips. Etlichen Anbietern droht die Pleite.

Das Angebot ist extrem verlockend. »Drei mal Dolce Vita«, wirbt ein Reiseveranstalter im Aldi-Prospekt für eine Flugreise im Juli. Mailand, Genfer See, Lago Maggiore. Acht Tage, ab 599 Euro, inklusive Übernachtung und Frühstück. Einziges Problem: Ob der Trip stattfinden wird, weiß niemand. Auch wenn der Begleittext versichert: »Durchführung garantiert«.

Wird das jemand buchen, trotz Corona?

Der Reisebranche kommt gerade ihr wichtigster Kunde abhanden: der deutsche Tourist. Der ist zwar von jeher krisenempfindlich, aber bei Terror und Naturkatastrophen änderte er bisher meist bloß das Reiseziel und buchte in eine andere Weltgegend um. Die weltweite Corona-Pandemie lässt solche Ausweichmanöver nicht zu und verwandelt nun selbst die deutschen Reiseweltmeister in Reisemuffel.

Rund jeder Dritte, ergab eine aktuelle Umfrage des Marktforschungsinstituts Kantar im Auftrag von »Bild am Sonntag«, will in diesem Jahr auf den Urlaubstrip verzichten. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) rief die Bevölkerung explizit dazu auf, sich reine Spaßreisen erst einmal zu verkneifen. Selbst wenn jüngere Reisende ohne Vorerkrankungen kaum ernsthafte Folgen für sich befürchten müssen, war es auch ein Appell gegen den Egoismus unter manchen Urlaubern. Wer infiziert zurückkehrt, gefährdet nun einmal Kranke und Ältere.

Umso erbitterter kämpfen die Anbieter um jeden einzelnen Gast. Sie gaukeln den Kunden noch immer eine Normalität vor, die es nicht mehr gibt. Die Branche lockt mit Sonderangeboten, angeblich kostenlosen Stornierungsmöglichkeiten und den ständig gleichen Bildern von glücklichen Urlaubern mit Drink unter Palmen.

Helfen tut es wenig. Reisebüros und Veranstalter verzeichnen Umsatzeinbrüche von nicht selten 75 Prozent, einzelne Unternehmen sogar noch mehr, ergab kürzlich eine Umfrage des Deutschen Reiseverbands unter 700 seiner Mitgliedsfirmen.

Kaum ein Anbieter will offen darüber reden, wie stark er betroffen ist. TUI-Chef Fritz Jousen ist da eine Ausnahme. Die Zurückhaltung der Kunden sei derzeit sehr hoch, erklärte er am Rande einer Betriebsrätekonferenz in Hannover. Das werde sicher noch etliche Wochen so anhalten. »Wie das Jahr wird, wissen wir nicht«, so sein ehrliches Fazit. TUI Deutschland hat intern schon drastische Sparmaßnahmen ausgerufen; selbst Büromaterial darf nur noch mit Genehmigung der Geschäftsführung gekauft werden.

Die wirtschaftlichen Folgen der Viruskrise sind für die Tourismusindustrie bereits jetzt gravierender als die Sars- oder



Strandliegen im thailändischen Phuket: »Unvergleichbar mit allem, was wir kennen«

die Wirtschaftskrise. Selbst die Einbrüche im Reiseverkehr rund um die Terroranschläge vom 11. September 2001 waren gegen die Auswirkungen des neuartigen Coronavirus nur ein kurzfristiger Dämpfer. Die Branche trägt mehr als zehn Prozent zum globalen Bruttoinlandsprodukt bei und bringt es in Deutschland pro Jahr immerhin auf einen Umsatz von mehr als 35 Milliarden Euro.

Die Touristiker, eigentlich geübt im Umgang mit launischen Kunden, haben mit Horrorszenerien zu tun, für die es keine Vergleiche mehr gibt. Keiner weiß, wie lange der Ausnahmezustand noch andauert. Immer mehr rechnen damit, dass das Chaos bis ins nächste Jahr hineinreichen kann. Und keiner kann sagen, welches Reiseziel nun in Zeiten einer Pandemie als virussicher durchgehen kann.

Zumal die Deutschen auch nicht mehr überall uneingeschränkt erwünscht sind. An vielen Grenzübergängen gibt es Fieberkontrollen. Ägypten observiert verstärkt auch deutsche Gäste nach der Ankunft künftig für zwei Wochen – ein Albtraum für Hoteliers am Roten Meer. Auch ein Städtetrip nach Moskau ist nur noch etwas für Hartgesottene. Russland verlangt nach der Ankunft neuerdings zwei Wochen Quarantäne vor Ort in einem Privatquartier. Vietnam, Indien, Saudi-Arabien, Iran, Israel und Uganda haben die Grenzen für Deutsche und andere Ausländer ganz dichtgemacht. In der Nacht zum Donnerstag schloss sich die US-Regierung an und verhängte einen Bann gegen alle Bundesbürger sowie Einwohner aller anderen Schengenstaaten. Insgesamt sind es mehr als 20 Staaten, die Reisende aus Deutschland nicht mehr ins Land lassen oder sie gleich nach Ankunft unter Zwangsisolation stellen. Weitere Staaten dürften folgen. Nicht überraschend, dass die Touristen lieber daheimbleiben. Und sogar da schwächelt die Nachfrage; Hotels setzen auf Kurzarbeit, bei der Deutschen Bahn sind mehr Spartarife kurzfristig verfügbar als sonst.

Vor allem für die wachstumsverwöhnten digitalen Reiseanbieter ist der Einbruch ein echter Schock. »Die Situation ist unvergleichbar mit allem, was wir kennen. Es könnte die größte Krise für den Tourismus werden, die es je gab«, sagt Johannes Reck, Mitgründer des mit mehr als einer Milliarde bewerteten Start-ups GetYourGuide, das Ausflüge vermittelt. Viele Firmen würden das nicht überleben. »Darunter werden auch ganz große sein«, prophezeit er.

Reck, studierter Biochemiker, arbeitete einst selbst wissenschaftlich mit Viren und verordnet seinen 650 Mitarbeitern seit Dienstag Homeoffice. »Ich bin enttäuscht, dass mancher in der Reisebranche noch immer so tut, als könne man einfach so

Gefährlich abhängig

Anteil der Tourismusbranche am jeweiligen BIP der Länder Top Ten 2018, in Prozent

Philippinen	24,7
Thailand	21,6
Griechenland	20,6
Portugal	19,1
Neuseeland	17,9
Mexiko	17,2
Österreich	15,4
Spanien	14,6
Italien, Malaysia	13,2
Türkei	12,1

Quelle: WTTC; Länder ohne Stadtstaaten

DER SPIEGEL

verreisen. Wir haben eine gesellschaftliche Verantwortung«, sagt der Unternehmer.

Die Buchungen seien seit dem 14. Februar um 50 Prozent eingebrochen. Einen Vorteil habe die Sache immerhin: Er komme plötzlich mit Partnern ins Geschäft, die vorher nicht bereit waren, mit Getyourguide zu sprechen wie den Betreibern des Eiffelturms oder von Disneyland.

Auch der Hotelschreck Airbnb und andere Wohnungsvermittler kämpfen mit Stornierungen. Sebastian Olényi vom Verein Gutes Gastgeben berichtet von einem Rückgang um 50 bis 80 Prozent bei den Buchungen privater Unterkünfte in Berlin. Insbesondere wenn es um Zimmer in der eigenen Wohnung gehe, seien Gastgeber zurückhaltend. Jörg Pensberg vom Home Sharing Club Hamburg geht jedoch davon aus, dass Menschen eher noch privat buchen würden, »als in einem Hotel, wo man mit noch mehr fremden Menschen in Berührung kommt«.

Mit am stärksten leiden nun ausgerechnet die Superstars der Branche: die Betreiber von Kreuzfahrtschiffen wie die TUI. Ihr gehört gemeinsam mit der US-Reederei Royal Caribbean etwa die »Mein Schiff«-Flotte. Die schwimmenden Spaßburgen entpuppen sich geradezu als Corona-Käfige.

Immer mehr Länder wie zum Beispiel Indien verbieten den Kolossen, in ihren Häfen anzulegen. Die hochhaushohen Kästen, mit teilweise fast 9000 Menschen an Bord, gelten als gefährliche Brutstätten für das Virus. In den USA rät die Regierung inzwischen ausdrücklich von grenzüberschreitenden Fahrten ab. Immer wieder mussten Passagiere in den vergangenen Wochen aufgrund von Verdachtsfällen in ihren oft fensterlosen Kabinen aus-

harren. Bei Landgängen wurden sie beschimpft, das Schiff sogar mit Steinen und Flaschen beworfen.

Die US-Reederei Princess Cruises gab am Donnerstag bekannt, ihre gesamte Flotte, immerhin 18 Schiffe, für zwei Monate aus dem Verkehr zu ziehen. Schiffe, die derzeit unterwegs seien, dürften kürzere Touren noch zu Ende bringen; alle anderen sollen am nächsten geeigneten Hafen abgebrochen werden.

Ob Kreuzfahrtschiffe mit Europäern an Bord nach dem Einreisebann nun überhaupt in den USA festmachen – unklar. Wer dieser Tage an Bord eines Ozeanriesen geht, hat auch Ungewissheit mitgebracht.

Um überhaupt noch neue Buchungen hereinzubekommen, locken die Anbieter neuerdings mit großzügigen Stornoregelungen bis 48 Stunden vor Abfahrt. Das Geld wird zumeist jedoch nicht ausbezahlt, sondern nur gutgeschrieben.

Mit einem ähnlichen Werbetrick versuchen heimische Veranstalter, ihr Geschäft anzukurbeln. In auffällig verschwurbelten Erklärungen versichern sie Neukunden, ihren Urlaub kostenlos bis zwei Wochen vor Abflug stornieren zu dürfen. Viele Käufer und Reisebüroangestellte schlossen daraus, dass sich die Regelung auch auf Abflugtermine im Sommer oder im Herbst beziehe. Tatsächlich gilt das Angebot vor allem für Reisen im März und April.

Am Montag kamen die Spitzen der Branche zum Krisengespräch ins Bundeswirtschaftsministerium. Der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung, Thomas Bareiß, konnte ihnen indes nicht viel Hoffnung machen. »Wir gehen nicht davon aus, dass sich die Lage bis Mai oder Juni grundlegend verändert«, sagt er. Kongresse und Messen würden höchstwahrscheinlich auch dann noch ausfallen. In zwei bis drei Wochen, so sagten ihm die Tourismusmanager, sei mit ersten Liquiditätsproblemen zu rechnen. Betroffen seien vor allem Anbieter mit geringer Kapitaldecke wie etwa Busunternehmen. Mit ihnen verreisen vor allem ältere Menschen.

Die Regierung will der Branche vor allem durch einen erleichterten Zugang zu Kurzarbeitergeld und der Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen durch den Staat helfen. Hinzu kommen Kreditbürgschaften und die Stundung von fälligen Umsatz- oder Gewerbesteuerzahlungen.

Im Wirtschaftsministerium erwägen sie, die im Rahmen des Klimaschutzes geplante Erhöhung der Luftverkehrsabgabe zu verschieben. Dieser in der Branche so verhasste Ticketaufschlag könnte sogar ausgesetzt werden.

Corona macht's möglich.

Dinah Deckstein, Martin U. Müller,
Gerald Traufetter

Paranoia und Pathos

Techindustrie Das Silicon Valley reagiert hemmungslos panisch – sieht in dem Virus aber schon den Auftrag für noch mehr Weltverbesserung.

Andre Watson tut alles dafür, dass es jedes Virus schwer hat bei ihm. Der Biologe ist schon lange dazu übergegangen, »so zu tun, als würde ich quasi permanent in einem biomedizinischen Labor leben«. Das bedeutet mehr, als Hände zu waschen und Abstand zu halten. Watson hat sich erfolgreich antrainiert, sein Gesicht nicht zu berühren. Lässt sich eine Uber-Fahrt nicht vermeiden, setzt er eine spezielle Feinstaubmaske auf. Weil vor ihm vermutlich jemand anderes die Sicherheitsgurte im Taxi berührt hat, desinfiziert er sich nach der Fahrt die Hände. Weil er im Taxi sein Telefon berührt hat, desinfiziert er auch dieses.

Watson ist 28, Bioingenieur und CEO des Start-ups Ligandal in San Francisco. Er forscht an Gentherapien und Nanomedizin. »Corona-bump!«, ruft er fröhlich und streckt dem Gast zur Begrüßung einen Ellbogen entgegen. Das Virus hat auch im Silicon Valley die Grußetikette verändert, weil Handschlag nicht mehr geht. Viele, die sich treffen müssen in diesen Tagen, stehen deshalb ratlos voreinander, sich ungelenkt zunicke, mit Sicherheitsabstand. Immer öfter aber sieht man jetzt ebendiese Lösung: Zwei ausgefahrene Ellbogen docken aneinander zum keimfreien Gruß – sofern keiner der Beteiligten gerade in den Ellbogen geniest hat.

Am Morgen, so berichtet er, habe er ein paar Investoren bei sich zu Hause empfangen; Watson hofft auf neues Geld für Ligandal, und er möchte dabei sein, wenn es um die Entwicklung einer Corona-Impfung geht. »Mit unseren Produkten könnten wir diesen Prozess beschleunigen«, sagt er, hebt zu einem längeren biotechnischen Vortrag an und zeichnet ein paar schwer verständliche Skizzen von Viren und Antikörpern auf eine Schautafel in seinem Wohnzimmer.

Aus Watsons Wohnung sieht man in Richtung Oakland auf die San-Francisco-Bucht, wo seit ein paar Tagen das vom Coronavirus betroffene Kreuzfahrtschiff »Grand Princess« im Hafen und in Quarantäne liegt. Ins Büro geht Watson schon seit Wochen nicht mehr, »alles komplett Homeoffice«.



Gründer Watson: Ellbogen raus, Maske auf

In seiner Reaktion auf die Coronakrise zeigt der Start-up-Gründer zwei typische Charakterzüge des Silicon Valley: hemmungslose Alarmiertheit bei gleichzeitigem Machbarkeitsoptimismus. Das Problem ist riesig, aber es lässt sich technisch lösen, mit Visionen und Milliarden, und zwar schnell. Paranoia einerseits, Pathos andererseits. Und in dieser Krise scheint ja beides durchaus angemessen.

Es waren große US-Tech-Firmen wie IBM, Facebook und Google, die zu den Ersten gehörten, die Großveranstaltungen absagten, die ihre Konferenzen knickten und

► Frage

Warum ist das Silicon Valley so panisch?

ihre Angestellten zur Arbeit von zu Hause aus aufforderten. Dann mochte Bill Gates, Microsoft-Gründer und Großphilanthrop, nicht auf den Staat warten und kündigte an, mit seiner Stiftung innerhalb kurzer Zeit eigene Corona-Testkits für zu Hause zu entwickeln, die zunächst in der Region Seattle zum Einsatz kommen sollen, Gates' Wahlheimat und ein frühes Zentrum des Corona-Ausbruchs in den USA. Der Zimmervermittler Airbnb, von der Viruskrise hart getroffen, muss vermutlich seinen im Sommer 2020 erwarteten Börsengang verschieben. Sequoia Capital, eine der wichtigsten Risikokapitalfirmen des Silicon Valley und

ein früher Investor in Techgiganten wie Google und Apple, bezeichnete das Coronavirus in einer düsteren Warnung rasch als »schwarzen Schwan von 2020« und versuchte, die vielen Firmen ihres Portfolios auf die ökonomischen Schockwellen einzustimmen, die kommen werden.

Nicht allen im Silicon Valley gelang eine so souveräne Reaktion in der Krise. Während andere Tech-CEOs ihre Firmen auf die neue Realität umrüsteten, twitterte Tesla-Chef Elon Musk noch am 6. März einen Satz, der auch von Donald Trump hätte stammen können: »Die Coronavirus-Panik ist dumm.« Für Tesla, dessen Wachstumsaussichten stark vom chinesischen Markt abhängen, ist die Coronakrise eine schwere Prüfung. Auch der legendäre Apple-Mitgründer Steve Wozniak, 69, heute als etwas schrulliger Techpensionär bekannt, machte mit einem hochkuriosen Tweet auf sich aufmerksam. Er berichtete, dass seine Frau sich gerade wegen eines starken Hustens untersuchen lasse und dass sie beide im Januar von einer Reise nach China zurückgekehrt seien. »Vielleicht waren wir Patient zero in den USA«, mutmaßte er. Der Husten entpuppte sich später als Nebenhöhleninfektion.

Eine gute Seite sieht Andre Watson in der Viruskrise: »Sie kann ein Weckruf für die Menschheit sein, damit wir besser vorbereitet sind, wenn in der Zukunft eine noch schlimmere Pandemie daherkommt.« Man stelle sich ein Virus wie Ebola vor, sagt Watson, also eines mit viel höherer Sterberate, aber mit derselben explosiven Verbreitungspotenz wie Corona.

»Würde das heute passieren, wären wir alle fucked.« Guido Mingels

Endstation Sehnsucht

Reiseziele Gastwirte in Südtirol haben die Krise lange unterschätzt. Die einen fürchteten umsaubere Image, die anderen mixten Longdrinks gegen das Virus.

Vor ein paar Tagen setzte sich Rosmary Frenner mit Mann und Tochter zusammen, um über den Namen ihres Gasthofs zu sprechen: das »Hotel Corona«. Es ist einer der traditionsreichsten Betriebe des Südtiroler Tourismusorts St. Vigil und seit mehr als einem Jahrhundert im Besitz der Familie. Eine Krise wie die aktuelle aber hat das Haus noch nicht erlebt.

»Vor zehn Tagen waren wir noch pumpvoll«, berichtet Frenner am Telefon, alle 72 Betten waren belegt, die Lager voll mit Südtiroler Speck und Frühstücksjoghurt. Dann kamen die ersten Stornierungen, die Anordnungen aus Rom, die Angst der Skiliftbetreiber. »Niemand soll sagen, die Leute werden am Kronplatz krank«, so die 54-Jährige.

Der »Plan de Coronas«, wie der Kronplatz in der Sprache der ladinischen Sprachminderheit heißt, ist ein 2275 Meter hoher Berg, die Talstation für das Skigebiet liegt nur wenige Gehminuten von Frenners Hotel entfernt.

In den sozialen Medien hätten Leute schon darüber gewitzelt, dass sie sich im Hotel Corona das Virus eingefangen hätten, sagt Frenner, »dabei waren das nicht mal unsere Gäste!« Der Familienrat entschied: erst mal zur allgemeinen Sicherheit das Hotel zusperrn und die bösen Kommentare löschen, über den Rest könne man sich immer noch Gedanken machen. »Corona ist ein gängiger Name«, ärgert sich Frenner, das werde sich doch jetzt nicht ändern.

Über die Jahrzehnte hat sich Südtirol zum Sehnsuchtsort der Deutschen entwickelt. Wann immer in der Welt eine Krise anstand, wenn Terrorangriffe und Erdbeben ganze Länder in Risikogebiete verwandelten, stiegen in der Alpenregion die Übernachtungszahlen. Die Berge, das Wetter, das gute Essen boten deutschen Gästen das Gefühl von Geborgenheit. Damit ist es erst mal vorbei.

Seit Dienstag ist die nördlichste Provinz Italiens Teil der »Geschützten Zone«, ein Land im Notbetrieb. Restaurants schließen um 18 Uhr, katholische Kirchen halten keine Messen mehr ab, Museen und Theater

stehen still. Nirgends aber wiegt der wirtschaftliche Schaden so schwer wie im Tourismus. Er ist der ökonomische Antrieb des Landes und zugleich seine verwundbarste Stelle. Wenn er erlahmt, bleibt Südtirol auf der Strecke.

»Wir haben uns an einen ewigen Aufwärtstrend gewöhnt«, sagt Arnold Schuler. Als Mitglied der Landesregierung ist er verantwortlich für Tourismus und Bevölkerungsschutz – zwei Dinge, die sich momentan nur schwer miteinander vereinbaren lassen. »Die Hotels mit vielen Sternen haben große Anlagen gebaut, viel Fremdkapital investiert«, sagt er.

Das Ergebnis waren Welnesstempel im ganzen Land, Chaletdörfer, Luxusshuppen und ein fast schon beängstigend schnelles Wachstum. Südtirol ist ein kleines Land mit rund 500 000 Einwohnern, aber mehr als 33 Millionen Übernachtungen pro Jahr. Zwischen 2013 und 2018 stieg die verbaute Fläche um fast die Hälfte.

»Manche dachten, es wird immer so weitergehen«, sagt Schuler. Jetzt merkt die Region, dass es auch anders kommen kann. Der Hoteliers- und Gastwirteverband (HGV), der in der Coronakrise vor Kurzem noch von einem »Dolchstoß« sprach, als das deutsche Robert Koch-Institut Südtirol zum Risikogebiet erklärte, schlägt mittlerweile leisere Töne an – und rät den Hotels zur sofortigen Schließung. Doch ausgerechnet die größten Gastwirte zögerten am längsten.

Heinrich Dorfer ist Chef des Quellenhofs in der Nähe von Meran, eines »Luxury Resort« mit fünf Sternen und einem Umsatz von fast 28 Millionen Euro pro Jahr. Er hat hohe Fixkosten und baut seit Langem, quasi rund um die Uhr, einen neuen Aquapark, einen Infinity Pool, ein neues »super schickes Hauptrestaurant«. Selbst wenn er die vielen Gäste nach Hau-

se schicke, sagt Dorfer, »ich kann ja die Außenbeleuchtung nicht einfach abschalten«. Der Luxushotelier nahm bis vor Kurzem noch immer neue Buchungen an, Gäste aus München würden sich hier sicherer fühlen als in Bayern, glaubte er. Drei Tage bevor Südtirol Teil der »geschützten Zone« wurde, veröffentlichte das Quellenhof-Team auf seiner Facebook-Seite ein »Rezept gegen das Coronavirus«: einen Ingwer-Ananas-Longdrink mit Rum – »je höher die eingenommene Dosis, desto effizienter und stärker die Wirkung«. Mit den Scherzen ist es jetzt vorbei. Am Donnerstag kündigte auch Dorfer die Schließung seines Hotels an.

Für Landesrat Schuler ist es der einzig richtige Schritt. »Alle Hotels sollten sich an die Empfehlung halten, auch aus Solidarität«, sagt er, 90 Prozent würden der Aufforderung nachkommen. Die Regierung

► Frage

Muss sich das »Hotel Corona« umbenennen?

führe bereits Gespräche mit den Banken. Ein paar Wochen Umsatzausfall kann Südtirol verkraften, einen langfristigen Imageschaden nicht. Deshalb denkt man bereits jetzt an eine große Werbekampagne für die Zeit nach Corona – um die deutschen Touristen wieder zurückzuholen.

»Wenn alles vorbei ist, muss man in Deutschland kommunizieren, dass wir wieder clean sind«, sagt HGV-Präsident Manfred Pinzger. Die Regierung hat deshalb die landeseigene Marketingagentur mit der Ausarbeitung von Konzepten beauftragt.

Plakate, Werbespots und mehrere Millionen Euro sollen bereitliegen für den Moment, in dem das Virus eingedämmt ist. Schnell schließen, schnell wieder ankurbeln, das ist die Touristiker-Devise – dann sei der Imageschaden bis zum Sommer wieder einzufangen.

Das Hotel Corona in St. Vigil hat die Saison erst mal »abgehakt«, sagt Rosmary Frenner. Sie ist froh darüber, dass ihr Betrieb in den vergangenen Jahren keine großen Bauarbeiten in Auftrag gegeben hat, »dann wäre der Verlust deutlich höher«. Bleibt die Sache mit dem Namen. Je nachdem, wie sich die Pandemie entwickelt, könnte er bald schon wieder einfach nur ein Name unter vielen sein – oder zur langfristigen Belastung werden. Im Dorf gibt es ein Apartmenthaus »Isidor«, es wurde vor einigen Jahren erst umbenannt. Vorher trug es den Namen »Isis«.

Anton Rainer



Wirtin Frenner: Lager voll mit Speck



Medizinisches Personal in Wuhan feiert die Schließung eines Notkrankenhauses: In den Intensivstationen sind wieder Betten frei

»Weckt mich auf, wenn alles vorbei ist«

China Wuhan gilt als Epizentrum des Corona-Ausbruchs, im Januar schottete die Regierung die Millionenstadt ab. Medizinisch scheint das Schlimmste inzwischen vorüber, doch ein normaler Alltag liegt in weiter Ferne.

Seit 48 Tagen lebt Rodney Musariri in einer unfreiwilligen Wohngemeinschaft. Er muss in einem Zweizimmerapartment in Wuhan ausharren, der chinesischen Elfmillionenmetropole am Ground Zero der Corona-Epidemie, zusammen mit seiner Freundin und einem Kumpel. Vom 14. Stock eines Hochhauses im zentralen Wuchang-Bezirk aus können sie zwar eine der Brücken über den mächtigen Yangtze-Fluss sehen. Doch am Hoftor endet ihre Bewegungsfreiheit. Er sagt: »Wir sind jenseits des Punktes, an dem wir den Verstand verlieren würden.«

Musariri, 35, stammt aus Simbabwe und lebt eigentlich in der südchinesischen Stadt

Shenzhen, wo er als Englischlehrer arbeitet. Ende Januar war er mit seiner Freundin zu einem Neujahrsbesuch nach Wuhan gereist. »Um ehrlich zu sein, habe ich nicht auf die Nachrichtenlage geachtet«, erzählt Musariri am Telefon. »Eines Morgens wache ich auf, und bumm, stehen wir unter Lockdown. Okay, so ist das also!« Seither sitzt er hier fest.

► Frage

Hat China sich wirklich erholt?

Die unfreiwillige WG sehe ein, sagt Musariri, weshalb sie unter Quarantäne stehe – und natürlich hoffen sie dennoch, dass sie bald gelockert wird. Doch das lässt noch immer auf sich warten. »Es gibt keine Veränderung«, sagt er. »Geben wir dem Ganzen noch ein paar Tage oder Wochen.«

Augenzeugenberichte wie dieser stehen in einem gewissen Widerspruch zu dem zunehmend optimistischen Bild, das chinesische Staatsmedien seit einigen Tagen über die Lage in Wuhan zeichnen.

Die Millionenmetropole war am 23. Januar von der Regierung in Peking faktisch zum Sperrgebiet erklärt worden. Autobahnen wurden abgeriegelt, der Zug- und

Flugverkehr eingestellt, 50 Millionen Menschen standen in Wuhan und der Provinz Hubei unter Quarantäne. Später mussten die meisten Fabriken in der Provinz schließen, auch im Rest des Landes waren Abermillionen Menschen angehalten, zu Hause zu bleiben.

Inzwischen dürfen wichtige Firmen in Hubei, die Teil globaler Lieferketten sind, ihre Arbeit wieder aufnehmen, etwa der Automobilhersteller Honda. Die Provinzregierung teilte aber auch mit, dass die Firmen dafür eine Genehmigung beantragen müssten. Doch das Signal ist klar: Nach Wochen des wirtschaftlichen Stillstands soll es langsam wieder losgehen.

Am Dienstag besuchte Staats- und Parteichef Xi Jinping überraschend das Epizentrum der Seuche, zum ersten Mal seit dem Ausbruch. Gedeutet wurde das als Ausdruck von Zuversicht der Führung, die Epidemie mittlerweile im Griff zu haben. Offizielle Verlautbarungen und Berichte der Staatsmedien legen nahe, dass das Leben in der Provinz Hubei in kleinen Schritten zur Normalität zurückkehre.

Tatsächlich scheint die wochenlange Überlastung der Krankenhäuser ausgestanden zu sein. Mehr als 3000 Menschen sind bisher in Hubei gestorben. Doch am Dienstag meldeten die Behörden nur noch 13 Neuinfektionen in Wuhan. Sämtliche 16 Nothospitäler, die in Sport- und Messehallen der Stadt entstanden waren, sind mittlerweile geschlossen. Peng Zhiyong, Leiter der Intensivstation eines Wuhaner Universitätskrankenhauses, hatte dem Magazin »Caixin« vor Wochen mit mutiger Offenheit von verheerenden Zuständen in seiner Abteilung erzählt. Vor wenigen Tagen berichtete er, dass seit dem 27. Februar in der Intensivstation wieder Betten frei seien.

Ähnliches legt auch ein oft geteilter Artikel des Magazins »Renwu« nahe, in dem eine Ärztin des Zentralkrankenhauses zu Wort kommt. Beiläufig schildert der Reporter den Ort des Interviews, das bereits am 2. März stattfand: »Ai Fen saß allein im Büro der Notaufnahme. Die Ambulanz, die zeitweise mehr als 1500 Patienten am Tag behandelt hatte, war wieder zur Ruhe gekommen. Lediglich ein einzelner Obdachloser hielt sich dort auf.«

Bei seinem Wuhan-Besuch am Dienstag steuerte Xi zuerst ein Kommandozentrum neben dem Huoshenshan-Hospital an – das ist eines der beiden 1000-Betten-Krankenhäuser, die Bauarbeiter in nur rund zehn Tagen hochgezogen hatten. Xi sprach dort mit Patienten und medizinischem Personal, das ihm zackig salutierte – wenn auch nicht von Angesicht zu Angesicht, sondern per Videoübertragung. Die Ärztinnen und Pfleger seien »die schönsten Engel« und »Botschafter des Lichts und der Hoffnung«, ließ er sie wissen.

Ein Immobilienmakler aus Wuhan, der nur seinen Nachnamen Liu angeben will, erzählt: Die Sorge vor Ansteckung habe sich allgemein gemildert. In den WeChat-Gruppen, in denen er sich mit ehemaligen Klassenkameraden austausche, habe es sich noch vor Kurzem nur um eine Frage gedreht: »Welche Krankenhäuser werden uns aufnehmen?«, sagt er. »Viele waren verzweifelt und ohne Hoffnung. Heute sieht man solche Posts nicht mehr oft.«

Dennoch sagt Liu: »Ich werde keine Entspannung finden, bevor der Lockdown nicht aufgehoben ist und wir zu einem normalen Leben zurückkehren können. Mein Herz ist immer noch schwer.« Er fügt hinzu: »Ich gebe zurzeit nur Geld aus, habe aber kein Einkommen.« Seinen sechs An-



Präsident Xi in Wuhan
»Botschafter des Lichts«

gestellten bezahle er weiter ein Grundgehalt von 2500 Yuan, rund 317 Euro. Die fälligen Mietzahlungen habe er mit seinem Vermieter noch nicht diskutiert.

Der Alltag der Menschen in Wuhan ist noch lange nicht wiederhergestellt, auch wenn der medizinische Notstand langsam abebbt: Die Vorschriften und Bedingungen variieren von Häuserblock zu Häuserblock. Die meisten Bürger dürfen ihre Wohnanlagen noch immer nicht verlassen. Uniformierte Freiwillige kontrollieren die Tore. Sie übernehmen auch die Verteilung von Lebensmitteln, die Anwohner per Messenger-App in den Supermärkten ordern und Lieferanten auf Motorrollern ausliefern. Nur wer einen Passierschein hat, darf sich in der Stadt frei bewegen. Das berichten mehrere Quellen in Wuhan.

Noch sind die Verantwortlichen sich offenbar nicht einig, inwieweit sie eine Normalisierung gestatten sollen.

Das eindrücklichste Beispiel dafür lieferte die Stadt Qianjiang, die wie Wuhan in

der Provinz Hubei liegt, aber früh Maßnahmen gegen das Virus ergriffen hatte und deshalb weniger schwer getroffen wurde. Am Mittwochmorgen um 8.30 Uhr gab die Stadtregierung das Dokument Nr. 26 heraus. Noch am selben Tag sollten Straßensperren entfernt werden, Hotels, Tankstellen, Apotheken, Supermärkte wieder öffnen, kurz: Das öffentliche Leben sollte wieder anlaufen. Ganze zwei Stunden später folgte Dokument Nr. 27 – das sämtliche Lockerungen wieder annullierte.

Geldsorgen, Ungewissheit und Eingesperrtsein zehren an den Nerven der Bevölkerung. Der Unmut zeigte sich vergangene Woche, als die Vizeministerpräsidentin Sun Chunlan einen Wohnkomplex in Wuhan inspizierte. Auf Social Media gepostete Videos zeigten, wie Menschen aus ihren Fenstern »Das ist alles Fake!« herunterschrien. Angeblich hatte das Management der Anlage vor Suns Besuch noch schnell aufgeräumt und Lebensmittellieferungen inszeniert, um eine weniger triste Wirklichkeit vorzutäuschen.

Staatschef Xi hat der Nachrichtenagentur Xinhua zufolge Verständnis für die frustrierten Wuhaner angemahnt. Auch er besuchte am Dienstag einen Wohnkomplex. Unterlegt von Streicherklängen zeigt ein Video des Staatssenders CCTV, wie er eine mit roten Lampions geschmückte Allee entlangspaziert und dabei zu Anwohnern hinaufwinkt, die ihn von ihren Fenstern aus grüßen. Bei dem Empfang könnte die Staatsmacht nachgeholfen haben, wenn man unbestätigten Berichten auf Social Media glaubt: Demzufolge sollen Polizisten in die Wohnungen entsandt worden sein, um sicherzustellen, dass Xi nichts als Willkommensrufe entgegenschallte.

»Ich hätte Präsident Xi gern gesehen, dann hätte ich meinen Freunden mal was erzählen können«, sagt der kanadische Englischlehrer Terry Collinge, 41, der seine Wohnung mit den beiden Simbabweern teilt. Zurzeit ist die Langeweile ihre größte Gegnerin. Die Zeit vertreiben sie sich mit Videospiele, mit Filmen oder Büchern. Der Fantasy-Roman »A Knight of the Seven Kingdoms« von George R. R. Martin habe ihm ganz gut gefallen, sagt Musariri.

Allzu oft zerfließt die Zeit einfach nur. Mal würden sie sich am Nachmittag für ein Nickerchen hinlegen, dann um Mitternacht aufwachen, um frühmorgens wieder ins Bett zu gehen, so erzählt Musariri es.

»Manchmal ist es ein bisschen überwältigend«, sagt Collinge. »Ich versuche, positiv zu bleiben. Da muss ja ein Licht am Ende des Tunnels kommen. Aber es holt dich ein, der Stress, die Einsamkeit. Manchmal rolle ich mich zusammen, dämmere weg und denke mir: Weckt mich auf, wenn alles vorbei ist.«

Georg Fahrion, Mitarbeit: Wu Dandan

Der große Angriff

Datenschutz Asiatische Staaten verstärken die digitale Überwachung ihrer Bürger massiv. Eine Reise durch eine Region, die in der Coronakrise zugleich eine Chance entdeckt. *Von Bernhard Zand*

Vorige Woche bekam ich in Japan einen Anruf aus China. Am Apparat war ein Mitarbeiter der Pekinger Wohnanlage, in der ich seit Jahren lebe. »Stimmt es«, fragte er, »dass Sie in Japan sind und am Wochenende nach Peking zurückkommen?«

Ich bejahte, aber die Frage irritierte mich. Eigentlich konnte niemand wissen, wo ich war. Im Februar war ich in Europa gewesen. Da wegen der Coronakrise inzwischen viele Staaten den Reiseverkehr von und nach China eingestellt hatten, machte ich auf dem Rückweg zwei Zwischenstopps, um Termine wahrzunehmen – zuerst in Singapur, dann in Tokio.

Ich hatte aber noch keinen Rückflug aus Japan gebucht, und weder meine Frau noch meine Kollegen waren in Peking nach meinem Verbleib gefragt worden. Woher wusste der Mann, dass ich in Japan

bin – einem der Länder, aus denen China nun selbst die Einreise regulierte?

In Singapur hatte ich eine Woche zuvor den Experten für Infektionskrankheiten, Leong Hoe Nam, getroffen. Der Virologe am Mount Elizabeth Hospital schilderte mir, mit welchem Aufwand die Behörden des Stadtstaats versuchen nachzuweisen, welche Covid-19-Patienten sich wann bei wem infiziert haben und wen sie selbst angesteckt haben könnten. »Wenn ich Sie frage, wo genau Sie in den vergangenen fünf Tagen gewesen, wem Sie begegnet sind, wird es Ihnen schwerfallen, sich im Detail zu erinnern.«

Es sei rückständig und forensisch fragwürdig, sich unter den Bedingungen einer Pandemie auf das Gedächtnis Einzelner zu verlassen, so Dr. Leong. »Ganz davon abgesehen, dass Patienten manchmal absichtlich nicht die Wahrheit sagen.« Am

Tag darauf wurde in Singapur ein Ehepaar wegen Verstoß gegen das Infektionsschutzgesetz angeklagt. Der erkrankte Mann und seine quarantänepflichtige Frau hatten verschwiegen, wo genau sie sich aufgehalten hatten.

»Die moderne Technik bietet längst Möglichkeiten nachzuweisen, wem ein Infizierter auf drei oder zwei Meter nahe gekommen ist«, sagte Dr. Leong. Mittels Bluetooth zum Beispiel lasse sich das ohne Weiteres ermitteln. »Ich weiß nicht, wer eine entsprechende App erfinden wird, aber gehen Sie davon aus, dass zur Stunde jemand daran arbeitet.« Der Einsatz solcher Apps sei datenschutzrechtlich sicher problematisch. »Aber am Ende wird man den Schutz der Privatsphäre und den Schutz der Gesundheit anderer gegeneinander abwägen und einen Kompromiss finden müssen.«

Eine Smartphone-App, die jede Person registriert und den Behörden meldet, der ich auf zwei Meter nahe komme? Wie weit werden Staaten nach der Coronakrise im Interesse der Allgemeinheit gehen, um die Rechte des Einzelnen zu beschneiden?

In mehreren asiatischen Ländern sind bereits Apps und technische Überwachungsinstrumente im Einsatz, die weit über das hinausgehen, was vor Corona denkbar war: In Hongkong sind Quarantänepflichtige



Passanten in Shanghai: 50 Überwachungskameras auf der Straße

seit Anfang Februar verpflichtet, elektronische Armbänder zu tragen. Die Regierung stellt dazu ein Smartphone; bricht die Verbindung ab oder verlässt ein Patient seine Wohnung, wird die Gesundheitsbehörde alarmiert.

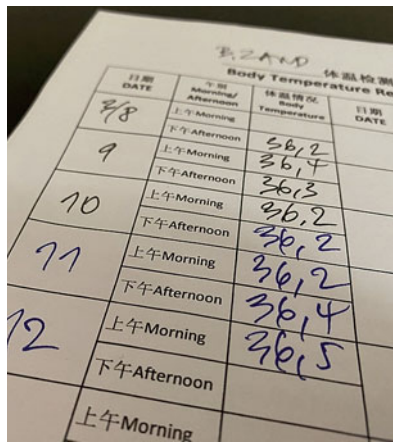
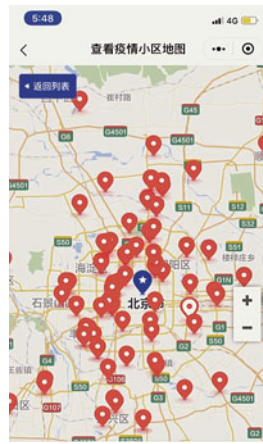
In Südkorea werden hunderttausendfach Apps heruntergeladen, die Alter, Geschlecht, Nationalität und das Bewegungsprofil Infizierter zeigen – in einem Fall vom Besuch eines Sportstudios über einen Einkauf bis zur Einlieferung ins Krankenhaus. Die in den Apps visuell aufbereiteten Daten stammen direkt von der Regierung: »Wir sahen uns nach einer Masenerkrankung mit Mers (dem *Middle East Respiratory Syndrome* – Red.) vor fünf Jahren öffentlichem Protest ausgesetzt, weil wir nicht bekannt gegeben hatten, wohin diese Patienten gegangen waren«, rechtfertigte ein Beamter dieses Vorgehen gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters.

Zwar geben die Regierungsdaten und die Apps keine Namen der Erkrankten preis. Doch sie lassen sich in Einzelfällen leicht ermitteln, etwa von Nachbarn. »Corona 100m«, berichten die Entwickler, wurde im Februar bis zu 20 000-mal pro Stunde heruntergeladen; zusammen mit »Corona Doctor« und »Corona Map« zählt sie derzeit zu den 15 meistgeladenen Apps in Südkorea.

So weit wie Südkorea ist bislang nicht einmal China gegangen. Aber auch dort nimmt das Ausmaß der digitalen Kontrolle von Tag zu Tag zu.

Schon kurz nach der Abriegelung infolge der Coronakrise wurden in der zentralchinesischen Provinz Hubei Drohnen losgeschickt, um Quarantänebrecher zu identifizieren und zu warnen. Bürger, die ohne Schutzmaske angetroffen wurden, fanden sich im Internet an den Pranger gestellt, einer von ihnen sogar buchstäblich an eine Säule gebunden und öffentlich beschimpft.

Im Februar startete die Regierung eine Plattform namens »Close Contact Detector«, über die sich ermitteln lässt, wie nahe man einem Infizierten gekommen ist. Die App wertet vor allem die Datenbanken öffentlicher Verkehrsmittel aus. In China müssen sich nicht nur Flug-, sondern auch Zugreisende mit vollem Namen und Ausweisnummer registrieren. Sitzplätze werden grundsätzlich zugewiesen. Der »Close Contact Detector« gibt Auskunft darüber, ob man drei Reihen vor oder hinter einem Infizierten saß. In einzelnen



Corona-App, Temperaturmessprotokoll*: Albtraum für Datenschützer

Städten werden U-Bahn-Tickets nur mit vorheriger Registrierung ausgestellt.

Auch die drei großen staatlichen Mobilfunkanbieter erstellen über ihre Kundendaten von Sendemast zu Sendemast Bewegungsprofile für die jeweils vergangenen 14 Tage. Manche Arbeitgeber verlangen diese relativ groben Profile, bevor sie ihre Angestellten aufs Firmengelände lassen; sie sind per SMS abrufbar.

Am weitesten geht in China die Stadt Hangzhou, Sitz des Onlinehändlers Alibaba. Auf seinem mobilen Bezahlendienst Alipay hat das Unternehmen eine Mini-App namens »Gesundheits-Code« installiert. Die Software gleicht die Informationen registrierter Kunden mit den Datenbanken der Gesundheitsbehörden ab. Sie erstellt einen Farbcode, der die Gefährdung des Kunden abbildet: grün erlaubt freie Bewegung, für gelb ist eine 7-, für rot eine 14-tägige Quarantäne empfohlen.

Auf Bahnhöfen, in Supermärkten, ebenso vor den Eingängen zu Wohnanlagen werden diese Codes bereits routinemäßig abgefragt. Einer Recherche der »New York Times« zufolge teilt Alibabas App Kundendaten nicht nur mit den Gesundheitsbehörden, sondern auch mit der Polizei. Trotzdem hatten sich bis zum 24. Februar in der Provinz Zhejiang bereits mehr als 50 Millionen Menschen registriert. 98,2 Prozent von ihnen erhielten einen grünen Code, fast eine Million Menschen wurden demzufolge gelb oder rot eingestuft.

Unterdessen hat der Alibaba-Rivale Tencent eine ähnliche Mini-App installiert, »Anti-Virus Code« genannt. Auch sie vergibt Farbcodes und zeigt zusätzlich an, wie

► Frage

Hilft totale Überwachung gegen das Virus?

weit man sich gerade von einem bestätigten Corona-Fall aufhält.

Die Coronakrise, sagte Chinas Staatschef Xi Jinping, sei ein Anlass, die Anwendung digitaler Technologie voranzutreiben, vor allem bei der Überwachung, Prävention und Behandlung von Epidemien und der Rückverfolgung von Virusquellen. Viele Chinesen, so wie viele Südkoreaner, scheinen ihm in diesem Punkt zuzustimmen. Selbst im Westen gibt es erste Stimmen, die auf eine Veröffentlichung von Infizierten drängen.

Für Datenschützer ist diese Entwicklung ein Albtraum. Die

Rechte und die Bewegungsfreiheit des Individuums werden auf diese Weise weiter beschränkt. Der Ausbruch des Coronavirus erweise sich als »ein Meilenstein in der Geschichte der Ausbreitung der Massenüberwachung«, so die Hongkonger Menschenrechtlerin Maya Wang zur »New York Times«.

Schließen sich der Schutz der Privatsphäre des Einzelnen und der Schutz der Gesundheit der Allgemeinheit aus? Oder kann es in dieser Frage einen Kompromiss geben?

Rechtsstaaten westlicher Prägung sind nicht machtlos gegen das Virus, wie die Maßnahmen vieler europäischer Regierungen zeigen. In Asien braucht es ebenfalls keinen Überwachungsstaat und keine Vorratsspeicherung individueller Daten, um die Allgemeinheit zu schützen: Obwohl nach der Abriegelung der Stadt Wuhan Ende Januar keine offizielle Ausgangssperre verhängt worden war, blieben fast alle Menschen in ihren Wohnungen. Dieselbe Einsicht teilt heute die Mehrheit der Italiener.

Sollten Einzelne gegen die Bestimmungen von Infektionsschutzgesetzen verstoßen, hat der Rechtsstaat Mittel, sie zur Verantwortung zu ziehen. Das war vor dem Ausbruch der Coronakrise so und wird auch danach so bleiben. Ein Staat, der wissen will, wo sich seine Bürger aufhalten, traut ihnen letztlich nicht.

Ich weiß bis heute nicht, woher der Mitarbeiter meiner Wohnanlage in Peking wusste, dass ich in Japan war. Erst sagte er, das habe ihm ein Kollege gesagt. Inzwischen spricht er von einem Missverständnis.

Am Samstag traf ich in Peking ein. Da Japan in China als Hochrisikoland betrachtet wird, bin ich nun in Quarantäne. Ich messe zweimal täglich meine Temperatur und melde sie an die Verwaltung; ich bin gesund. Aber ich werde mich hüten, die Wohnanlage zu verlassen. Auf der Straße davor stehen mehr als 50 Überwachungskameras.

* Die chinesische App zeigt Corona-Erkrankte rot markiert an; Temperaturliste des Autors.

»Die Chance, China von außen zu liberalisieren, ist gleich null«

SPIEGEL-Gespräch Unter dem Eindruck der Coronakrise lobt der Politologe Kishore Mahbubani Chinas Voraussicht und strategische Disziplin. Den USA wirft er Arroganz vor und rät den Europäern, ihre geopolitischen Interessen besser durchzusetzen.

Mahbubani gilt als Verkünder des »Asiatischen Jahrhunderts«. 1948 als Sohn einer aus Indien geflohenen Familie in Singapur geboren, stieg er zu einem einflussreichen Diplomaten auf und war als Botschafter seines Landes bei den Vereinten Nationen von 2001 bis 2002 Präsident des Welt-sicherheitsrats. Später übernahm er die Leitung der nach dem Staatsgründer Lee Kuan Yew benannten Politischen Akademie der National University of Singapore. Mahbubani hat eine Reihe viel gelesener Bücher über den Aufstieg Asiens und den vermeintlichen Niedergang des Westens geschrieben. Ende März erscheint sein acht-tes Buch »Has China won?«.*

SPIEGEL: Herr Professor Mahbubani, geht das Asiatische Jahrhundert womöglich zu Ende, bevor es richtig begonnen hat?

Mahbubani: Wegen des Coronavirus? Nein, der Weg zum Asiatischen Jahrhundert ist und bleibt steinig. 1997, kurz vor Beginn dieses Jahrhunderts, haben wir eine schwere Finanzkrise überstanden. Im Westen hieß es damals, Asien sei erledigt. In Wahrheit hat noch jede Krise bewiesen, wie widerstandsfähig diese Region ist und wie entschlossen ihre Menschen sind.

SPIEGEL: China geht mit rabiaten Methoden gegen das Coronavirus vor, setzt Millionenstädte unter Quarantäne und hat das Ausmaß der Seuche anfangs kleingeredet. Sie preisen das »chinesische Modell« in Ihren Büchern – aber zeigt der Umgang mit dem Virus nicht, dass autoritäre Regime mit solchen Krisen überfordert sind?

Mahbubani: Schauen Sie einmal 100 Jahre zurück. 1920 herrschten in China Hunger, Seuchen, Bürgerkrieg und Chaos, die Lebenserwartung betrug 30 Jahre, die Kindersterblichkeit 40 Prozent. Vergleichen Sie das mit dem China von heute. Dieser Aufstieg ist allerdings nicht das Ergebnis des kommunistischen Systems, sondern des Einfallsreichtums der Menschen. Die

Chinesen haben ein paar Tausend Jahre lang darüber nachgedacht, wie eine gerechte und gut organisierte Gesellschaft aussieht, genauso lange wie der Westen. Sie haben andere Erkenntnisse gewonnen. Und sie haben keinen Anlass, die Erkenntnisse des Westens zu kopieren.

SPIEGEL: Das Coronavirus ist nur eine von Asiens Krisen. Der Kaschmirkonflikt entzweit die Atomkräfte Indien und Pakistan. In Indien spitzt sich der Streit zwischen Hindus und Muslimen zu. China ringt mit der Protestbewegung in Hongkong. Japan und Südkorea sind tief zerstritten. Sieht so der Kontinent aus, der demnächst den Westen ablösen wird?

Mahbubani: Ein so großer Kontinent, mehr als vier Milliarden Menschen – es wäre seltsam, wenn wir nicht viele Probleme hätten. Die Frage ist, ob eine dieser Krisen eine Gefahr für Asiens Dynamik ist. An Kaschmir zum Beispiel wird Indien nicht zerbrechen. In China leben 1,4 Milliarden Menschen, in Hongkong 7 Millionen. Die westliche Berichterstattung über Hongkong erweckt den Eindruck, als stünde dort Chinas Stabilität auf dem Spiel. Da ist der Wunsch der Vater des Gedanken. All diese Krisen können grundsätzlich gelöst werden – vielleicht mit Ausnahme von Covid-19, womit wir einige Zeit zu tun haben werden.

SPIEGEL: Sie beurteilen China gern nach seinen Errungenschaften, aber den Westen

nach seinen Fehlern. Und dann werfen Sie dem Westen vor, mit »ungleichen Maßstäben« zu messen.

Mahbubani: Ich will nicht, dass der Westen scheitert, ich will, dass er Erfolg hat. Ein schwacher, zerstrittener Westen ist schlecht für die Welt. Ich bin nicht anti-westlich oder anti-amerikanisch. Ich stelle einfach fest, dass es bessere Wege gibt, mit Asien und China umzugehen. Der Westen muss begreifen: Wenn sich die Geschichte in die Kurve legt, kannst du nicht weiter geradeaus fahren. Der Westen hat viele Probleme seit dem Ende des Kalten Krieges und jenem berühmten Essay von Francis Fukuyama, der damals das »Ende der Geschichte« verkündete. Das hat euch schläfrig und selbstzufrieden gemacht. Ich sage: Dreht um! Biegt ab, geht mit Asien auf die Reise, und seid optimistisch. Die Möglichkeiten, die der Aufstieg von China und Asien überhaupt bieten, sind enorm.

SPIEGEL: Nicht nur der Westen zögert, Chinas Weg zu gehen. Auch viele asiatische Länder sehen China nicht als die freundliche Supermacht, die Sie in Ihren Büchern beschreiben.

Mahbubani: Eine »freundliche Supermacht« – das wäre ein Widerspruch in sich. Supermächte erwarten, dass sich andere fügen. Das tun die USA, und das wird auch China tun, je stärker es wird. Aber es gibt Unterschiede: Man kann 2000 Milliarden Dollar ausgeben, im Irak einmarschieren und wie Don Quijote gegen Windmühlen kämpfen. Peking wird nie so dumm sein, in ein Land einzumarschieren, dessen Kultur und Geschichte es nicht versteht.

SPIEGEL: Sondern?

Mahbubani: Für China gilt seit dem Strategen Sun Tzu: Einen Krieg gewinnt man am besten, indem man ihn erst gar nicht führt. Eine Supermacht braucht militärische Stärke, natürlich. Aber China hat jenseits seiner Grenzen seit 30 Jahren keine Kugel verschossen. Es gehört viel strategische Disziplin dazu, militärische Macht nicht auszuspielen – wenn man inzwischen so viel davon hat.



Autor Mahbubani

ORE HUISING / DER SPIEGEL

* Kishore Mahbubani: »Has China Won? The Chinese Challenge to American Primacy«. PublicAffairs; 320 Seiten; 26,99 Euro.



Passantin vor Luxusgeschäft in Hongkong: »Seid optimistisch«

SPIEGEL: Was die Sorgen von Chinas Nachbarn aber nicht verringert.

Mahubani: Japan und Südkorea sind sehr besorgt über China, viel besorgter als ihr Europäer. Aber sie fürchten nicht, dass China ihre Demokratie unterwandert oder dergleichen. Sie fürchten, dass China die Hackordnung wieder herstellt, die mehr als tausend Jahre lang in Asien galt. Und es stimmt, dieser Prozess wird schmerzhaft sein, vor allem für die Japaner.

SPIEGEL: Wie beurteilen Sie das massive digitale Überwachungsregime, mit dem China die Welt verschreckt?

Mahubani: Darüber sollten wir uns alle Gedanken machen. Im Westen glauben ja manche, das Sammeln von Daten sei in Ordnung, solange das nur private Unternehmen tun. Aber auch auf staatlicher Ebene haben die USA begonnen, jede Unterhaltung auf der Welt aufzuzeichnen, derer sie mit digitalen Mitteln habhaft werden. Das wissen wir vom ehemaligen NSA-Mitarbeiter Edward Snowden. Wer das falsch findet, sollte das durch Taten beweisen. Wir können nicht verlangen, dass die Chinesen aufhören abzuhören, solange es die NSA immer noch tut.

SPIEGEL: Das Ausmaß, in dem Peking die Mittel des Überwachungsstaats gegen das eigene Volk anwendet, ist beispiellos.

Mahubani: Machen wir uns nichts vor, dieser Überwachungsstaat verstärkt natürlich die Fähigkeit der chinesischen Regierung, ihre Bevölkerung zu kontrollieren. Zugleich weiß die Führung: Wenn die Chinesen ihre Regierung nicht mehr wollen, dann werden ihr alle Überwachungsinstrumente der Welt nicht helfen, dann verliert sie, wie andere vor ihr, das »Mandat des Himmels«. Wenn rund 1,4 Milliarden Menschen aufstehen, werden die 90 Millionen Mitglieder der Partei dagegen machtlos sein. Deshalb kontrolliert

► Frage

Ist Chinas Aufstieg zu Ende, bevor er richtig begonnen hat, Herr Mahubani?

China seine Bevölkerung nicht mit brutaler Gewalt, sondern vor allem mit Wirtschaftspolitik.

SPIEGEL: Ist es nicht brutale Gewalt, mit der Peking in der Autonomen Region Xinjiang Hunderttausende Muslime in Umerziehungslager gesteckt hat?

Mahubani: Xinjiang und der Rest von China sind zweierlei. Wenn China ein Unterdrückungsstaat wäre, dann würden die Menschen davonlaufen. Vergangenes Jahr, bevor dieses neuartige Coronavirus ausgebrochen ist, sind 134 Millionen Chinesen ins Ausland gereist. Warum sind die alle wieder zurückgekommen?

SPIEGEL: Die Menschen in Xinjiang bekommen keinen Reisepass. Die können gar nicht ausreisen.

Mahubani: Xinjiang ist ein besonderer Fall. Der Westen hat auf die Bedrohung durch den religiösen Fundamentalismus mit militärischen Operationen reagiert. China hat extreme Maßnahmen verhängt, um die Bevölkerung in Xinjiang zu kontrollieren. Ich frage: Wer hat mit seinem Vorgehen mehr unschuldige muslimische Zivilisten auf dem Gewissen?

SPIEGEL: Das ist eine zynische Frage. Im Westen gibt es massive Kritik am Droh-

nenkrieg, am Einmarsch im Irak. Wer in China Kritik übt, wird eingesperrt.

Mahubani: Warum hat sich keines der muslimischen Länder dem westlichen Protest gegen China angeschlossen?

SPIEGEL: Weil die meisten Regierungen in der islamischen Welt selbst autoritär sind und von chinesischen Krediten profitieren.

Mahubani: Das mag ein Teil der Antwort sein, aber Indonesien zum Beispiel ist kein autoritärer Staat, und seine Regierung vertritt den demokratischen Willen des bevölkerungsreichsten muslimischen Landes. Für viele Muslime ist die Kritik an Pekings Vorgehen in Xinjiang ein zynischer politischer Schritt, um China bloßzustellen.

SPIEGEL: Halten Sie Pekings Unterdrückung der Muslime in Xinjiang für eine wirksame Politik, die einer Kulturnation würdig ist?

Mahubani: Das weiß ich nicht. Vielleicht weiß ich es in zehn Jahren. Entweder erfüllen sich die Prognosen des Westens, und Xinjiang bleibt unterdrückt. Oder aber Chinas Deradikalisierung hat Erfolg, es sitzen dann keine Million Menschen mehr in Umerziehungslagern, und die Polizeipräsenz geht zurück. Eines dagegen ist gewiss: Bei den Konflikten, in denen der Westen eine Rolle spielt, in Syrien, in Libyen, besteht wenig Aussicht, dass sie in zehn Jahren gelöst werden. In Xinjiang ist das zumindest nicht auszuschließen.

SPIEGEL: Warum hat China zwar viele ökonomische Partner, aber keine politischen Bündnisgenossen, keine Freunde?

Mahubani: China hält es mit Lord Palmerston – Länder haben auf Dauer keine Freunde, nur Interessen. Wenn ihnen Venezuela oder Simbabwe bei der Durchsetzung ihrer Interessen hilft, dann arbeiten die Chinesen eben mit diesen Ländern zusammen. Etwas anderes ist die sogenannte Soft Power, die kulturelle Anziehungskraft eines Landes. In dieser Hinsicht waren die USA einst unschlagbar. Damit konnte China nie konkurrieren, aber diesen Ehrgeiz hatte es auch nie. Dafür treiben heute gut 120 Länder der Welt mehr Handel mit China als mit irgendeinem anderen Land.

SPIEGEL: Umgekehrt sind die USA aber für China nach wie vor attraktiv. Warum sonst ist der Onlinehändler Alibaba, eines der wichtigsten chinesischen Unternehmen, nicht in Shanghai, sondern in New York an die Börse gegangen?

Mahubani: Peking hat sehr früh vorausgesehen, dass die USA eines Tages ein Problem mit Chinas Aufstieg haben und einen geopolitischen Wettbewerb vom Zaun brechen werden. So ist es gekommen. Um diesen Prozess zu verzögern, hat Peking gegenseitige Abhängigkeiten zwischen den USA und China geschaffen. Es war eine brillante Idee, chinesische Unternehmen an US-Börsen notieren zu lassen, denn damit haben viele Amerikaner nun selbst ein

Interesse an Chinas Wohlstand. Ganz davon zu schweigen, dass dieser Schritt kommerziell attraktiv war, weil der Marktwert von Firmen wie Alibaba hochgetrieben wurde. Mit Gefühlen hat das nichts zu tun.

SPIEGEL: Dass selbst die Tochter von Staatschef Xi Jinping in Harvard studiert hat – reines Kalkül, weise Voraussicht?

Mahubani: Nicht nur Xi Jinpings Tochter. Wenn Stalin heute leben würde – er wäre schockiert: Chinas Kommunistische Partei lässt zu, dass 300 000 ihrer besten jungen Köpfe an US-Universitäten amerikanischer »Gehirnwäsche« unterzogen werden. Das zeigt Chinas Selbstvertrauen in seine eigene Kultur.

SPIEGEL: Viele reiche Chinesen vertrauen den USA und legen ihr Geld dort an.

Mahubani: Das ist der größte Vorteil der USA gegenüber China: Wenn du eine Milliarde Dollar hast und sie auf 100 Jahre sicher anlegen willst, dann parkst du sie besser in den USA als in China. Denn es wird ein Auf und Ab geben, aber im Grunde ist das politische System in den USA stabil. Niemand weiß, wie Chinas politisches System in 50 Jahren aussehen wird.

SPIEGEL: Damit haben Sie die Titelfrage Ihres neuen Buches – »Hat China gewonnen?« – doch eindeutig beantwortet.

Mahubani: Der Titel ist eine Frage. Die Antwort lautet nicht Ja, sondern: noch nicht. Und die versteckte Frage hinter dem Titel lautet: Kann Amerika verlieren? Für Amerikaner ist es ja unvorstellbar, dass Amerika verlieren könnte.

SPIEGEL: Offenbar stimmt das ja, wie Sie gerade sagten.

Mahubani: Ich hebe in meinem Buch all die Stärken Amerikas hervor, und wenn China glaubt, der Wettbewerb mit Amerika sei bereits entschieden, dann warne ich davor. Niemand weiß, wie dieser Wettbewerb ausgeht.

SPIEGEL: Welche Chinastrategie schlagen Sie dem Westen vor?

Mahubani: Lasst China China sein. Der Westen sollte die Illusion aufgeben, er könnte China verändern. An einem Beispiel ist das bereits offensichtlich – an der Erwar-



Mahubani (r.), SPIEGEL-Redakteur*

»Angst vor der »gelben Gefahr«

tung, eine Liberalisierung der chinesischen Wirtschaft würde zu einer Liberalisierung des politischen Systems führen. Nicht dass das grundsätzlich ausgeschlossen wäre. Aber die Chance, das chinesische System von außen zu liberalisieren, ist praktisch gleich null. Alle Versuche, das zu tun, haben nur die Legitimität des chinesischen Regimes gestärkt. Im Westen erinnert sich kaum jemand daran, wie Kolonialmächte vor 160 Jahren den Peking Sommerpalast geplündert haben. Die Chinesen erinnern sich daran sehr gut, und heute wird jede Einflussnahme als Versuch gewertet, China zu destabilisieren.

SPIEGEL: Welche Position sollte Europa im Ringen zwischen China und den USA einnehmen?

Mahubani: Mich bekümmert Europas Pessimismus. Europa weiß, dass große Herausforderungen bevorstehen, aber es weigert sich, seine geopolitischen Interessen kühl zu analysieren. Was ist die größte Bedrohung für Europa? Nicht Russland, nicht China, sondern die Demografie. 1950 hatte Afrika rund halb so viele Einwohner wie Europa, heute sind es etwa doppelt so viele, im Jahr 2100 könnten es zehnmal so viele sein. Wenn Europa keine Arbeitsplätze nach Afrika exportiert, werden Afrikaner nach Europa kommen. Der Aufstieg der extremen Rechten in praktisch allen europäischen Gesellschaften ist eine Folge davon, dass ihre Regierungen in dieser Frage den Kopf in den Sand stecken.

SPIEGEL: Was hat das mit China zu tun?

Mahubani: Es ist im fundamentalen Interesse Europas, Afrika zu entwickeln, und wenn ihr dafür einen Partner sucht, dann ist das – China. China investiert heute viel mehr in Afrika als die USA. Außenminister Mike Pompeo hat in Addis Abeba gerade eine Rede gehalten, die eine Beleidigung der Afrikaner war. Vertraut den Chinesen nicht, sagte er dort – zu einem Kontinent, dem China so viel gegeben hat.

SPIEGEL: Um Pekings eigene Interessen voranzutreiben.

Mahubani: Chinas Investitionen in Afrika sind jedenfalls ein geopolitisches Geschenk an Europa. Aber statt den Chinesen zu danken, ohrfeigt ihr sie.

SPIEGEL: Die Debatte um den umstrittenen Netzwerkausrüster Huawei zeigt aber: Viele Europäer trauen China nicht.

Mahubani: Wir tun oft so, als wäre unsere Einstellung zu anderen Ländern von kühlen, logischen Erwägungen geprägt. Wenn das so wäre, verstünden die Europäer, dass China zwar kein Freund ist, aber dass Europas und Chinas Interessen konvergieren. Die negative Haltung vieler Europäer gegenüber China hat einen emotionalen Grund. Sie hat mit der tief sitzenden Angst vor der »gelben Gefahr« zu tun, die jetzt erneut an die Oberfläche drängt.

* Bernhard Zand in Singapur.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass ein chinesischer Huawei-Mitarbeiter dem Wunsch seiner Regierung widerstehen könnte, alles über Europa herauszufinden, was ihm die Technologie ermöglicht?

Mahbubani: China wird über kurz oder lang genau die gleiche Fähigkeit besitzen, in das Kommunikationsnetz jedes Landes einzudringen wie die USA – mit oder ohne Huawei. Wenn ihr eure Kommunikationssysteme schützen wollt, sperrt Huawei ruhig aus. China könnt ihr damit aber nicht aussperren.

SPIEGEL: Wenn das so ist – was spricht dann dagegen, sich lieber von Amerikanern als von Chinesen ausspionieren zu lassen? Amerika ist den meisten Europäern kulturell zumindest näher als China.

Mahbubani: Tut das doch. Ich ermutige euch: Kauft amerikanische 5G-Technik, wenn ihr das wollt.

SPIEGEL: Ein maliziöser Vorschlag, denn Amerika hat keine großen 5G-Unternehmen. Die größten 5G-Firmen neben Huawei und weiteren ostasiatischen Anbietern sind Nokia und Ericsson, zwei europäische Unternehmen.

Mahbubani: So ist es. Und bedenken Sie: Es leben 7,5 Milliarden Menschen auf der Welt, etwa eine Milliarde davon im Westen. Euer Wohlstand hängt am Ende davon ab, was die anderen 6,5 Milliarden tun. Wenn nur die Hälfte von denen Huawei kauft, seid ihr gern sentimental und kauft amerikanische Technologie. Schneidet euch ab vom Rest der Welt. Europa hat jedes Recht, diese Entscheidung zu treffen.

SPIEGEL: Sie sehen also nicht nur Amerika, sondern auch Europa in Gefahr, das asiatische Jahrhundert zu verschlafen. Aber eines immerhin hat Europa geschafft: Es hat die großen Zerwürfnisse seiner Geschichte überwunden. Die Konflikte in Kaschmir, in Hongkong, im Südchinesischen Meer zeigen, dass Asien mit der Aufarbeitung seiner Geschichte noch nicht einmal begonnen hat.

Mahbubani: Vielleicht überrascht Sie das nach diesem Gespräch, aber ich stimme völlig zu. Zurzeit gibt es weder in Europa noch in Asien große Kriege. Aber anders als in Europa ist die Gefahr eines Krieges in Asien nicht ausgeschlossen. In dieser Hinsicht ist uns Europa weit voraus. Mir liegt Asien am Herzen, deshalb habe ich in den vergangenen sechs Monaten Geld gesammelt und eine Initiative gestartet, das »Asiatische Friedens-Programm«. Im Juli fangen wir an. Wir werden nach Lösungen für Asiens Konflikte suchen: Kaschmir, die Krise zwischen Indien und Pakistan, der Inselstreit im Südchinesischen Meer, Nord- und Südkorea. Unser Traum ist es, dass ein Krieg in Asien eines Tages so unwahrscheinlich ist wie heute in Europa.

SPIEGEL: Herr Professor Mahbubani, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Flexibel bleiben. Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten.

Frei Haus.

Der SPIEGEL jede Woche direkt nach Hause

4 % sparen.

Für nur €5,10 pro Ausgabe statt €5,30 im Einzelkauf

Ohne Risiko.

Jederzeit kündbar, Urlaubsservice möglich

Vergünstigte Tickets.

Für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen auf www.spiegel-live.de

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/flexibel

oder telefonisch unter 040 3007-2700

(Bitte Aktionsnummer angeben: SP-FLEX)

Keine
Mindest-
laufzeit



Wahlkampf ohne Wähler

USA Die Zahl der Infizierten wächst – und damit die politische Gefahr für Donald Trump.

Was hat der Mann nicht schon alles überstanden: die Russlandaffäre, das Impeachment, die Enthüllungen mutmaßlicher Seitensprünge. Es hat ihm alles nicht geschadet. Gerade noch wähnte sich Donald Trump auf dem sicheren Weg zur Wiederwahl. Doch dann kam Corona. Könnte Trump ausgerechnet von einem Virus politisch erledigt werden? Die simple Antwort lautet Ja.

Erstmals hat es Donald Trump mit einer Krise zu tun, bei der ihm seine übliche politische Taktiererei nicht weiterhilft. Er kann sie nicht wegreden oder wegtwitzen. Auch Leugnen funktioniert diesmal nicht. Das Virus ist real und wird von Tag zu Tag zu einem größeren Problem – für die USA und damit auch für ihn. Inzwischen sind mehr als 1300 Amerikaner infiziert, darunter der Schauspieler Tom Hanks und dessen Frau. New York hat in New Rochelle bereits Teile der Vorstadt abgesperrt. Die Börse spielt verrückt.

Der letzte Präsident, der im Krisenfall massiv versagte, war George W. Bush, als Hurrikan »Katrina« 2005 die Golfküste verwüstete und mehr als 1800 Menschen starben. Diesmal trifft die Krise das ganze Land. Und mehr denn je wäre im Weißen Haus nüchterne, seriöse Führung gefragt.

Stattdessen erleben Amerikas Bürgerinnen und Bürger einen überforderten Präsidenten, der seit Wochen einen bizarren Zickzackkurs fährt. »Das Virus wird wie durch ein Wunder verschwinden«, verkündete Trump zunächst. Und alle, die sich testen lassen wollten, könnten dies tun – was nachweislich nicht stimmte.

Mit einer Rede zur Nation aus dem Oval Office versuchte Trump dann am Mittwoch, Führungsstärke zu demonstrieren. Der Versuch wurde zum Desaster. Hektisch atmend und sichtlich aufgeregt, schob er die Schuld für die Krise auf andere. Es handle sich um ein »ausländisches Virus«, betonte Trump. Dann verkündete er einen 30-tägigen Einreisestopp für Europäer – eine drastische Maßnahme. Die Bürger Großbritanniens, wo sein Kumpel Boris Johnson regiert, nahm er explizit aus. Anstatt wissenschaftlich fundierte Maßnahmen zu verkünden, nutzt der Präsident das Virus, um seine politischen Obsessionen auszuleben. Trump will das Virus mit dem Mittel stoppen, dem er vertraut: der Abschottungspolitik.

Die Ankündigung sorgte für zusätzliches Chaos. Denn kurz darauf musste das Weiße Haus gleich drei Behauptungen Trumps wieder zurücknehmen – so hatte er behauptet, »eine massive Menge Handelsgüter« aus Europa werde nicht mehr in die USA gelangen. Damit verunsicherte er die abstürzenden Märkte noch zusätzlich.

Vielen Wählern ist das Durcheinander im Weißen Haus nicht entgangen. Auch Amerikaner mögen es nicht, wenn

sie in einer ernsten Krise das Gefühl haben, dass ihr Staat die Kontrolle verliert. Dazu kommt: Ein Präsident, der Verschwörungstheorien nachhängt, regelmäßig lügt und glaubt, dass Autismus durch Impfen verursacht wird, genießt keinen Vertrauensvorsprung in einer globalen Gesundheitskrise. Am 3. November wird in den USA gewählt. Umfragen signalisieren, dass die Unzufriedenheit mit Trump und seinem Krisenmanagement wächst.

Selbst das sonst eher Trump-freundliche »Wall Street Journal« warnt: »Das Coronavirus ist drauf und dran, zum mächtigsten Gegner des Präsidenten zu werden.« Das konservative Blatt »National Revue« urteilt: »Trump schafft es nicht, seiner Führungsverantwortung gerecht zu werden.«

Als Problem erweist sich nun Trumps Hang, politische Gegner wie Todfeinde zu behandeln. Die Atmosphäre zwischen den Republikanern und den Demokraten ist vergiftet, die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg erschwert. Als sich Vizepräsident Mike Pence im Bundesstaat Washington über die Lage informieren wollte, wurde er von Trump vor dem zuständigen Gouverneur Jay Inslee, einem Demokraten, gewarnt. Dieser sei, so Trump, »eine Schlange«.

Das Virus wird auch Trumps Pläne für den Wahlkampf auf den Kopf stellen. Mit ziemlicher Sicherheit muss er vorerst auf seine berühmt-berüchtigten Großkundgebungen in Stadien verzichten. Selbst kleinere Zusammenkünfte mit Unterstützern und Spendern werden wohl ausfallen. Das gilt zwar auch für seinen wahrscheinlichen Kontrahenten Joe Biden; doch Trumps Wahlkampf 2016 lebte von den Massenveranstaltungen. Der Wahlkampf 2020

könnte ohne Wähler stattfinden – das würde vor allem Trump schaden.

Der Präsident muss zudem fürchten, sein wichtigstes Thema zu verlieren: die Stärke der US-Wirtschaft. Sollte es tatsächlich zu einer Rezession und zu einer höheren Arbeitslosigkeit kommen, bliebe ihm nicht mehr viel, mit dem er vor den Wählern prahlen könnte.

Es rächt sich jetzt, dass Trump in den vergangenen Monaten die immer neuen Höchststände des Dow Jones als Beleg für sein vermeintlich segensreiches Wirken angeführt hat. Seit die Börsenkurse abstürzen, tritt der umgekehrte Effekt ein. Plötzlich erscheint die Talfahrt wie ein direkter Ausweis seines Versagens in der Krise.

Kein Wunder, dass Trumps Rivalen die Chance wittern, die Schwäche des Präsidenten für sich zu nutzen. Joe Biden empfiehlt sich den Wählern als Mann, der das Land bereits acht Jahre lang an der Seite von Barack Obama geführt hat, und den Wählern eine Rückkehr zur Ernsthaftigkeit anbietet. Roland Nelles



DOUG MILLS / THE NEW YORK TIMES / REDUX / LAIF

► Frage

Hilft Corona gegen Trump?

Das Spiel ist aus

Fußball Das Virus stürzt den Profisport ins Chaos. Spielzeiten werden abgebrochen, Wettbewerbe abgesagt. Und es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis auch die Bundesliga vorzeitig abgepfiffen wird.

Verlorene Partien. Verletzte Spieler. Akute Abstiegsgefahr. Michael Born hat in der Vergangenheit schon häufiger um die Zukunft seines Vereins gebangt. Dass ihm einmal ein Virus viel größere Sorgen bereiten würde, damit hätte der kaufmännische Geschäftsführer von Dynamo Dresden nie gerechnet. »Die aktuelle Situation um das Coronavirus verschärft unsere ohnehin schon angespannte Lage«, sagt der 52-Jährige.

Dynamo steht in der zweiten Fußballbundesliga auf dem letzten Platz. Doch inzwischen gibt es ein Szenario, das deutlich schlimmer für Born wäre als der Abstieg allein: ein Abstieg vor leeren Rängen und ein wirtschaftlicher Ruin.

Der deutsche Fußballbetrieb in Liga eins und zwei findet am Wochenende wegen des Coronavirus fast nur noch ohne Publikum statt. Keine Besucher bedeutet keine Zuschauereinnahmen. Die aber bilden bei Dynamo rund 20 Prozent der Gesamteinkünfte. Auf mehr als zwei Millionen Euro schätzt Born die Verluste, sollte bis zum Saisonende ohne Zuschauer gespielt werden: »Es ist eine extrem schwierige Situation. Es wäre ein tiefer Einschnitt – wir würden

► Frage

Gefährdet das Virus die Fußball-EM?

in unserer Entwicklung weit zurückgeworfen.«

Durch das Coronavirus versinkt die internationale Sportwelt im Chaos. Schon jetzt wurden wichtige Turniere bis hin zu Weltmeisterschaften abgesagt, die nordamerikanische Profi-Basketballliga hat ihre Saison unterbrochen, die Deutsche Eishockey Liga ihre Spielzeit vorzeitig beendet. Den Olympischen Spielen in Tokio droht eine Verschiebung in den Oktober oder gar ins Jahr 2022.

Das Spiel ist aus.

Nahezu alle Sportvereine und -verbände haben Krisenstäbe installiert, spielen alle erdenklichen Szenarien durch. Was, wenn nach Hannover 96 immer mehr Mannschaften unter Quarantäne gestellt

werden? Wie gehen wir mit den Fans um, mit unseren Sponsoren, wenn ganze Partien ausfallen?

Es gibt viele Fragen, aber nur wenige Antworten, geschweige denn Lösungen.

Hinzu kommen stündlich neue Entwicklungen. Bis vor wenigen Tagen wurde darüber diskutiert, ob Fußball ohne Fans noch Fußball sei – in Wahrheit weiß niemand, ob es überhaupt noch ein Spiel geben wird, wenn diese SPIEGEL-Ausgabe erscheint.

Die Gesamtlage im Fußball ist auch deshalb so dramatisch, weil die Funktionäre sich zu lange für immun gehalten haben; es trotz drohender Pandemie für sie anscheinend weiterhin nichts als Tore, Tabellen und Spieltage gab.

Für Montag hat die Deutsche Fußball Liga (DFL) einen Krisengipfel einberufen mit den Vertretern der 36 Erst- und Zweitligaklubs. Treffpunkt: 11.30 Uhr, Sheraton, Terminal 1, Flughafen Frankfurt.

Der Druck könnte kaum höher sein, denn allen Beteiligten ist klar: Ohne einen guten Plan können sie die Zusammenkunft nicht verlassen. Die Vereine müssen dabei überleben, ob und wie der Spielbetrieb überhaupt aufrechterhalten werden kann.

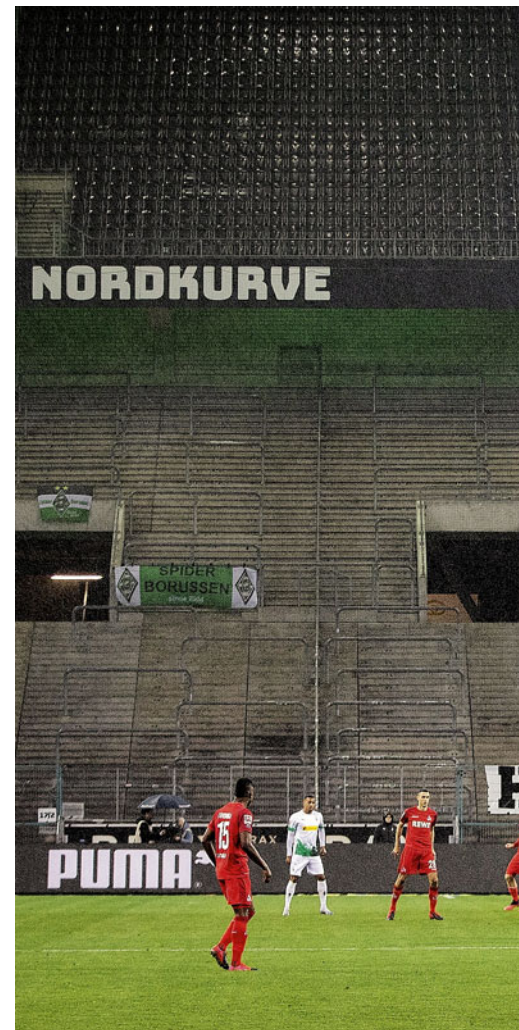
Ein Saisonende zum jetzigen Zeitpunkt würde den deutschen Profifußball laut einem DFL-Funktionär zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Euro kosten. Für einige Vereine könnte dies in der Insolvenz enden.

Schon jetzt tobt ein Kampf der unterschiedlichen Interessen. Viele der 18 Erstligisten können leere Stadien eine Zeit lang verkraften. In der vergangenen Saison stammten im Schnitt 12,9 Prozent ihrer Einnahmen aus Ticketverkäufen. Wichtiger sind für sie die Gelder aus den TV-Verträgen (36,9 Prozent) und der Werbung (21 Prozent).

Wobei es zwischen den Klubs große Schwankungen gibt. Für Vereine wie Dynamo Dresden, das mit rund 28 000 Zuschauern pro Spiel über einen hohen Schnitt in der Zweiten Liga verfügt, sind die Zuschauereinnahmen wesentlich wichtiger, sogar existenziell.

Der Fußball wird an diesem Montag somit nicht nur beweisen müssen, wie solidarisch er gegenüber der Gesellschaft ist, sondern wie solidarisch er innerhalb des eigenen Betriebs ist.

DFL-intern wird derzeit diskutiert, ob es einen Fonds, eine Art Solidartopf, ge-



ben soll, um die Zuschauereinbußen, aber auch mögliche Spielabsagen aufzufangen. Die Liga hat Rücklagen für Sondersituationen gebildet. Daraus könnte sie nun schöpfen.

Ein Spieltag ohne Zuschauer kostet die Klubs der beiden höchsten Ligen durchschnittlich insgesamt rund 25 Millionen Euro. Bis zum Saisonende würden das Einbußen in Höhe von etwa 225 Millionen Euro bedeuten. Diese könnten zum Teil ausgeglichen werden durch den Vorgriff auf die TV-Gelder der kommenden Saison, die höher ausfallen werden als in der jetzigen.

Ein DFL-Funktionär, der nicht genannt werden möchte, sagt: »Wir können aus uns selbst heraus eine Lösung für diese schwierige Lage schaffen, aber nur, wenn wir zusammen agieren.«

Doch die Frage ist, ob die Klubs dazu bereit sind. Vor allem kommt es auf die Schwergewichte wie den FC Bayern München und Borussia Dortmund an, die nächste Saison je rund 80 Millionen Euro Fernsehgelde erwarten, Stand jetzt. Kleinere Vereine wie der VfL Bochum bekommen nur rund zwölf Millionen Euro TV-Gelder



Bundesligaspiel in Mönchengladbach*

Nichts ist mehr undenkbar

in der kommenden Saison. Sie würden also weniger in den Solidartopf einzahlen.

Wie nervös die DFL geworden ist, zeigt ein Brief vom Mittwoch. Absender: Christian Seifert, DFL-Chef. Adressaten: die Vereinsführungen. In dem Schreiben mahnt Seifert, sich mit öffentlichen Äußerungen bis zu dem Treffen am Montag zurückzuhalten. Spekulationen seien nicht zielführend. »Auch das Extremszenario eines Saisonabbruchs, welches spätestens durch die gestrige Entscheidung der Deutschen Eishockey Liga als Option einer Sportliga mindestens denkbar ist, sollte ganz sicher nicht zum jetzigen Zeitpunkt auch nur als Idee platziert werden.«

Tags darauf tagte die Basketballbundesliga und setzte den Spielbetrieb bis auf Weiteres aus. Kurz darauf zog die Handballbundesliga nach, unterbrach die Saison bis Ende April.

Die Situation stellt sich dort noch dramatischer als im Fußball dar, denn Handballvereine sind von Zuschauereinnahmen viel abhängiger. Wolfgang Strobel ist Geschäftsführer des Bundesligisten HBW Balingen-Weilstetten. Fast stündlich bringt er sich mit den Gesellschaftern auf den

neuesten Stand, steht in ständigem Austausch mit mehreren Anwälten. »Es brennt an allen Ecken. Immerzu prasseln neue Infos auf uns ein. Es gibt keinerlei Planungssicherheit mehr für die aktuelle Saison«, sagt Strobel.

Sein Verein spielt in einer der kleinsten Hallen der Liga, der Jahresetat beläuft sich auf drei Millionen Euro. Die Ticketeinnahmen machten »einen hohen Anteil« aus, sagt Strobel. »Sollte der Verein haftbar sein, reicht ein Spiel ohne Zuschauer, dass es für uns sehr eng wird.«

In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Frage aufgeworfen, wieweit Vereine grundsätzlich gegen Partien ohne Fans versichert sind. Die Antwort: gar nicht.

Die ohnehin schon dramatische Lage wird sich verschärfen, wenn Mannschaften ganz oder teilweise unter Quarantäne gestellt werden. Der Londoner FC Arsenal und Juventus Turin sind davon schon betroffen, ebenso Spieler von Real Madrid. Der erste Corona-Infizierte im deutschen Fußball ist Timo Hübers, er spielt bei Han-

nover 96. Inzwischen steht die gesamte Mannschaft unter Quarantäne. Ihr nächster Gegner wäre am Sonntag Dynamo Dresden gewesen.

Überall werden derzeit unterschiedliche Lösungen diskutiert, doch Fußball ist ein komplexes Geschäft, weil jede deutsche Profiligen in einen internationalen Rahmenkalender eingebunden ist. Das wird am Beispiel Spieltagsverschiebungen deutlich: Sie wären eine theoretische Möglichkeit, aber es gibt nur wenig Spielraum für die DFL, die Saison zu verlängern. Bislang will der Europäische Fußballverband am 12. Juni in Rom die Europameisterschaft anpfeifen lassen – knapp drei Wochen nach dem deutschen Pokalfinale am 23. Mai und nur 13 Tage nach dem Champions-League-Finale am 30. Mai.

Am Dienstag will sich die Uefa in einer Videokonferenz mit allen Mitgliedsverbänden austauschen. Es ist davon auszugehen, dass dort die EM 2020 beendet wird, möglicherweise auch die Europa League und die Champions League dieser Saison.

Doch ein Verschieben der EM ins kommende Jahr schüfe neue Probleme: Auf den Sommer 2021 ist die Klub-WM des Weltverbands Fifa terminiert – in China.

Nie zuvor hat sich die Profitgier der internationalen Verbände mit immer ausgehenderen Wettbewerben so gerächt.

Die radikalste Option hierzulande ist der Saisonabbruch. Für viele das Worst-Case-Szenario. Denn es würde Klubs und Verbände in ein nie da gewesenes Chaos stürzen.

Weil es am Ende aber genau darauf hinauslaufen könnte, haben sich Vereine, die finanziell massiv darunter leiden würden, schon konkrete Gedanken gemacht. Würden die Ligen abrupt enden, sollten die aktuellen Tabellenstände nur über Aufstiege, nicht aber über Abstiege entscheiden. Aus der Zweiten Liga sollten demnach die beiden Erstplatzierten in die Bundesliga hochrücken, im Moment wären das Arminia Bielefeld und der VfB Stuttgart.

Absteigen aber sollte aus der Bundesliga kein einziges Team. Gleiches würde für die Übergänge von Zweiter Liga zu 3. Liga gelten. Bundesliga und Zweite Liga würden dann eine Saison lang mit je 20 Klubs spielen. DFL-Boss Seifert soll dieses Modell allerdings ablehnen.

Wie weit ist die Liga tatsächlich noch vom Saisonabbruch entfernt? Nichts sei mehr undenkbar, sagt ein DFL-Funktionär im Hinblick auf den Krisengipfel am Montag. »Wie es sich im Moment anfühlt, spielen wir diese Saison nicht zu Ende.«

Jörn Meyn, Antje Windmann

* Am vergangenen Mittwoch gegen den 1. FC Köln.

Nils Minkmar

Endlich ist nichts mehr so, wie es war

Essay Das Coronavirus wirft den Alltag um. Möglicherweise steht das Land bald still. Dieser neuen Lage kann nicht mit alten Parolen begegnet werden.

Es beginnt mit einem Kichern. Man niest in die Armbeuge und berührt Klinken und Knöpfe nicht mehr mit dem nackten Finger. Am Anfang ist das neu und übertrieben, man lacht ein wenig, so wie der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan beim Fototermin in Brüssel: Man klopft sich jetzt selbst aufs Herz, reicht sich nicht mehr die Hand. Ganz zu Anfang ist die Pandemie eine Novität wie der Tanz aus »Gangnam Style« oder der Fidget Spinner, den Kinder eine Weile lang unbedingt durch die Finger gleiten lassen wollten. So macht man das jetzt, sagt das Internet – verrückte Zeiten. Noch ist niemand krank, den man kennt.

Das Kichern weicht bald dem Schrecken, auf den die Warnung vor Panik folgt, und die verstummt in der Sorge. Bald sieht die Welt anders aus. Das Jahr war schon ganz durchgeplant mit Reisen, Konferenzen und Kongressen, nun sind die Flughäfen und Kalender leer. Die E-Mails gleichen sich, die Betreffzeilen sind Absagen, so liest man es, und so schreibt man es auch. Etwas bang, nervös, in dieser seltenen, fast verbotenen Empfindung, der Angstlust – bevor der Verstand der Empathie und der Sorge wieder Vorfahrt einräumt.

Nun stellt sich etwas ein wie zu Schulzeiten, wenn in der Nacht so viel Schnee fiel, dass die Wege am Morgen nicht überall sicher waren. Die Schule wurde dann abgesagt, obwohl sie sonst wie ein Naturgesetz das Leben regierte. Das waren denkwürdige Vormittage in Freiheit, die deutlicher in Erinnerung geblieben sind als manches Schuljahr.

Alles könnte anders sein – mit der Unabweisbarkeit der Pandemie und unserer Hilflosigkeit ergibt sich ein Moment der Freiheit. Schon Albert Camus schrieb von der »befreienden Pest«. Was bis gestern normal war, wirkt heute seltsam. Bürgerinnen und Bürger erleben überall auf der Welt die Inkompetenz ihres jeweiligen Systems – und frei nach Tolstoi ist jedes Land auf seine ganz eigene Art inkompetent. Die einen unterdrücken Informationen, die anderen verbreiten sie, handeln aber nicht. In Europa erkennen wir die Absurdität unserer Tradition der Kleinstaaterei. Da wird nicht nur von Deutschland auf Norditalien geschaut, als wäre das ein anderer Planet, auch in Hessen wähnt man sich sicher, weil Nordrhein-Westfalen ja weit weg ist. Europa wirkt in diesen Tagen wie eine Einkaufsmeile ohne Kunden und ohne Güter, einfach planlos.

Nichts ist mehr, wie es war. Dieser Satz klingt nach Echo, wir haben damit eine gewisse Übung: Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und der Pleite von Lehman Brothers im September 2008 hieß es jeweils auch, nun sei nichts mehr, wie es vorher war. Und doch war der globalkapitalistische Alltag relativ schnell wiederher-

gestellt. Man besorgte Geld, damit es möglichst schnell wieder ausgegeben würde, auf den Kreislauf kam es an, die Betriebstemperatur der Konjunktur musste stimmen. Sogar noch frenetischer als zuvor. Globalisierung, Digitalisierung und Wachstum haben unsere Gesellschaft seitdem noch fester im Griff. Und nun, ohne große Vorbereitung, überfällt uns die Erkenntnis, dass all diese drei Beschleuniger von dieser Pandemie gehemmt werden.

Oder nicht? In der digitalen Welt kann man zu Hause arbeiten, die Gespräche per Videokonferenz erledigen, die Kinder sollen idealerweise Onlinekursen folgen, wenn ihre Schule geschlossen wird. Eigentlich könnte es weitergehen wie bisher, bloß mit mehr Einsatz der digitalen Plattformen. Draußen wütet die Seuche, drinnen ist es optimiert und produktiv, man merkt nichts davon.

Aber es gibt kein business as usual, wenn eine Pandemie tobt. Warum ist es uns so wichtig, an dieser Illusion festzuhalten? Wie süchtig nach Arbeit und Wachstum sind wir geworden, dass selbst in Fragen von Leben und Tod der erste Gedanke ist, wie der Börsenkursverfall gestoppt und der Wirtschaft geholfen werden kann? Die Frage, vor die wir gestellt werden, ist doch von märchenhafter Reinheit: Geld oder Leben?

Wer zuletzt eine Nachrichtensendung geschaut hat, kennt die Antwort der Verantwortungsträger: Wir müssen die Wirtschaft stützen. Die Regierenden in Land, Bund, Europa übernehmen die Rolle von Hilfsmanagern, die »der Wirtschaft« über die Runden helfen. Das wird aber nicht reichen. Die Notwendigkeit grundlegender Änderungen war schon vor Corona da, ergibt sich aus der Klimakrise, aus der großen Erschöpfung der Mittelschichten. Immer muss es brennen, das ist das Mantra des wachstumsfixierten Digitalkapitalismus. Du für deine Firma, die Motoren für uns alle. Ist das die beste Art, Leben, Arbeit und Umwelt zu versöhnen?

Die Globalisierung war von hehren Ideen der Völkerverständigung und Freiheit inspiriert – übrig geblieben sind brutale Liefer- und Produktionsketten sowie ein frenetischer Handel. Auf dem Gebiet der gemeinsamen Verantwortung, der Planung und der Vorsorge sind eher Rückschritte zu verzeichnen, so sucht sich jedes Land allein seinen Pfad aus der Epidemie.

► Frage

Ist die Corona-Epidemie die Katastrophe, nach der wir uns gesehnt haben?

Solidarität und Gemeinsamkeit sind seit Jahrzehnten schon aus der Mode. Unsere Gesellschaft begünstigt den Ausdruck von Individualität und Identität, die Privatdefinition als Mensch mit besonderen Ansprüchen in steter Konkurrenz zu denen der anderen. Hinzu kommt die politische Polarisierung durch das Aufkommen von Islamisten und Rechten in Europa, das Denken in Freund-Feind-Kategorien ist wieder verbreitet. Der universalistische Gedanke, nach dem Bürgerinnen und Bürger aus allen Richtungen und Religionen zusammenkommen, dann aber in einer Republik mehr Gemeinsames als Trennendes suchen, hat kaum noch Anziehungskraft. Ist es überhaupt noch möglich, gemeinsam etwas zu verän-



Straßen in Mailand

DUILIO PIAGGESI / DDP IMAGES

wird es ein Rätsel bleiben, warum in diesen Tagen nicht die Bundeskanzlerin und beispielsweise ihre Kollegen aus Frankreich, Italien und Österreich gemeinsam vor die Kameras traten. Wir sind mit einer Entwicklung konfrontiert, deren weiteren Verlauf wir uns nicht richtig vorstellen können. Aber wir begegnen dieser neuen Lage mit alter Rhetorik, gewohnten Appellen und müden Maßnahmen. Was, wenn die völlig unzulänglich sind? Wie lebt ein Viertel oder eine Stadt weiter, wenn Tausende zu Hause bleiben müssen? Was, wenn die Epidemie viel länger dauert oder wenn das Virus sich verändert?

Heute blinzeln wir eher in die Zukunft und versuchen, Schemen des Kommenden zu erkennen. Nie war der Satz zutreffender, dass wir das Schicksal in unseren Händen halten. Aber es ist kein tröstlicher Satz. Eigentlich stehen uns die gleichen Mittel zur Verfügung, die die Menschen zur Zeit der großen Seuchen schon kannten: Wasser, Seife und Abstand halten. Bis vor wenigen Tagen waren wir stolz auf all die Apparate und Präparate, die Gesetze und Institutionen, die uns so sicher machten, weit entfernt von der Lebenswelt der Vorfahren. Aber schon zirkulieren die Leitlinien italienischer Kliniken im Netz, wie die Kategorisierung und Triage der viel zu vielen Patienten vorzunehmen seien. Wer schafft es, wer eher nicht? Noch vor Kurzem war solch ein Szenario den Krisenhelfern in Katastrophengebieten vorbehalten. Wer weiß, wie es in einigen Wochen aussieht?

dern? Wenn diese Frage einmal formuliert ist, wird es schwer, zur Normalität zurückzukehren. Oder das, was wir bis eben dafür hielten.

Es kann nicht normal sein, dass die Angst vor hohen Sterberaten bei älteren Menschen, vor einer Überforderung der Kliniken und dem Zusammenbruch unseres Gesundheitssystems mit Diskussionen über Steuererleichterungen für die deutsche Industrie beantwortet wird.

Die Katastrophenfilme der vergangenen 30 Jahre spielten immer mit dem Gefühl, dass es einen Ausweg aus dem geregelten Alltag geben muss, in dem die meisten Menschen leben, dass etwas an der Existenz in der verwalteten Welt des Kapitalismus grundlegend falsch ist.

Jetzt ist also der Moment, Pause zu machen und nachzudenken: über unser Land, über unser Gemeinwesen. Die herkömmlichen politischen Lager haben ausgedient, aber Politik ist wichtiger denn je. Die Pandemie macht das deutlich: Nur der Staat kann so eine Krisenbekämpfung koordinieren, um den Verlauf zu mildern und die Folgen abzuschwächen. Dazu müsste jemand die Maschinen stoppen, und zwar am besten in ganz Europa. Ewig

Die Bürgerinnen und Bürger sind Veränderungen gewohnt, in Beruf und Familie hat sich viel gewandelt in den vergangenen Jahren. Für die Institutionen, die Rituale des Politischen und das allgemeine Empfinden von Normalität und Zumutbarkeit gilt das nicht. Die Umbrüche, die wir kennen, mündeten alle in denselben Alltag, wir hatten Glück und wurden geschont. Aber ist das auch dieses Mal so? Viel wird sich ändern, es gibt ein Europa vor und ein Europa nach dem Virus, und damit wir gut durchkommen, brauchen wir all unsere Fantasie – die dunkle und die findige.

Europa ist in den Städten entstanden. Sich zu Fuß über einen Platz zu bewegen, dort zu flanieren, zu diskutieren, zu handeln, das ist die wesentliche europäische Erfahrung, der freie politische Diskurs im Café ist eine historische Errungenschaft. Der leere Markusplatz von Venedig, die leere Passage Vittorio Emanuele II in Mailand, die leeren Stadien sind Symbole: Wir sehen plötzlich besser, was es für Orte sind, frei und voller Versprechen, in denen man mehr machen kann, als Geld auszugeben und einzunehmen. Nachdenken und diskutieren, wie es jetzt weitergeht nach dem Wahnsinn, den wir für Normalität hielten. ■



Treppe vor Festivalpalais Cannes: Nur ein paar Hundert Kilometer von der Lombardei entfernt

Lieber auf der Couch

Filmbranche Kinos werden geschlossen, Blockbuster verschoben, Festivals abgesagt. Die Profiteure der Coronakrise könnten die Streamingdienste sein.

In Zeiten der Krise erlebt das Kino nicht selten einen Boom. In den Dreißigerjahren, nach dem Börsenkrach von 1929, oder während des Zweiten Weltkriegs kamen die Zuschauer in Massen. Gerade das Kollektiverlebnis in gefüllten Sälen, das gemeinsame Lachen, Weinen und Bangen, gab ihnen offenbar die Hoffnung, auch schwersten Widrigkeiten trotzen zu können.

Seit dem 11. September 2001 gab es immer wieder Phasen, in denen die Menschen Angst hatten, ins Kino zu gehen, weil sie fürchteten, Opfer von Anschlägen oder Amokläufen zu werden. Aber auch da war es immer die Gemeinschaft, die sich einer Bedrohung gegenüber sah und sich ihr entgegenstellte. Die Menschen strömten weiterhin in die Säle.

Die Coronakrise könnte dies grundlegend verändern. Auf einmal droht die Gemeinschaft selbst das Problem zu werden, der Sitznachbar, von dem man sich bislang immer so gern mit seinem Lachen anstecken ließ. Corona kehrt das, was den Reiz und die Besonderheit des Kinos ausmacht, in einen Grund um, es zu meiden.

Die Filmbranche ist deshalb in Alarmstimmung. Seit Ende Januar sind in China nahezu alle der 70 000 Kinos geschlossen,

die bisherigen Verluste sollen sich schon auf zwei bis drei Milliarden Dollar belaufen. Die Dreharbeiten des neuen »Mission: Impossible«-Films, die in Venedig stattfinden sollten, mussten verschoben werden.

Auch das James-Bond-Abenteuer »Keine Zeit zu sterben«, das Anfang April anlaufen sollte, wurde auf November verschoben. Geschätzte Kosten der Verlegung: bis zu 50 Millionen Dollar. »Peter Hase 2«, die Fortsetzung des Kinderfilm-Blockbusters von 2018, wird nicht wie geplant Ende März ins Kino kommen, sondern erst im August. Immer mehr Filme purzeln aus dem Programm.

Die Frage ist auch, ob das Festival von Cannes Mitte Mai, einer der Höhepunkte des Kinjahrs, stattfinden wird. Bisher wollen die Offiziellen daran keinen Zweifel aufkommen lassen. Momentan scheint es schwer vorstellbar, dass Hollywoodstars in eine Region reisen, die nur ein paar Hundert Kilometer von der Lombardei ent-

► Frage

Fällt im Kino jetzt endgültig der Vorhang?

fernt liegt, dem bislang am stärksten von Corona betroffenen Gebiet in Europa.

Die Nervosität der deutschen Kinobranche merkt man auch daran, dass sich viele nicht äußern wollen – oder nur sehr unverbindlich. »Zum jetzigen Zeitpunkt lassen sich noch keine Umsatzeinbußen durch das Coronavirus ablesen«, antwortet Christine Berg vom HDF, dem Hauptverband Deutscher Filmtheater.

Tatsächlich waren die Zahlen des ersten Märzwochenendes ganz in Ordnung, lagen sogar über denen der Vorwoche. Den erfolgreichsten Film, die Adaption von Marc-Uwe Klings »Känguru-Chroniken«, sahen 320 000 Zuschauer – der bislang erfolgreichste Start einer deutschen Produktion in diesem Jahr.

»Angesichts der Lage sind die Zahlen super«, sagt »Känguru«-Produzent Stefan Arndt. »Wie sie ohne Corona wären, kann man natürlich nicht sagen.«

Er findet, dass die Coronakrise zu einer »Kollektivhysterie« geführt hat. »Die Zuschauer im Saal klatschen sich ja nicht ab oder bespucken sich. Kino hatte ja immer auch was von einem Jahrmarktvergnügen. Gerade in schweren Zeiten sollte man den Menschen nicht die Gelegenheit nehmen, auf andere Gedanken zu kommen.«

Wahrscheinlich muss man so reden, wenn man gerade einen potenziellen Blockbuster produziert hat, der die Zuschauer deutlich besser gelaunt aus dem Saal entlässt, als sie ihn betreten haben. Der allerdings zum Flop werden könnte, sollten die Zahlen einbrechen.

»Natürlich wissen wir nicht, wie es weitergeht, wie schlimm alles noch kommt«, sagt Arndt. »Das Kino als sozialen Ort sehe ich aber überhaupt nicht gefährdet. Das Bedürfnis nach gemeinsamem Erleben wird bleiben, denn es ist einfach zutiefst menschlich.«

Das Kino hat schon viele Krisen überstanden. Erst brachte das Fernsehen den Menschen die Filme nach Hause, dann kamen Videokassette und die DVD. Und doch gab es auf der Welt noch nie so viele Kinos wie heute.

Aber unabhängig von der Frage, ob die Kinos geöffnet bleiben und sich die Zuschauer weiterhin in ihnen wohl und sicher fühlen, werden schwere Monate auf die Branche zukommen. Die Verschiebung von Blockbustern wie dem Bond-Film bedeutet gewaltige Einnahmerückgänge.

Und genau in der Zeit, in der die Coronakrise nach den bisherigen Prognosen abgeflaut sein könnte, würde die Fußball-Europameisterschaft beginnen – sollte sie denn wirklich stattfinden. Große Fußballturniere führen zu leeren Sälen.

Viele Produktionsfirmen denken gerade darüber nach, Projekte zu verschieben. »Das Problem ist, dass man einen Filmdreh kaum gegen die Folgen einer Pandemie

versichern kann«, sagt ein Brancheninsider, der nicht genannt werden möchte. Wenn einer im Team erkrankte, müssten alle in Quarantäne, der Dreh werde abgebrochen, und der Produzent bleibe auf den Kosten sitzen.

»Wir bereiten gerade einen großen Film vor und stellen tausend Überlegungen an, ob wir ihn machen können oder besser verschieben sollen«, sagt Arndt. »Doch Schauspieler und Regisseur sind später womöglich nicht mehr zu haben, wegen anderer Verpflichtungen. Ein Riesenproblem. Die Folgen sind unabsehbar.«

Wenn zu der Verschiebung von Kinostarts noch die von Dreharbeiten hinzukommt, hat die Branche gleich zwei große Probleme. Es gibt zunächst einen Rückstau, der dazu führt, dass sich nach Ende der Krise zu viele Filme gegenseitig das Publikum wegnehmen. Doch ein paar Monate später könnte es dann schon einen Mangel an Nachschub geben.

Der größte Profiteur all dieser Probleme könnte ausgerechnet der größte Konkurrent sein, der dem Kino in den vergangenen Jahren erwachsen ist: Streamingdienste wie Netflix, Amazon Prime, Apple TV+ oder die in wenigen Tagen nun auch in Deutschland startende Plattform Disney+.

Die Zuwachsraten dieser Anbieter sind enorm. Nun haben die Menschen einen Grund mehr, vielleicht sogar den besten, den man sich vorstellen kann, auf dem Sofa Filme zu schauen: die eigene Gesundheit.

Was Abrufzahlen angeht, geben sich die Streamingdienste sehr bedeckt. Im Augenblick sind sie noch weniger bereit, Zahlen zu nennen. Man kann das sogar verstehen, sie wollen nicht als Nutznießer der Krise gelten. Doch sie sind es und profitieren auch davon, dass immer mehr Veranstaltungen abgesagt werden. Weil sich das Freizeitangebot durch Corona Tag für Tag reduziert, wird das Streamen von Filmen und Serien noch populärer werden.

Wie das aussehen kann, war vor einigen Wochen in China zu beobachten. Weil die Kinos wegen der Coronakrise schon während des dortigen Neujahrsfestes geschlossen waren, der besucherstärksten Zeit des Jahres, standen einige Produzenten vor enormen, existenzbedrohenden Verlusten.

Daraufhin entschloss sich die Huanxi Media Group, ihre Produktion »Lost in Russia« an den Internetkonzern ByteDance zu verkaufen. Der wiederum bot den Film seinen Nutzern kostenlos an. Angeblich soll er 600 Millionen Mal abgerufen worden sein.

Hätten all diese Menschen für »Lost in Russia« eine Kinokarte bezahlt, wäre er der erfolgreichste Film aller Zeiten.

Lars-Olav Beier

Einfach mehr wissen



Jetzt
am
Kiosk



Das Nachrichten- Magazin für Kinder

Für alle Kinder, die mitreden wollen.

Verständlich und spannend erklären SPIEGEL-Autoren aktuelle Themen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Technik. Dazu kommen Büchertipps, Comics und kreative Ideen zum Mitmachen.

Dein
SPIEGEL

Mehr erfahren:

www.spiegel.de/deinspiegel/

Was sagt Jesus zu Corona?

Aufführungen Der Christus-Darsteller erklärt, warum Oberammergau einst von der Pest verschont blieb und heute das Virus fürchtet.



Schauspieler Mayet 2010: »Das Volk hat erst einmal keinen Einsatz«

Frederik Mayet, 40, ist einer von zwei Jesus-Darstellern beim diesjährigen Passionsspiel in Oberammergau. Er stammt aus einer Familie von Holzschnitzern im Ort und arbeitet als Pressesprecher des Münchner Volkstheaters. Beim letzten Passionsspiel vor zehn Jahren stand er schon einmal als Jesus auf der Bühne.

Am Sonntag hatten wir den ersten Corona-Fall in unserem Landkreis. In Murnau, das liegt 25 Kilometer entfernt von Oberammergau. Der Mann war offenbar vorher in Südtirol zum Skifahren. Seither ist die Frage, wie wir mit dem Coronavirus umgehen sollen, für uns alle sehr konkret. Auch die Bayerische Staatsregierung hat ja nun Vorgaben gemacht. Bis zum 19. April sind Veranstaltungen mit mehr als tausend Besuchern untersagt. Aber wie geht es danach weiter?

Wir erwarten in diesem Sommer Hunderttausende Besucher aus der ganzen Welt in unserem Dorf. Am 16. Mai ist die Premiere, jeden Tag erreichen uns jetzt Mails mit Nachfragen: »Wie sieht es aus, können wir wie geplant anreisen?« Aber handfeste

Antworten können wir nicht geben. Wir gehen davon aus, dass wir wie geplant auf der Bühne stehen werden. Und gleichzeitig bereiten wir uns darauf vor, dass alles anders kommt.

Wir proben, wir hoffen, wir tun. Der Gemeinderat, der Bürgermeister und die künstlerisch Verantwortlichen vom Passionsspiel haben sich getroffen, um Notfallpläne zu erarbeiten. Sollte die Gefahr für Gäste und Mitwirkende im Mai noch zu groß sein, wird man überlegen müssen, die Premiere zu verschieben. An eine Absage wollen wir gar nicht denken.

Das ganze Dorf hängt an der Passion, die Hoteliers, die Restaurantbesitzer. Das Spiel dauert acht Stunden, in der Pause gehen viele Besucher essen, unzählige Tische sind seit Monaten reserviert. Einbußen würden viele im Ort hart treffen, wir rechnen hier in Zehnjahresschritten: Die Einnahmen aus der Passion gleichen weniger üppige Jahre aus. Für die Kosten des Spiels haben wir zum Glück eine Ausfallversicherung abgeschlossen, wir dachten dabei eher an Krieg und Terror, aber es gehört auch eine Seuchenversicherung

dazu. Die Versicherungssumme beträgt 25 Millionen Euro, die bisherigen Kosten belaufen sich auf etwa 15 Millionen Euro – müsste alles abgesagt werden, hätte die Gemeinde zumindest kein Geld verloren.

Wenn beim Proben einer niest, denke ich nicht an das Virus, da ist man hoch konzentriert. Die Arbeit auf der Bühne läuft gut, ich habe in der vorigen Woche am Kreuz gehangen. Ich bin jedoch froh, dass für die kommenden zwei Wochen nur Szenen in kleiner Besetzung auf dem Probenplan stehen. Das Volk von Jerusalem hat erst einmal keinen Einsatz. Da drängen sich dann immer knapp tausend Männer und Frauen auf der Bühne, und viele von ihnen sind schon älter. Grundsätzlich sind unsere Proben Pflichtveranstaltungen. Aber wer sich schwach fühlt oder Angst hat, sollte jetzt daheimbleiben. Und auch alle, die in der letzten Zeit in Südtirol waren.

Es ist schon eine seltsame Situation: Das Passionsspiel ist ja entstanden, als die Pest vor bald 400 Jahren in unserer Gegend wütete und im Ort Menschen gestorben waren. Die Oberammergauer gelobten, alle zehn Jahre die Passion nachzuspielen, wenn Gott sie künftig verschonen würde. Außerdem riegelten sie ihr Dorf ab und ließen keinen mehr hinein. Anschließend soll dann niemand mehr gestorben sein. Es gibt dafür eine rationale Erklärung: Höchstwahrscheinlich erreichte die Seuche den Ort erst, als die Epidemie bereits abblaute. Aber natürlich geht jetzt im Dorf der Spruch um, es sei Zeit für ein neues Gelübde. Ernst nimmt das am Ende niemand – und ich kenne auch keinen, der Corona als eine Strafe Gottes ansieht.

Seuche, das ist mir jetzt klar geworden, bedeutet Isolation. Die Menschheit scheint in den vergangenen 400 Jahren keinen anderen Weg gefunden zu haben. Vielleicht waren die Bauern mit ihren Vorräten damals sogar besser darauf vorbereitet. Noch meine Großeltern hatten genügend Kartoffeln, Marmelade und Weckgläser im Keller gelagert, um über einen Winter zu kommen. Mir gelingt das ohne Supermarkt heute nicht.

Man kann ja nur spekulieren, was Jesus zu all dem gesagt hätte, aber so, wie ich ihn verstehe, würde er jetzt zuerst an die Menschen denken. Ihm wäre wichtig, dass sie unbeschadet bleiben, die Mitwirkenden, die Gäste, die Helfer. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass er jemanden als hysterisch abstempeln würde: Er würde jedem Angst und Furcht vor einer Infektion zugestehen. Gleichzeitig würde er wohl Zuversicht und Augenmaß predigen, so, wie er es immer getan hat.«

Protokoll: Katja Thimm